

Protokoll

Außerordentlicher Parteitag der SPD

Kraft der Erneuerung

Berlin, Sonntag, 14. Mai 2006, Estrel Convention Center

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung

Geschäftsordnung

Eröffnung

Konstituierung

Grußwort von Michael Sommer

Rede des Parteivorsitzenden Matthias Platzeck

Rede Kurt Beck, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Wahl des Parteivorsitzenden

Ergebnis der Wahl zum Parteivorsitzenden

Rede Jens Bullerjahn

Wahl des stellvertretenden Parteivorsitzenden

Rede des Generalsekretärs Hubertus Heil

Ergebnis der Wahl des stellvertretenden Parteivorsitzenden

Bericht der Antragskommission

Aussprache, Antragsberatung

Schlusswort des Parteivorsitzenden

Anhang

Delegierte

Delegierte mit beratender Stimme

Tagesordnung

11.00 Uhr

Eröffnung
Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister

- Wahl des Parteitagspräsidiums
- Beschlussfassung über die Tagesordnung
- Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
- Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Grußwort
Michael Sommer, DGB Vorsitzender

Rede
Matthias Platzeck, Ministerpräsident Brandenburg

Rede
Kurt Beck, Ministerpräsident Rheinland - Pfalz

Rede
Hubertus Heil, Generalsekretär

Bärbel Dieckmann, stellv. Parteivorsitzende
Bericht der Antragskommission

Aussprache

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Wahl des Parteivorsitzenden

Rede
Jens Bullerjahn, Finanzminister Sachsen-Anhalt

Aussprache

Wahl des stellvertretenden Parteivorsitzenden

Bericht der Antragskommission
Antragsberatung und –beschlussfassung

16.00 Uhr

Schlusswort des Parteivorsitzenden

Lied „Wann wir schreiten Seit an Seit“

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 40 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden.
9. Wesentliche und umfangreiche Änderunegn vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteipräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.
11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Der amtierende Präsident kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

Eröffnung

Beginn: 11.15 Uhr

Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin: Lieber Matthias Platzeck! Kurt Beck! Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Gäste und Teilnehmer des heutigen Bundesparteitags. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlich willkommen hier in Berlin zu unserem außerordentlichen Bundesparteitag.

Ich habe Sie bzw. Euch sehr gerne in Berlin, in der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Es muss allerdings sagen, dass ich noch hätte warten können. Aber ich freue mich besonders, dass ihr alle da seid.

Es mir eine besondere Freude, stellvertretend für viele Gäste folgende Ehrengäste persönlich bei uns begrüßen zu dürfen.

Ich begrüße Egon Bahr.

(Beifall)

Ich freue mich, dass er von seiner Vietnamreise so wohlbehalten zurückgekehrt ist. Ich begrüße Ernst Breit,

(Beifall)

Erhard Eppler,

(Beifall)

Käthe Erler,

(Beifall)

Hans-Jochen Vogel.

(Beifall)

Es ist mir eine besonders große Freude, dass einmal wieder Greta Wehner bei uns ist. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Am 29. Juni diese Jahres wäre Herbert Wehner 100 Jahre alt geworden. Ich begrüße ganz herzlich in unserer Mitte und mit einem besonderen Gruß Mila Djindjic, die unseren Parteitag mit ihrer Anwesenheit beehrt.

(Beifall)

Sie ist die Witwe des im März 2003 ermordeten serbischen Ministerpräsident Zoran Djindjic, eines großen Freundes der deutschen Sozialdemokratie, der seine Partei an die Sozialistische Internationale herangeführt hat. Wir werden Zorans Andenken als der hervorragenden Führer der Bewegung Serbiens gegen die Diktatur Milosevic immer ehrend bewahren. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Zu diesem Parteitag waren angekündigt 100 neue Ortsvereinsvorsitzende der SPD, die seit Januar ihr Amt angetreten haben. Es sind 150 geworden. Herzlich Willkommen beim Bundesparteitag der SPD.

(Beifall)

Es freut mich besonders, zahlreiche Vertreter der Gewerkschaften zu begrüßen. Sie haben uns schon vor dem Parteitag begrüßt. Wir wollen es jetzt auch tun, allerdings ohne Pfeifen. Besonders begrüße ich Michael Sommer.

(Beifall)

Frank Bsirske. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Rolf Büttner und Franz-Josef Möllenberg. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Extra begrüßen möchte ich eine Delegation von Mitarbeitern eines Werks in Berlin des CNH-Werks, früher Orenstein & Koppel. Es ist eine Delegation von streikenden Mitarbeitern dieses Werkes. Sie streiken seit Monaten für etwas, was in unserer Gesellschaft selbstverständlich sein sollte, dass man für gute Arbeit seine Arbeitsplätze erhält. Diese Solidarität des Parteitages ist mit den streikenden Mitarbeitern von CNH in Spandau. Herzlich willkommen auf unserem Parteitag.

(Beifall)

Sie stehen stellvertretend für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur in Berlin, sondern in der ganzen Republik, die heute Angst haben müssen um ihren Arbeitsplatz, nicht weil sie schlechte Arbeit geleistet haben, sondern weil das Fehlmanagement von hochbezahlten Managern dazu geführt, dass ihre Werke geschlossen werden sollen. Dieses dürfen wir nicht zulassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Bei CNH hatten wir heute eine wunderbare Schlagzeile, die Schließung des Werkes wird verschoben. Das ist noch kein Sieg, aber es ein Fortschritt im Kampf. Ich bin

dankbar, dass die IG Metall, die Beschäftigtenvertreter, alle Beschäftigten und der Berliner Senat gemeinsam daran arbeiten, auch einem großen Konzern wie Fiat klarzumachen, dass er auch global eine Verantwortung hat. Es gehört nicht automatisch zur Globalisierung, dass man ein Werk, das gute Ergebnisse erzielt, schließt, weil woanders Missmanagement erfolgt ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir unsere Arbeit beginnen, habe ich noch eine traurige Pflicht zu erfüllen. Seit unserem letzten Parteitag sind langjährige und verdiente Genossinnen und Genossen von uns gegangen. Lasst uns ihrer an dieser Stelle gemeinsam gedenken.

Wolfgang Hahn-Cremer, Karl Hauenschild, Hermann Heinemann, Hellmut Kalbitzer, Georg Kirchner, Edith Krappe, Heinz Kreuzmann, Wilhelm Nöbel, Dieter Sauberzweig, Lilo Schmarsow, Franklin Schultheiß, Carola Stern, Günter Volkmar, Otto Wittmann.

Lasst mich zu zwei Genossen etwas mehr sagen. Wir gedenken heute auch unserem langjährigen Justiziar, Rainer Stura, der am vergangenen Dienstag nach langer schwerer Krankheit verstorben ist. Für Rainer war der Parteivorstand über 30 Jahre nicht nur sein Arbeitsplatz, sondern auch ein Stückweit seine Familie. In den Mittelpunkt seiner Tätigkeit hat Rainer das Wirken für ein faires innerparteiliches Miteinander gestellt. Seine Tätigkeit für die ASJ, Gustav-Radbruch-Forum lagen ihm besonders am Herzen, verbunden mit der Verteidigung der Bürger- und Menschenrechte im Sinne einer sozialen Rechtspolitik. Bis zu seinem Tode faszinierten ihn die Weiterentwicklung der Europäischen Union und die Vorstellung von einer gemeinsamen europäischen Verfassung. Rainer war weit mehr als nur ein geschätzter Mitarbeiter des Parteivorstands. Mit seiner offenen und vermittelnden Art war er für alle Kolleginnen und Kollegen stets ansprechbar und hat uns allen hilfsbereit und verlässlich zur Seite gestanden. An dieser Stelle wollen wir Rainer und sein Wirken in und für die Partei danken.

Johannes Rau ist am 27. Januar dieses Jahres nach langer schwerer Krankheit viel zu früh von uns gegangen. Jahrzehntlang hat er durch sein Wirken das politische Leben in der Bundesrepublik Deutschland geprägt. Ob in der Kommunalpolitik in Wuppertal, als Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen oder als Präsident der Bundesrepublik Deutschland, war er stets präsent.

Seine Worte haben Gehör gefunden. Stark geprägt war sein politisches Handeln von seiner Verwurzelung im Christentum. Stets waren Versöhnung und Aussöhnung in allen Bereichen sein Ziel. Dafür hat er engagiert gekämpft. Unvergessen ist sein Beitrag für ein Verhältnis zwischen Deutschland und Israel, das von Vertrauen, von Verständnis geprägt wird, und unvergessen ist sein Engagement für die deutsche Einheit auch und gerade vor dem Fall der Mauer. Seine Stimme zählte. Seine Stimme fehlt uns. Wir werden ihm und den anderen Weggefährten ein ehrendes Andenken bewahren. Wir werden euch nicht vergessen. - Ich danke euch.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind heute zu einem außerordentlichen Parteitag zusammengekommen. „Kraft der Erneuerung“ ist der Titel. Wir wählen heute einen neuen Parteivorsitzenden und verabschieden Matthias Platzeck aus diesem Amt. Wir tun dies voller Respekt und vor einer zutiefst menschlichen

Entscheidung. Es gibt eben nichts Wichtigeres als die eigene Gesundheit. Lieber Matthias, wir haben dich gerne zum Parteivorsitzenden gewählt.

(Lang anhaltender Beifall)

Dieses außergewöhnliche und überwältigende Votum, das dir dieser Parteitag gegeben hat, war keine Formsache, sondern eine Herzensangelegenheit. Damit war verbunden, dass wir gemeinsam mit dir zusammen für die sozialdemokratische Sache, für soziale Gerechtigkeit in unserem Lande kämpfen wollten. Ich weiß, dass es für dich eine besonders schwere Entscheidung war. Bei aller Lockerheit, die du ausstrahlst, weiß ich aber auch, du bist auch zutiefst mit preußischen Tugenden versehen. Wenn du zu dieser Entscheidung gekommen bist, dass es deine Kräfte nicht mehr erlauben, beide Funktionen - das Amt des Ministerpräsidenten in Brandenburg und das Amt des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - auszuüben, dann ist dir das nicht leicht gefallen und war das eine Entscheidung, die dir viel abgerungen hat und die wir selbstverständlich zu respektieren haben. Die Gesundheit geht vor. Lieber Matthias, wir wünschen dir alles Gute, dass du mit aller Kraft wieder für uns und für dein Land arbeiten kannst. Du bleibst uns ein treuer Wegbegleiter.

(Beifall)

Vieles war darüber zu lesen. Vieles war sehr sensibel. Einiges war für mich unverständlich. Ich glaube, wir sollten alle vielleicht auch mal einen Moment innehalten, um uns selber Fragen zu beantworten: Was tun wir alle mit unserer Gesundheit? Welche Leistungen erwarten andere eigentlich von Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern? Wie kann man dem gerecht werden? Wie kann man dem eigenen Anspruch gerecht werden? Wie kann man aber auch dem Anspruch gerecht werden, den zu Recht viele an uns stellen? Vielleicht ist es auch mal ganz gut, innezuhalten und darüber etwas zu reflektieren.

(Beifall)

Ich möchte auf einen inhaltlichen Punkt hinweisen, den du besonders am Anfang deiner Amtszeit nach vorne gebracht hast und der heute tagtäglich diskutiert wird: Das war ein stärkeres Engagement in der Familienpolitik. Das hast du am Anfang erkannt. Du hast die Themen auch gesetzt. Die Sozialdemokratie war Vorreiter für eine verbesserte Familienpolitik. Liebe Genossinnen und Genossen, das wird auch so bleiben!

(Beifall)

Wir waren damals in einer schwierigen Situation. Trotzdem hat es die Sozialdemokratie geschafft, aus dieser schwierigen Situation neue Kraft zu schöpfen. Nachdem Matthias Platzeck erklären musste, dass er nicht mehr länger unser Vorsitzender sein kann, war gleich Kurt Beck zur Stelle und hat nicht lange gezögert, sondern hat gesagt: Ja, ich helfe meiner Sozialdemokratie! - Er hätte damals vielleicht auch schon Parteivorsitzender werden können. Er hatte sich aus guten Gründen für Rheinland-Pfalz entschieden. Lieber Kurt, wir freuen uns, dass du für dieses wichtige Amt zur Verfügung stehst. Wir brauchen dich als Vorsitzenden unserer Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

(Beifall)

Als Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, das ja nicht automatisch ein Stammland für die SPD ist, bist du es ja gewohnt, auch mit Konservativen umzugehen. Ich glaube, diese Erfahrung kann in einer großen Koalition nicht schaden.

Heute habe ich in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* eine wunderbare Überschrift gelesen. Die hat mir richtig gefallen. Nicht alles gefällt mir immer in der *FAZ*, aber heute gefällt es mir besonders. Der Titel lautete „Der gute Mensch aus Mainz“. Da haben sie erst einmal sowieso Recht. Das kann man schon mal so sagen.

(Beifall)

Der Nachsatz war „Ist längst nicht so harmlos, wie er tut“. - Auch da haben sie Recht, liebe Genossinnen und Genossen. Das werden wir auch in der großen Koalition als Engagement für die soziale Gerechtigkeit in unserem Land gebrauchen können.

(Beifall)

Du bist wirklich nicht harmlos, wenn es um die Rechte der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land geht. So wird es auch bleiben. Wir brauchen diese Kraft gerade in einer großen Koalition. Wir sind diese große Koalition bewusst eingegangen. Das war nicht unsere Traumkonstellation. Aber wir arbeiten hart, und auch unsere Ministerinnen und Minister in dieser Koalition arbeiten hart, damit es den Menschen in Deutschland besser geht. Die Koalition ist kein Selbstzweck. Aber selbstverständlich muss eine Partei auch die programmatische Debatte führen. Die werden wir führen. Was würden wir eigentlich tun, wenn wir allein regieren könnten und nicht Regierungskompromisse machen müssen? Da muss die Partei eine Vorreiterrolle haben und auch über den Tag des Regierungshandelns hinaus denken. Ich bin sicher, dass Kurt Beck diese Programmdebatte gemeinsam mit uns führen wird, und zwar erfolgreich führen wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Für viele Journalistinnen und Journalisten war diese große Koalition ja schon langweilig geworden, weil sie sich nicht gestritten hat, weil dort eine positive Grundstimmung war. Man konnte es ja schon förmlich spüren: Sie suchen direkt danach, dass da irgendetwas passiert. Selbstverständlich müssen dann, wenn harte Entscheidungen zu treffen sind, wenn ein Haushalt aufzustellen ist, wenn das, was in der Koalitionsvereinbarung umzusetzen ist, auch inhaltliche Auseinandersetzungen geführt werden, und zwar fair geführt werden. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, die Sozialdemokratie wird selbstverständlich in diesen Auseinandersetzungen die sozialdemokratische Handschrift erkennen lassen. Wir haben Vereinbarungen. Diese Vereinbarungen werden wir auch umsetzen. Es ist nicht an der Zeit, dass Dinge, die wir im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben, anschließend im Regierungshandeln von der CDU konterkariert werden. Das wird sich eine Sozialdemokratie auch in einer großen Koalition nicht gefallen lassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb ist es richtig, dass klar Position bezogen wird. Ich wundere mich in unserer Gesellschaft ein bisschen, dass gerade ein - wie es jetzt so schön heißt - allgemeines Gleichbehandlungsgesetz von den Konservativen diskreditiert wird. Warum ist denn dieses Gesetz notwendig? - Es hieß mal „Antidiskriminierungsgesetz“. Es gibt tagtäglich noch Diskriminierung gegen Menschen in unserer Gesellschaft - seien es Behinderte, seien es andere Gruppen -, die tagtäglich darunter leiden müssen. Deshalb müssen wir dieses Gesetz machen. Die Sozialdemokratie steht an der Seite derjenigen, die leider noch einen gesetzlichen Schutz in unserer Gesellschaft brauchen.

(Beifall)

Selbstverständlich werden auch für Steuergerechtigkeit sorgen, wenn wir schon den Bürgerinnen und Bürgern viel zumuten müssen. Das müssen wir; Peer Steinbrück weist zu Recht darauf hin, dass er auch Einnahmen braucht, damit wir die Sachen für den Bürgern und für die Bürgerin erledigen können, die sie in der Kommune, im Land und auf der Bundesebene von uns erwarten. Da sind wir immer angetreten, den Menschen auch die Wahrheit zu sagen. Aber dazu gehört auch eine soziale Gerechtigkeit. Deshalb ist es sozial gerecht, dass diejenigen, die mehr haben, auch höhere Steuern zahlen. Es wird keiner dadurch arm werden, dass er ab einem Betrag von 250.000 oder 500.000 Euro 3 % mehr Einkommensteuer zahlt, liebe Genossinnen und Genossen. Es ist in dem Sinne keine Reichensteuer, sondern eine Gerechtigkeitssteuer. Das ist wichtig für die soziale Gerechtigkeit in unserer Republik.

(Beifall)

Wir werden selbstverständlich auch zum Thema Integration andere Positionen haben als unser konservativer Regierungspartner. Ich wundere mich immer, wie Politikerinnen und Politiker, bei einem tagesaktuelles Ereignis, von heute auf morgen wissen, was alles 30 Jahr lang falsch gelaufen ist, und die sofort wissen, was man 30 Jahre lang demnächst alles besser machen kann. Wir sind in einem Bezirk, Neukölln, in dem das Thema „Rütli-Schule“ bundesweit oder weltweit Aufmerksamkeit erzielt hat. Wir müssen Integration begreifen als einen permanenten Prozess. Es gibt keine schnellen Lösungen. Wir müssen in allen politischen Feldern daran arbeiten, dass Menschen, die hierherkommen, mit offenen Armen empfangen werden, aber dass Menschen, die hierherkommen, sich auch integrieren lassen wollen. Beides müssen wir gewährleisten: die Menschen mit offenen Armen aufnehmen, aber auch etwas einfordern - im Interesse ihrer Kinder, damit sie eine Chance haben. Wenn sie nicht Deutsch lernen, dann werden sie auf dem Arbeitsmarkt keine Chance haben. Es ist im Interesse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund, dass sie Deutsch lernen, ohne ihre kulturelle Identität zu vernachlässigen, aber sich in unserer Gesellschaft integrieren.

(Beifall)

Es bleibt also viel zu tun. Der Parteitag wird heute mit dem vorliegenden Antrag die notwendigen Antworten geben. Ich freue mich darauf, dass wir mit der neuen Spitze der Bundespartei alle Voraussetzungen haben, dass wir die programmatische Arbeit, aber auch die Tagesarbeit erfolgreich bestreiten können. In dem Sinne gehe ich davon aus, dass dieser Parteitag ein großer Erfolg wird für die Sozialdemokratie, für

klare Positionen, für unsere Bürgerinnen und Bürger, für mehr soziale Gerechtigkeit. Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit und so bleibt es auch.

(Beifall)

Konstituierung

Bevor ich den Parteitag nun offiziell eröffne, möchte ich euch bitten, der Wahl des Tagungspräsidiums zuzustimmen. Der Parteivorstand schlägt euch für die Leitung des Parteitages folgende Genossinnen und Genossen vor: Elke Ferner, Ute Vogt, Till Backhaus, Wolfgang Jüttner und Klaus Wowereit. Wer diesem Vorschlag die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen. Herzlichen Glückwunsch dem Präsidium. Hiermit ist der Parteitag eröffnet.

(Beifall)

Elke Ferner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Klaus. Wir kommen dann zur Fortsetzung der Tagesordnung. Ich darf euch auch im Namen des Präsidiums noch einmal ganz herzlich begrüßen.

Wir müssen noch über die Tagesordnung, die Geschäftsordnung und die Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission abstimmen. Zunächst nehmt bitte die Vorlage 1 zur Hand. Das ist die Tagesordnung. Sie ist auch neu auf den Tischen verteilt worden. Da ist lediglich ein Punkt umgestellt worden. Wir schlagen euch vor, den Wahlgang zum stellvertretenden Parteivorsitzenden vor die Beratung des Leitantrages zu ziehen, damit wir während der Auszählung schon mit der Debatte anfangen können. Gibt es dazu Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Wir kommen dann zur Beschlussfassung über die Geschäftsordnung. Hier schlagen wir euch vor, dass der Antragschluss für Initiativanträge 11.45 Uhr ist. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Auch das ist nicht der Fall. 12 Uhr. - Fünf Minuten, sagen wir: 12 Uhr. Aber wir gehen davon aus, dass, wenn es Initiativanträge geben sollte, diese schon vorbereitet sind und dass nicht erst jetzt begonnen wird, sie zu schreiben. Also, die Geschäftsordnung ist damit auch so beschlossen.

Die Liste der Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission findet ihr in der Vorlage 4. Gibt es dazu Änderungs- oder Ergänzungswünsche? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dafür, das so zu beschließen? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist auch das so beschlossen.

Ich darf in unserer Mitte noch Peter Heesen, den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ute Vogt sagt mir gerade, auch Konrad Freiberg von der GdP ist hier. Auch ihm ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Ich darf nun Michael Sommer, den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes bitten, ein Grußwort zu uns zu sprechen.

Grußwort von Michael Sommer

Michael Sommer, DGB-Vorsitzender: Verehrte Parteitagsdelegierte! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Genossinnen und Genossen! Klaus Wowereit hat darauf hingewiesen, dass der eine oder andere uns heute schon gesehen hat, und dies aus gutem Grund. Wir waren gestern in Köln - dort feierte die CDA ihren 60. Geburtstag - und haben die Gelegenheit genutzt, darauf aufmerksam zu machen, dass der Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst der Länder endlich zu Ende geführt werden muss, und zwar so, dass er auf gleicher Augenhöhe zu Ende geführt wird.

(Beifall)

In der Hinsicht wollten wir heute Morgen auch Aufreger sein, damit man weiß, dass wir, wenn am 18./19. Mai die Tarifverhandlungen stattfinden, erwarten, dass es zu einem Ende kommt. Ich will Kurt Beck ausdrücklich danken, dass er heute Morgen zu den Demonstranten gesprochen hat, übrigens auch, wie er gesprochen hat. Da wurde deutlich: Dort ist ein Sozialdemokrat, der weiß, woher er kommt, und der weiß auch, dass man niemanden in diesem Land demütigen darf, Gewerkschaften schon gar nicht, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich hoffe sehr, dass die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und auch die sozialdemokratischen Finanzminister wissen, was wir jetzt von Ihnen erwarten. Wir alle, wir wollen, dass dieser Konflikt endlich seriös gelöst wird, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich will dieses Grußwort aber nutzen, um zuallererst einmal Dank zu sagen, Dank zu sagen dafür, dass wir beide, SPD und Gewerkschaften, seit dem Karlsruher Parteitag bewiesen haben, dass wir miteinander arbeiten können und dass es eine gute Zusammenarbeit geben kann. Ich will ausdrücklich sagen: Ich bedanke mich an dieser Stelle - ich komme nachher noch einmal darauf zurück - dafür auch bei Matthias Platzeck. Er hat mitgeholfen, dass unser Verhältnis sich wieder ganz normalisiert hat, dass wir miteinander streiten können, uns freuen können, zusammenarbeiten können, dass wir als verlässliche Partner miteinander arbeiten können.

(Beifall)

Ich will ausdrücklich sagen: Das Highlight dieser guten Zusammenarbeit war unser gemeinsamer Kampf für eine anständige Dienstleistungsrichtlinie und gegen Sozialdumping im Dienstleistungssektor Europas.

(Beifall)

Nun hat man mir einmal beigebracht, dass der Erfolg viele Väter hat und der Misserfolg meistens ein Waisenkind ist. Ich will sagen: Jeder hatte seinen Anteil. Aber ich will mich besonders auch bei Evelyn Gebhard und Martin Schulz bedanken. Sie haben mitgeholfen, dass wir weitergekommen sind.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich gibt es zwischen uns nicht nur den Austausch von Freundlichkeiten. Bis hinein in die jüngsten Tage bleiben Konflikte virulent. Ihr wisst: Wir lehnen die Rente mit 67 ab und dabei bleibt es.

(Beifall)

Wir glauben auch nicht an die Segnungen eines Ausbildungspaktes, der ja nicht zu mehr, sondern zu weniger Ausbildungsplätzen geführt hat.

(Beifall)

Wir halten auch die von der großen Koalition geplante faktische Abschaffung des Kündigungsschutzes in den ersten zwei Beschäftigungsjahren für alles andere als sozial.

(Beifall)

Mir wollte noch nie in den Kopf, dass man mehr Arbeit dadurch schafft, dass man Menschen rechtloser macht.

Ich will die Gelegenheit nutzen, eine persönliche Geschichte zu erzählen, weil ich glaube, sie illustriert mehr als tausend Worte: Vor eineinhalb Jahren hat sich meine Frau das Fußgelenk gebrochen. Im vergangenen Jahr musste die Klammer im Bein entfernt werden. Ich brachte sie ins Krankenhaus, zur Aufnahme, für drei Tage. Als wir in der Aufnahme waren, sah mich die zuständige Schwester an und fing an zu heulen. Ich habe zu ihr gesagt: Sagen Sie mal, so schlimm kann es mit dem DGB-Vorsitzenden doch nicht sein. Da sagte sie zu mir: Ach, wissen Sie, ich komme gerade von meinem Betriebsarzt. Ich bin jetzt seit zwei Jahren hier befristet angestellt. Ich bin jetzt 52 Jahre alt und heute morgen hat mir unser Geschäftsführer mitgeteilt, dass ich nicht mehr gebraucht werde. Das Arbeitsamt zahlt für eine Jüngere mehr. Dann ist sie zum Betriebsrat gegangen. Der Betriebsrat hat ihr gesagt: Du bist befristet beschäftigt, du bist über 50 Jahre alt, du hast keinen Kündigungsschutz mehr. Diese Frau sagt zu mir: Das Schlimmste, das ihr bisher in ihrem Leben passiert ist, war die Erfahrung, nicht nur die Arbeit zu verlieren, sondern auch das Recht. Kolleginnen und Kollegen, das sollten wir uns alle klarmachen: Das ist ein Zustand, den wir nicht wollen können, weder für über 52-Jährige noch für 50-Jährige noch für 25-Jährige noch für sonst wen.

(Beifall)

Ich gestatte mir die Anmerkung: Was in Frankreich Unrecht ist, ist in Deutschland nicht Recht.

(Beifall)

Ich will noch ein Wort zur aktuellen Steuerdebatte sagen. Ich weiß: Dieser Parteitag wird darüber diskutieren und sicherlich auch an der einen oder anderen Stelle Vorentscheidungen treffen. Ich will nur eines deutlich machen: Wir dürfen nicht zulassen, dass aufgrund des Druckes der Union die so genannte Reichensteuer zur Karikatur wird.

(Beifall)

Ich glaube, die Regierung ist gut beraten, bei aller Schwierigkeit der Kassenlage auch über die Mehrwertsteuererhöhung nachzudenken. Ich sage ausdrücklich: Es kann nicht sein, dass man eine Unternehmensteuerreform in Angriff nimmt, die wieder dazu führt, dass die Unternehmen weniger Steuern zahlen, statt endlich ihren Beitrag zu leisten zur sozialen Gerechtigkeit in diesem Land.

(Beifall)

Ich will ganz einfach mahnend sagen: Neue Freunde bekommt man dadurch nicht und die alten schlägt man vor den Kopf. Ich weiß nicht, welchen Sinn das machen soll.

(Beifall)

Doch, Genossinnen und Genossen, natürlich haben wir auch vor, gemeinsam etwas zu erreichen. Ich sage ausdrücklich, dass ich nach wie vor die große Hoffnung habe, dass es Franz Müntefering, Ludwig Stiegler, Andrea Nahles und anderen gelingen wird, einen Beitrag zu leisten, damit endlich der Skandal des Niedriglohnssektors in diesem Land abgeschafft wird.

(Beifall)

Ich weiß um viele Schwierigkeiten. Ich weiß auch, dass das Thema komplex ist. Deswegen ist es auch richtig, dass man sich Zeit lässt. Nur, dass Menschen von ihrer Arbeit nicht würdig leben können, das ist ein Zustand, mit dem wir uns nicht abfinden dürfen. Stundenlöhne von 3,50 Euro, 4 Euro oder 4,50 Euro sind ein Hohn für die Betroffenen.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Franz Müntefering hat ja Recht, wenn er das in einen großen Zusammenhang stellt, von der Dienstleistungsrichtlinie über das Entsendegesetz bis zur Frage des gesetzlichen Mindestlohns. Ich füge hinzu: Dazu gehört auch, dass endlich Schluss gemacht wird mit der Privilegierung der Mini-Jobs. Sie schaffen nicht mehr Arbeit, sie zerstören sozialversicherte Arbeit, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich sage auch: Ich begrüße es außerordentlich und hoffe, dass wir endlich zu konkreten Erfolgen kommen, dass sich die Regierung mit Franz Müntefering an der Spitze Gedanken darüber macht, wie wir zu mehr Beschäftigung für die jungen Leute unter 25 und für die Leute über 50 kommen. Das sind die beiden

Hauptproblemgruppen auf dem Arbeitsmarkt und für sie müssen wir etwas tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

100 Jahre nach dem Mannheimer Abkommen, in dem wir uns bescheinigt haben, dass wir Partner sind, aber jeweils souveräner Partner, sage ich: Wir sollten alles versuchen, um miteinander gut Kontakt zu halten. Wir jedenfalls wollen euer kritischer Begleiter sein. Ihr wisst das aus der Vergangenheit und wir werden das auch in Zukunft bleiben.

Wir bleiben sicherlich auch ein sachlicher Kooperationspartner, wie wir das in Sachen Dienstleistungsrichtlinie gezeigt haben. Wir werden auch Mahner für mehr soziale Gerechtigkeit bleiben, auch innerhalb der SPD. Wir bleiben Bündnispartner für gute Reformen. Ich sage ausdrücklich: Ich habe mich außerordentlich gefreut, als der Parteirat der SPD zur Gesundheitsreform beschlossen hat: Wir wollen kein Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags, wir wollen keine Kopfpauschale und wir wollen saubere Leistungen für die Versicherten. Das ist eine klare Position, mit der man in die Verhandlungen gehen kann.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen nicht nur Aufreger sein, sondern auch Anreger. Deswegen werden wir uns an der Grundsatzprogrammdebatte der SPD beteiligen, auch ich persönlich. Ich will allerdings eines sagen: Ich warne davor, die Diskussion über das Grundsatzprogramm sozusagen auf zwei Ebenen zu führen: Auf der Ebene der praktischen Politik wird die Alterspolitik der vergangenen Jahre fortgesetzt und auf der anderen Ebene redet man über hehre Ziele. Nein, es ist die Aufgabe, dass wir das zusammenführen, und zwar heute, morgen und übermorgen.

(Beifall)

Zum Schluss. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Kurt Beck. Wir kennen uns schon einige Zeit. Ich schätze Kurt Beck als jemanden, der weiß, woher er kommt, der weiß sicherlich auch, wie schwierig das Amt des Parteivorsitzenden ist. Er weiß vor allen Dingen aber eines: Die SPD muss vor allem die Partei der kleinen Leute sein. Sie muss ihre Hoffnungen aufnehmen, ihre Wünsche, ihre Sorgen. Sie hat die Aufgabe, für die Masse in unserem Land für wirklich bessere Lebensverhältnisse zu sorgen. Wenn das Kurt Beck und die SPD tun, dann haben sie die Gewerkschaften auf ihrer Seite, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zum Schluss gestattet mir ein sehr persönliches Wort zu Matthias Platzeck: Ich bedanke mich bei Matthias Platzeck für das, was er auch an Signalen der Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten gegeben hat. Es war eine gute Zusammenarbeit, es bleibe eine gute Zusammenarbeit und ich bedanke mich ganz persönlich bei Matthias für manch gutes Gespräch, auch für manch gute Anregung. Matthias, ich habe dir ein kleines Geschenk mitgebracht. Es soll dir zeigen: Du bleibst in unserer Erinnerung, als ein guter Parteivorsitzender. Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Elke Ferner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Michael. Wir haben gemeinsame Wurzeln und auch viele gemeinsame Ziele haben auch in der Vergangenheit viel zusammen erreicht. Ich wünsche euch für euren Bundeskongress, den ihr übernächste Woche habt, viel Erfolg und alles Gute auch in den aktuellen Tarifauseinandersetzungen.

(Beifall)

Jetzt hat Matthias Platzeck das Wort.

(Beifall)

Rede des Parteivorsitzenden Matthias Platzeck

Matthias Platzeck, Parteivorsitzender: Lieber Kurt Beck! Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Freunde! Liebe Gäste! Am 15. November des vergangenen Jahres bin ich angetreten, um Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratie zu werden. Ihr habt mich in dieses Amt gewählt, ihr habt damit natürlich Erwartungen verbunden. Ganz sicher gehörte zu diesen Erwartungen nicht, dass ich mein Amt bereits am 10. April dieses Jahres wieder niederlegen würde. Wie es dazu kam und warum es nicht anders ging, das wisst ihr bereits. Diese Entscheidung war aus gesundheitlichen Gründen unvermeidlich und sie war unaufschiebbar.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr könnt sicher sein: Diese Entscheidung ist mir schwerer gefallen als jede andere Entscheidung in meinem bisherigen Leben. Sie ist mir vor allen Dingen deshalb schwer gefallen, weil mir die Arbeit für unsere Partei, für den Erfolg unserer Partei, die ich mit aller Leidenschaft aufgenommen habe, ein wirkliches Herzensanliegen war, vielleicht sogar ein Tick zu sehr.

Genossinnen und Genossen, ich will, dass unsere Sozialdemokratie auch im 21. Jahrhundert die große Kraft der Erneuerung in Deutschland ist. Immer wenn die SPD in ihrer langen Geschichte erfolgreich war, war sie es als Kraft der Erneuerung. Und so muss es auch in Zukunft sein. Aber wenn wir auch morgen die Kraft der Erneuerung sein wollen, die unser Land erneuert, dann müssen wir uns vor allem immer wieder auch selbst erneuern, was nicht heißt, dass wir immer neue Vorsitzende brauchen. Da sei künftig der liebe Gott vor.

(Beifall)

Genau deshalb war es mir so wichtig, als Vorsitzender die Arbeit an unserem neuen Grundsatzprogramm intensiv voranzubringen. Ich bin sehr froh - ich habe das von Anfang an gemeinsam mit Kurt Beck gemacht -, dass Kurt Beck diese Arbeit energisch fortführen will.

Genossinnen und Genossen, warum hat mich gerade dieser Programmprozess so beschäftigt? Unsere Partei ist die älteste aller deutschen Parteien. Viele anderen Parteien sind entstanden, die meisten sind wieder verschwunden. Die SPD hat sie allesamt überdauert. Unsere Partei ist ein Kind der Industrialisierung im 19.

Jahrhundert. Sie wurde gegründet, um die Lebensverhältnisse der Menschen tatkräftig zu verbessern. Sie hat über Diktaturen des 20. Jahrhunderts triumphiert. Sie hat ein vorbildliches Sozial- und Wirtschaftsmodell mit geschaffen, ein Modell, um das die Bundesrepublik in der zweiten Hälfte des vorherigen Jahrhunderts überall auf der Welt beneidet wurde. Die sozialdemokratische Partei konnte unser Land zum Guten prägen, weil sie sich immer wieder erneuert hat.

Frische Kraft und frische Dynamik hat unsere Partei immer dann gewonnen, wenn sie voll und ganz auf der Höhe ihrer Zeit gewesen ist, weil genau dann die Menschen das Vertrauen haben konnten, dass die SPD ihnen dabei helfen wird, ihre Probleme zu lösen. Sozialdemokraten haben sich in ihren Programmen und Konzepten immer wieder auf neue Verhältnisse einstellen müssen und haben dies auch getan. Wir haben vorausschauend neue Perspektiven erschlossen, eben um die Zukunft - ganz im Sinne von dem, was Michael Sommer sagte - für Menschen besser, lebenswerter und gerechter zu machen. Genau das ist unser Markenzeichen, Genossinnen und Genossen. Deshalb müssen wir den Erneuerungsprozess fortführen, damit das unser Markenzeichen auch weiterhin ist, etwas zu tun, damit das Leben für die große Masse der Menschen lebenswerter wird - auch in diesem Jahrhundert, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Seien wir ehrlich: Heute ist das deutsche Sozial- und Wirtschaftsmodell international eben nicht mehr vorbildlich. Unser Bildungssystem ist nicht so gut, wie es sein müsste. Viele empfinden es deshalb auch nicht mehr als gerecht. Der Neid unserer Nachbarn hält sich - was in dem Fall nicht schön ist - inzwischen in sehr überschaubaren Grenzen. Dafür gibt es Gründe.

Deshalb müssen wir neu darüber nachdenken, wie wir unsere bleibenden Grundwerte unter den radikal veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts ganz handfest spürbar erlebbar verwirklichen können. Denn selbstverständlich ist die Geschichte seit dem letzten Grundsatzprogramm, seit 1989, nicht zum Stillstand gekommen. Ganz im Gegenteil: Die Dynamik der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Veränderungen hat sich rasant beschleunigt. Die nationalstaatlich organisierten und klar begrenzten Industriegesellschaften des vergangenen Jahrhunderts - sie gibt es nicht mehr. Das Zusammenwachsen Europas schafft Tag für Tag neue Verhältnisse, neue Chancen, neue Freiheiten, neue Potenziale, aber auch neue Probleme und neue Risiken. Eine Wirtschaft des Wissens und der Dienstleistungen macht Qualifikation und Kompetenz wichtiger denn je. Sie droht diejenigen zurückzulassen, die zu wenig wissen und die zu wenig können.

Auch deshalb, Genossinnen und Genossen, müssen wir erleben, dass Menschen und ganze Gruppen von Menschen von Arbeit, Bildung und Gesellschaft insgesamt ausgeschlossen sind. Die einen gehören dazu, die anderen sind völlig draußen. Eine neue Qualität unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Zugleich wachsen den reichen Gesellschaften des Westens mit Staaten wie China und Indien kraftvolle neue Herausforderer heran - in einem Tempo, das viel höher ist, als wir es noch vor drei, vier Jahren angenommen haben. Unsere eigene Gesellschaft wird älter, wir haben zuwenig Kinder. Hier geht es nicht nur um die Frage, wie wir in Zukunft unser Sozialsystem finanzieren werden. Hier geht es auch ganz klar und deutlich um das Selbstverständnis und die innere Dynamik unserer Gesellschaft insgesamt.

Außenpolitisch steht spätestens seit dem Angriff vom 11. September 2001 und den Anschlägen von Madrid und London eine völlig neue Dimension globaler Konflikte ins Haus. Der aktuelle Streit um die mögliche atomare Bewaffnung des Iran zeigt, dass die Frage der weiteren Verbreitung von Massenvernichtungswaffen mit aller Schärfe auf die internationale Agenda drängt. Ich fände es gut und sinnvoll, wenn wir die wiederaufkeimende Diskussion, ob Atomenergie eine sinnvolle Energieerzeugungsmethode für die Welt der Zukunft ist, dass wir auch diesen Aspekt dabei berücksichtigen. Es ist eine Gefahr der Zukunft, Genossinnen und Genossen, und keine Chance.

(Beifall)

Das Ende des Ölzeitalters, die Ressourcenknappheit und die Folgen des Klimawandels stellen unsere Gesellschaft vor völlig neuartige ökologische, wirtschaftliche und soziale Herausforderungen.

Nun muss man auch sagen: Keineswegs alle Entwicklungen der letzte Jahre und Jahrzehnte sind für uns in Deutschland nachteilig. Im Gegenteil! Von vielen Veränderungen haben gerade wir Deutschen profitiert. Das Ende des Kalten Krieges hat uns die deutsche Einheit gebracht. Als Exportweltmeister sind wir Gewinner der Globalisierung. Mit dem Aufstieg der neuen Herausforderer wie China und Indien entstehen natürlich auch Handelspartner und Abnehmer für unsere Produkte. Das alles ist unbestreitbar.

Dennoch spüren wir alle, jeder an jedem Ort und an jeder Ecke, in jedem Bundesland: Es überwiegt in Deutschland heute oft die Skepsis. Es haben sich Sorgen, Befürchtungen und nicht selten Gefühle einer vermeintlichen Ohnmacht ausgebreitet. Ich sage ganz bewusst: ein Gefühl der vermeintlichen Ohnmacht. Diese Fragen beschäftigen mich sehr: Wo liegen die Gründe für unsere Verzagtheit und Mutlosigkeit? Warum machen wir in Deutschland zu wenig aus unseren nach wie vor großen Möglichkeiten? Wo ist eigentlich unsere Zuversicht geblieben, dass wir die Zukunft meistern können? Wo die alte Verliebtheit ins Gelingen? Ich glaube, diese Einstellung, diese zupackende Grundhaltung müssen wir unbedingt zurückerobern. Auch wir deutschen Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich sage speziell an uns, an Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Mutlosigkeit und Verzagtheit sind völlig unsozialdemokratische Gemütslagen, die müssen wir abstreifen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Angst vor der Zukunft ist immer der schlechteste aller möglichen Berater.

Ihr wisst, ich habe mich in den vergangenen Jahren intensiv mit den skandinavischen Wirtschafts- und Sozialmodellen auseinander gesetzt, und zwar nicht aus irgendwie geprägter nordischer Sozialromantik, sondern weil uns ganz nüchtern alle Vergleichsstudien klipp und klar sagen: Die skandinavischen Gesellschaften sind heute weltweit die besten, wenn es um eine Sache geht: nämlich wirtschaftliche

Dynamik und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden und nicht gegeneinander auszuspielen.

(Beifall)

Hervorragende Bildung für alle, eine wirklich hochwertige Politik für Familien und Kinder, wirklich gleiche Chancen für Frauen, ein offenes und tolerantes Klima des Miteinander in der Gesellschaft - das sind die Bedingungen, und nur das sind die Bedingungen für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts. Und umgekehrt: Nur mit mehr Wachstum und mit mehr Arbeit werden wir die sozialen Errungenschaften bewahren können, die uns allen so wichtig sind. Genau das machen uns die Skandinavier erfolgreich vor. Sie investieren in die Menschen von Anfang an und ein Leben lang. Sie investieren Geld, aber vor allem investieren sie Zuwendung. Der Ertrag dieser Investition besteht in größeren Lebenschancen für alle. Der Ertrag ist mehr Wohlstand und mehr Gerechtigkeit zugleich. Das, Genossinnen und Genossen, sollte uns alle Verzagtheit ablegen lassen; denn die Skandinavier zeigen uns: Die Welt ist gestaltbar. Auch unter den Bedingungen der Globalisierung muss man sich nicht ergeben, sondern kann man sehr wohl etwas in die richtige Richtung tun. Daran können wir uns sehr wohl orientieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir deutschen Sozialdemokraten sollten dem Marktfatalismus und dem Marktfetischismus von Rechts und dem Angstpopulismus von Links eine sozialdemokratische Politik der Zuversicht, der Ehrlichkeit und des energischen Zupackens entgegensetzen. Deutschland hat das verdient, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Das, was für uns in Deutschland gilt, muss auch für Europa gelten. Manche halten ja Europa für einen Teil unserer Probleme bis in unsere Partei hinein. Das Gegenteil ist richtig: Im Zeitalter der Globalisierung ist Europa die Lösung unserer Probleme, wenn wir es richtig und zukunftsweisend organisieren, d. h. wirtschaftlich, dynamisch und sozial zugleich.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wo europäische Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren genau diesen Kurs der Zuversicht und des Zupackens steuern, da sind sie auch erfolgreich. Ich meine damit keineswegs nur die britische Labour Party. Mit Tony Blair und Gordon Brown haben sie immerhin drei Unterhauswahlen gewonnen. Daran ändert auch der kleine Hänger derzeit nichts. Ich meine damit ganz genauso die eindrucksvolle Arbeit von José Luis Zapatero in Spanien. Ich meine Göran Persson und die schwedischen Freunde. Ich meine Paavo Lipponen und Tarja Halonen in Finnland, aber auch unsere Freunde in Tschechien und Ungarn. Überall zeigt sich: Wo man zuversichtlich und zupackend soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftlicher Dynamik paart, sind Sozialdemokraten in! Sozialdemokratie hat Zukunft, wenn sie in Europa gemeinsam handelt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Diese Erneuerung Europas nach menschlichem Maß kann nur von uns Sozialdemokraten ausgehen. Wir sind es, die diese Aufgaben offensiv annehmen und schultern müssen, weil es sonst in Europa niemand tut. Wir selbst müssen uns unerschrocken an die Spitze der Erneuerung stellen, weil sonst die Umbrüche - die sind da und gehen auch nicht weg, wenn wir sie uns wegwünschen - dieses Jahrhunderts ohne uns und gegen uns stattfinden mit Folgen, die sich kein einziger Sozialdemokrat wünschen kann. Denn dann geht es nicht mehr um unsere Grundwerte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, nicht mehr um das Ziel gleicher Lebenschancen für alle. Dann, wenn wir hier nicht zusammen stehen und zupacken, geht es nur noch um die Interessen der wenigen, die das solidarische Miteinander der Gesellschaft längst für Sozialklimbin halten und es auch so nennen. Wir sagen dagegen: Dieses solidarische Miteinander der Menschen auch im 21. Jahrhundert ist kein Klimbim, sondern die wichtigste Produktivkraft überhaupt auf dieser Welt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Bedingungen für das Miteinander unserer Gesellschaft, mit aller Kraft zu erneuern, sind die Aufgabe der Sozialdemokratie am Beginn dieses Jahrhunderts. Ich bin mir sehr sicher: Mit veränderten Verhältnissen dürfen gerade wir Sozialdemokraten bei Strafe unseres Untergangs niemals defensiv umgehen. Wer in der Defensive ist, hat schon verloren. Defensive und Gestaltung vertragen sich nicht. Wir dürfen deshalb nicht jammern und vermeintlich besseren Zeiten nachtrauern, sondern wir müssen in die Offensive gehen und die Gesellschaft sozial gerecht gestalten und nicht darauf warten, dass es irgendjemand für uns tun würde, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

In der Offensive sind wir als linke Volkspartei immer dann, wenn wir mitten im Leben unserer Gesellschaft stehen. Die Mitte unserer Gesellschaft, die vielen Millionen, die Michael Sommer gerade meinte, die ganz normalen Menschen und Familien dürfen wir niemals im Stich lassen. Wir müssen ihnen ganz deutlich das Signal geben: Ihr könnt euch auf uns Sozialdemokraten in schwierigen Verhältnissen - wir leben in schwierigen Verhältnissen - verlassen; denn für euch und eure Lebensgestaltung fühlen wir uns mitverantwortlich! Das ist unsere Aufgabe. Ich scheue mich nicht, genau wie Michael Sommer zu sagen: Wir sind und bleiben zuvorderst auch die Partei der so genannten kleinen Leute. Die hoffen auf uns. Diese Hoffnung werden wir nicht enttäuschen, meine lieben Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Da sage ich: Wir müssen das genau so klug und beharrlich tun, wie Kurt Beck es uns als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz auf bewunderungswürdige Weise vormacht: immer bodennah. Ich kenne kaum jemanden, der diese wichtige Eigenschaft deutlicher lebt als Kurt Beck: immer handfest, immer mit menschlichem Maß, aber dabei auch vorausschauend und weit blickend. Deshalb, Genossinnen und Genossen, bin ich fest davon überzeugt: Unser Genosse Kurt Beck wird ein herausragender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein.

(Beifall)

Ein Vorsitzender, der in seiner Person alle Eigenschaften mitbringt, die jetzt an der Spitze unserer Partei gebraucht werden. Ich bin froh und dankbar - das sage ich hier auch mal von Mensch zu Mensch -, dass Kurt Beck mein Nachfolger wird. Ich bin mir sicher: Bei ihm - das gilt auch für Jens Bullerjahn als neuer Stellvertreter - ist unsere Partei in den denkbar besten Händen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich hier von diesem Pult aus bei euch allen, bei sehr, sehr vielen von euch für kollegiale, ja freundschaftliche Zusammenarbeit zu bedanken. Dies war für mich eine wirklich berührende Erfahrung bei allen Auseinandersetzungen, die in einer lebhaften Partei dazugehören. Ich danke zuvorderst den Genossinnen und Genossen des Präsidiums und des Parteivorstands, ich danke den Ministerinnen und Ministern der Sozialdemokratie in der neuen Bundesregierung, und ich danke der ganzen Mannschaft des Willy-Brandt-Hauses und zuvorderst dem Generalsekretär Hubertus Heil. Es war eine schöne Erfahrung, zu erleben, wie in dieser sozialdemokratischen Partei zum Wohle des Fortgangs in unserer Gesellschaft gearbeitet wird. Ich habe diese Zeit bei allen Schwierigkeiten, die es gegeben hat, genossen.

Genossinnen und Genossen, ich sage euch: Dies ist keine Abschiedsrede. Wir werden einander erhalten bleiben.

(Lang anhaltender Beifall)

Ich lebe ja noch. Erhard Eppler hat mir vorhin gesagt: Er war mit 70 gesünder als mit 60. - Es gibt also immer Hoffnung. Ich musste das Amt des Vorsitzenden abgeben und davon zurücktreten. Nicht zurückgetreten bin ich von engagierter und leidenschaftlicher Mitarbeit in unserer, in meiner Partei der Kraft der Erneuerung im 21. Jahrhundert. Glück auf und vielen Dank!

(Lang anhaltender Beifall)

Da es sich nicht um eine Nachrufveranstaltung handelt und wir noch viel vorhaben, bitte ich jetzt darum, dass wir weitermachen können. Danke schön.

Kurt Beck, Ministerpräsident Rheinland-Pfalz: Das mit dem Weitermachen, liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste, ist ja völlig richtig. Aber so leicht kommt er uns jetzt natürlich auch nicht davon. Ihr habt Dankeschön gesagt mit Beifall, der ausgedrückt hat, lieber Matthias, dass wir dir dankbar sind, dankbar für das, was du geleistet hast, und froh darüber, dass du in unserer Mitte bleibst. Ich will dir auch persönlich ganz herzlich Dankeschön sagen für gute Zusammenarbeit und dafür - ich darf das so sagen -, dass sich zunehmend eine Freundschaft zwischen uns entwickelt hat. Das wird auch so bleiben. Ich bitte dich herzlich darum. Wir werden dich unterstützen bei deiner Arbeit in und für Brandenburg. Wir wissen, du wirst uns unterstützen bei der Arbeit für Deutschland insgesamt. Der Beifall ist das Eine: Er ist wichtig und ermuntert die Seele.

Aber etwas, was dann über den Tag hinaus bleibt, ist natürlich auch nicht schlecht. So habe ich auch ein materielles Geschenk für dich, keines von größtem Wert, aber von ideellem und bleibendem. Das ist Rotwein - wie könnte es anders sein? - aus

meiner südpfälzischen Heimat, liebe Freundinnen und Freunde. Aber zugegeben, jetzt einfach eine Flasche Wein zu schenken, wäre nicht das Fantasiereichste, was man sich einfallen lassen kann. Deshalb ist mit diesem Wein ein lebendiger Rebstock verbunden. Den wollen wir dir mitgeben nach Brandenburg: Möge er sich unter den dortigen klimatischen Bedingungen gut halten!

(Beifall)

So sehr wir den Spargel und andere hervorragende Produkte aus Brandenburg zu schätzen wissen, liebe Freundinnen und Freunde: Ob dort der Weinstock solche Trauben hervorbringt, dass daraus dann genießbare Weine werden, das lasse ich einfach einmal in der Obhut des lieben Gottes! Deshalb haben wir gedacht, lieber Matthias, wir schenken dir gleichzeitig eine Reihe von Rebstöcken, die in der Pfalz stehen, sodass du dich ab sofort Winzer und Weinbergsbesitzer nennen kannst. Es ist ein überschaubarer Weinberg, wie ich zugebe. Aber für einige Liter jedes Jahr - da bin ich sicher - wird es reichen. Es wird ein guter Rotwein sein. Wir wissen, dass dir ein Glas Rotwein schmeckt und Rotwein passt natürlich zu uns und - noch wichtiger -: Rotwein, in Maßen genossen, ist gesund. Diese Gesundheit wünschen wir dir.

Im Übrigen, liebe Freundinnen und Freunde, Reben werden weit über 100 Jahre alt. Sie tragen dann nicht mehr so große Mengen, aber die Qualität wird zunehmend besser. Wir wünschen dir ein solches Lebensalter, wie es eine gute Rebe auch erreicht. Alles Liebe, alles Gute, ein herzliches Dankeschön an Matthias Platzeck. Wir freuen uns, dass du in unserer Mitte bist und bleibst.

(Beifall - Matthias Platzeck wird das Geschenk überreicht)

Das ist der lebendige und den haben wir schon einmal vorweg abgefüllt.

Matthias Platzeck, Parteivorsitzender: Danke. Ich gebe mir Mühe, dass auch aus dem etwas wird.

(Beifall)

Kurt Beck, Ministerpräsident Rheinland-Pfalz: Sehr geehrte Frau Djindjic! Verehrte liebe Gäste! Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Ich grüße euch alle sehr herzlich zu unserem Parteitag. Ich bedanke mich in besonderer Weise bei den Delegierten, dass sie auch dieses Wochenende wieder in den Dienst unserer Partei gestellt haben.

Ich grüße in besonderer Weise die 150 neuen Ortsvereinsvorsitzenden, die unter uns sind. Liebe Genossinnen und Genossen, euch und die Delegierten will ich bitten, unsere Grüße von diesem Parteitag mitzunehmen. Ich weiß: Es gibt viel Kritik an der Arbeit der Parteien. Manche davon ist auch gerechtfertigt. Aber es ist auch wahr, dass Hunderttausende von Menschen für die Demokratie in den Parteien in Deutschland aktiv sind. Ohne dieses ehrenamtliche Engagement in den Gemeinden, Städten und Landkreisen, in den Ländern und - wie heute hier - auf Bundesebene gäbe es dieses demokratische Gemeinwesen so nicht. Deshalb können wir auch mit Selbstbewusstsein und mit gebotenen Stolz darauf schauen, wie unsere Demokratie ehrenamtlich getragen wird. Die SPD war immer eine Mitgliederpartei,

eine Partei, die von unten nach oben ihre Willensbildungsprozesse organisiert hat. So soll es und so wird es weiter bleiben.

(Beifall)

In Respekt, Dankbarkeit und in Erinnerung an Johannes Rau rufe ich euch zu, was er uns an vielen Wochenenden zum Abschied zugerufen hat: Grüßt mir die Ortsvereine!

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich einige Bemerkungen zu mir machen. Ich will in dieser Runde sagen, dass ich einer von denen bin, die aus unmittelbarer persönlicher Erfahrung zur Sozialdemokratie gekommen sind. Das ist die Erfahrung eines Menschen - der, wie es zig Tausenden anderen auch gegangen ist - in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eine Volksschule besucht hat, in der vier Klassen in einem Klassenraum von einer Lehrerin oder einem Lehrer unterrichtet worden sind.

Auch die Erfahrungen, die ich in meiner Lehrzeit gemacht habe waren wichtig: in einer Zeit, als es noch kein Berufsbildungsgesetz gab, wurde im Akkordlohnverfahren- einem Gedingelohnverfahren, wie es damals hieß- gearbeitet. Hier lernte man, dass man dann, wenn die Voraussetzungen nicht in Ordnung waren, wenn die Betriebs- und Personalräte nicht vernünftige Bedingungen ausgehandelt hatten, für seine Familie weniger heimbrachte. Das war manchmal für eine junge Familie elend eng. Diese Erfahrungen haben mich zunächst als Jugendlicher dazu bewogen, mich zu engagieren und für mehr Gerechtigkeit zu kämpfen.

Mein erstes Engagement war in der Katholischen Arbeiterjugend. Ich habe mich dann auch gewerkschaftlich engagiert: In der Jugendarbeit, in der Arbeit in der Gewerkschaft, in der Personalvertretung. Ich habe zunehmend gespürt, dass das allein nicht ausreicht. Es kam mir darauf an, mich darüber hinaus zu bemühen, dass die Bedingungen für gleichere, gerechtere Chancen sich verbessern. Deswegen habe ich mich politisch engagiert. Das, was in dieser Zeit uns Jungen Willy Brandt vorgegeben hat, hat mich begeistert: die SPD als linke und freie Kraft in dieser Gesellschaft zu verstehen, die die Kraft zur Veränderung und den Willen zur Erneuerung hat. Sein Wort in seiner ersten Regierungserklärung „Mehr Demokratie wagen!“, hat mich zusammen mit einer kommunalen Aufgabe, um die ich mich kümmern wollte, 1972 zur Sozialdemokratie gebracht.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt viele Wege, um in diese Sozialdemokratie zu finden. Alle diese Wege haben eines gemeinsam, nämlich, dass wir darum ringen und danach streben wollen, diese Gesellschaft gerechter zu machen. Dieses Streben werden wir uns bewahren, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Als Matthias Platzeck, dem ich noch einmal herzlich danke, mir gesagt hat, wie es um seine Gesundheit steht, habe ich mich damit auseinander gesetzt, dass diese Aufgabe auf mich zukommt. Ich habe natürlich mit Freundinnen und Freunden und auch mit meiner Familie gesprochen. Mein Vater – er ist 84 Jahre alt und hat ein

Leben lang als Maurer gearbeitet – hat mir gesagt: „Junge, das ist eine große Baustelle.“

(Heiterkeit)

Er hat Recht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das ist eine große Baustelle. Bei großen Baustellen kann man nur gemeinsam wirklich vorankommen beim Weiter- und Aufbauen. Deshalb bitte ich euch alle, liebe Genossinnen und Genossen, daran zu denken: Wir sind die Sozialdemokratische Partei. Jedes einzelne unserer Mitglieder, alle, die an den unterschiedlichen Stellen Verantwortung tragen. Wenn uns das bewusst ist und wir gemeinsam die richtigen Lehren daraus ziehen und uns anstrengen, werden wir auch weiterhin die bestimmende Kraft in Deutschland bleiben. Denn unsere Ideen sind die richtigen, liebe Freundinnen und Freunde!

(Beifall)

Macht euch keine Sorgen: Ich weiß sehr wohl, dass Rheinland-Pfalz nicht Deutschland ist. 4 Millionen sind nicht 82 Millionen Menschen. Eins ist und bleibt klar: Wer Verantwortung an der Spitze einer Partei hat, muss auch Führungskraft zeigen. Ich will dies tun. Aber ich will genauso – ich empfinde das überhaupt nicht als Widerspruch – im Team arbeiten, weil ich überzeugt bin, dass wir nur dann erfolgreich sein können, wenn diejenigen, die von euch oder von den Bürgerinnen und Bürgern in Verantwortung gewählt worden sind, gemeinsam an dieser Baustelle arbeiten. Deshalb biete ich den Parteigremien eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit an. Ich spreche den Parteirat an mit Claus Möller an der Spitze: Auf euch, liebe Genossinnen und Genossen, setze ich in besonderer Weise. Ich bin davon überzeugt, dass der Parteirat die Aufgabe hat, nicht nur die Führungsgremien der Partei zu beraten, sondern auch Bindeglied zu sein zu denen, die vor Ort unsere Arbeit tragen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich werde mit dem Parteivorstand, dem Führungsgremium unserer Partei, offen und intensiv zusammenarbeiten. Das gilt natürlich auch für das Präsidium unserer Partei und für meine Stellvertreterinnen und Stellvertreter einschließlich Jens Bullerjahn, der heute gewählt werden soll. Das gilt für die Schatzmeisterin. Und es gilt in ganz besonderer Weise für den Generalsekretär. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich Hubertus Heil hier vor diesem Parteitag sagen: Lieber Hubertus, du machst einen hervorragenden Job. Ich möchte dir heute dafür Dankeschön sagen.

(Beifall)

In gleicher Weise biete ich den Landes- und Bezirksvorsitzenden eine gute und enge Zusammenarbeit an. Das ist gut angelaufen, und wir wollen es so fortsetzen. Liebe Genossinnen und Genossen, uns ist allen bewusst: die große Verantwortung, die wir auf Bundesebene übernommen haben kann nur im engen Zusammenwirken zwischen der Partei und unserer Bundestagsfraktion erfolgreich sein. Daher wende ich mich an Peter Struck, Olaf Scholz und alle Mitglieder unserer Bundestagsfraktion. Wir haben in unserer Fraktion einen sehr hohen Fach- und Sachverstand. Wir brauchen ihn, um mitzuwirken an den Entscheidungen und um diese Entscheidungen auch im sozialdemokratischen Sinne umzusetzen. Ich bitte euch

weiterhin um gute Zusammenarbeit und ich bedanke mich bei euch, lieber Peter und lieber Olaf, und bei allen anderen, für die gute Zusammenarbeit der letzten Wochen.
(Beifall)

Gestattet mir, dass ich mich in ganz besonderer Weise auch an Franz Müntefering und an unsere Mitglieder in der Bundesregierung wende. Wir wissen, dass wir uns auf euch verlassen können. Wir wollen unseren Beitrag leisten, Orientierung zu geben aus der Partei heraus und zu den wichtigen Themen die Linien aufzeigen, die aus der demokratischen Willensbildung der Partei entstehen. Wir wollen euch aber auch helfen, dass ein Optimum dessen, was wir uns wünschen, dann auch umgesetzt werden kann. Das ist der Wille der Partei, davon bin ich überzeugt. Ich will meinen Beitrag leisten, dass dies in einem guten Miteinander auch in Zukunft fortgesetzt werden kann. Danke für eure Arbeit!

(Beifall)

An Martin Schulz gerichtet und an unsere Genossinnen und Genossen im Europäischen Parlament aus Deutschland und aus ganz Europa sage ich: Wir wissen um die Bedeutung dieser europäischen Entwicklung, gerade auch für die Umsetzung unserer politischen Ideen und Vorstellungen. Wir wissen, dass ihr eine schwierige Aufgabe dort für uns wahrnehmt. Ich finde, es ist eine große Ehre für die deutsche Sozialdemokratie, dass mit Martin Schulz einer der unseren an der Spitze der sozialdemokratischen und sozialistischen Fraktionen in Europa steht. Wir wollen eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Wir wissen: Europapolitik ist nicht Außenpolitik. Sie ist ein Teil der Alltagsgestaltung der Menschen in ganz Europa und in Deutschland.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist aber auch wahr, dass wir in unserer Partei vieles zu leisten haben und große Herausforderungen zu bestehen haben. In den letzten Tagen habe ich viele Briefe und e-Mails bekommen von Genossinnen und Genossen, von jüngeren und älteren. Ich habe viel Ermutigung erfahren und gespürt, wie die Menschen und unsere Mitglieder bei uns sind, wie sie um diese Partei bangen und fürchten und wie sie hoffen.

Ich habe einen Brief ausgewählt, aus dem ich ein paar Passagen zitieren möchte. Es ist ein Brief eines Genossen aus Baden-Württemberg. Ich mache mir nicht alle Analysen zu eigen, wie ich ausdrücklich sagen möchte. Aber er hat in wenige Sätze gefasst, was aus vielen der Briefe, die an mich gegangen sind, herauslesbar gewesen ist. Er schreibt nach vielen Worten der Ermutigung:

„Es wird ein schwerer, aufreibender und dornenreicher Weg sein. In den letzten zehn Jahren - lass uns das unter alten Sozialdemokraten feststellen - wurde die Basis mehr und mehr in das sprachlose Abseits gedrängt. Es gab keine glaubhaften Argumente mehr. Der ständige Wechsel an der Führungsspitze der Partei, die ständigen Querelen und Querelchen: Wir an der Basis wussten nicht mehr, wo hinten und wo vorne ist.“

Liebe Genossinnen und Genossen, ich sage noch einmal: Ich mache mir diese Analyse in dieser Schärfe nicht zu eigen. Aber die Sorge, die in den Worten zum Ausdruck kommt, die müssen wir uns gemeinsam zu eigen machen.

(Beifall)

Wir hatten Wahlergebnisse, die uns bei nüchterner Analyse besorgt machen müssen. Wir wissen, dass wir seit 1990 fast 37 Prozent unserer Mitglieder verloren haben, viele, weil sie gestorben sind, aber leider auch sehr viele, weil sie ausgetreten sind. Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir den heutigen Stand halten wollen, müssen wir bis zum Ordentlichen Parteitag 2007 auf das Ziel hinarbeiten 57.000 neue Mitglieder zu gewinnen. Das ist ein großes Ziel, wir wollen diesem Ziel so nah wie möglich kommen. Ich bitte euch, daran mitzuarbeiten und mitzuhelfen.

(Beifall)

Deshalb werden wir noch in diesem Jahr eine Werbeaktion einleiten. Wir werden für unsere Ziele eintreten. Wir werden Menschen ansprechen und ihnen sagen, dass die Sozialdemokratie sich geöffnet hat, und man über Mitgliedschaft auf Zeit, in Foren und Projekten bei uns mitarbeiten und die SPD kennen lernen kann. Wir hoffen, dass dann viele dauerhaft zu uns kommen. Liebe Genossinnen und Genossen, wir setzen dabei darauf, dass schon bei der letzten Bundestagswahl im Herbst 2005, aber auch bei den Landtagswahlen in diesem Frühjahr viele junge, auch ganz junge Menschen und viele Familien mit Kindern bei unseren Veranstaltungen waren. So viele, wie ich es einige Jahre lang nicht mehr erlebt habe. Diese Menschen sind offensichtlich an uns interessiert. Sie sind interessiert an der Politik, die wir für Familien anbieten, an unseren bildungspolitischen Ansätzen und an unserem Streben nach mehr Gerechtigkeit. Diese Menschen sollten wir ansprechen und als Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen. Ich glaube, wir haben da gute Chancen.

(Beifall)

Zu Beginn dieser Woche habe ich mich mit Schriftstellerinnen und Schriftstellern getroffen und mit ihnen über die kulturelle Dimension unseres Lebens in Deutschland und Europa diskutiert. Wolfgang Thierse war mit dabei. Es war eine spannende Diskussion, aus der wir viel mitgenommen haben. Wir wollen sie fortsetzen. Ich erwähne dies, weil mir Günter Grass die Anregung mit auf den Weg gegeben hat die Wurzeln, die Geschichte unserer Sozialdemokratie wieder mehr herauszustellen. Ich finde, er hat Recht.

(Beifall)

Nicht weil unser Blick rückwärts gerichtet sein soll, sondern weil wir wissen, dass aus diesen Wurzeln heute und auch für die Zukunft die Kraft erwächst, mit der wir auf die Herausforderungen unserer Zeit die richtigen Antworten geben können. Das möchte ich erreichen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich bei dieser Analyse auch deutlich machen, dass die Partei eine Alterszusammensetzung hat, die es dringend erforderlich macht, jüngere Menschen zu gewinnen. Dabei will ich nicht missverstanden werden. Ich erachte das, was die Älteren in unserer Mitte, was die Arbeitsgemeinschaft 60 plus leistet, für unverzichtbar. Das ist ein ganz hohes Gut.

Ich will die Gelegenheit nutzen, an dieser Stelle Hans-Jochen Vogel ganz herzlich zu danken für seinen Ratschlag und für die Bereitschaft, mit diesem Ratschlag auch in Zukunft nicht zu geizen. Ich will Erhard Eppler, Egon Bahr sowie Ernst Breit und andere in dieses Dankeschön einbeziehen. Wir werden eure Erfahrung nutzen und auf ihr aufbauen. Das ändert nichts daran, dass wir Junge gewinnen wollen und müssen, damit sie später den Stab übernehmen und unsere Ideen und unsere Arbeit fortsetzen können.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere Bemühungen werden auch darauf zu richten sein, die Situation in Diasporagebieten der Sozialdemokratie zu verbessern. Besonders im Osten Deutschlands gibt es Parteigliederungen, für die nur eine Handvoll Menschen arbeiten. Ich habe mich eben mit Matthias Platzeck darüber unterhalten. Was die Genossinnen und Genossen dort leisten, ist großartig. Wir können gar nicht dankbar genug dafür sein. Wir wollen es ihnen auch dadurch danken, dass wir uns darum bemühen, die Basis in diesen Regionen zu verbreitern, damit mehr Menschen dort Mut fassen, für die Sozialdemokratie einzustehen.

(Beifall)

Das erreichen wir nur, wenn wir die Sozialdemokratie erkennbar machen. Ich glaube, es ist notwendig, dass wir als linke Volkspartei, die wir sind und bleiben wollen, mit einem klaren Profil in Deutschland erkennbar sind. Wir können stolz sein auf das, was wir in der Geschichte erarbeitet haben. Wir müssen uns nicht verstecken. Lasst uns auf unsere Arbeit, auf unsere Partei stolz sein und das auch öffentlich deutlich machen durch Handeln und Reden, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Genauso wichtig ist es, dass wir mitten im Volk verankert bleiben, dass wir nahe bei den Menschen bleiben. Nahe bei den Menschen, in der Art, wie wir mit Problemen umgehen, wie wir darüber reden, wie wir den Menschen erklären, was notwendig ist, um auch in Zukunft in einer sozial gerechten und wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaft leben zu können.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist unsere Aufgabe, dass wir die Breite, die unsere Partei erreichen kann, wollen und dass wir diese Vielfalt der Meinungen innerhalb des sozialdemokratischen Spektrums auch gelten lassen und respektieren. Daran darf es keinen Zweifel geben.

(Beifall)

Es darf keine vernünftige linke demokratische Kraft auf Dauer neben uns geben – auch das hat uns Willy Brandt einmal ins Stammbuch geschrieben. Wir wollen dieses vernünftige Spektrum als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten abdecken, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Das heißt für mich, die offene Diskussionskultur, wie sie von Matthias Platzeck praktiziert worden ist, fortzusetzen. Aber das heißt auch, dass wir durch Diskussionen in der Sache öffentlich in Erscheinung treten, aber nicht durch den Eindruck, Ränke und Streit würden im Vordergrund stehen.

(Beifall)

Und um eines will ich auch mit aller Kraft werben: um Vertrauen. Ich selber will Vertrauen investieren in die Führungsgremien, in jede Genossin, in jeden Genossen. Ich denke, wir müssen mehr Vertrauen ineinander investieren. Denn wenn wir uns in den eigenen Reihen nicht mehr vertrauen, als wir dem glauben, was andere schreiben oder sagen, was wir angeblich gesagt haben sollen, dann werden wir auch nicht als eine Einheit wahrgenommen. Und wer nicht als eine handlungsfähige Einheit wahrgenommen wird, der bekommt auch das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler nicht.

(Beifall)

Zu unseren Orientierungen gehört die Verlässlichkeit - Verlässlichkeit in dem, was wir sagen und beschließen, Verlässlichkeit der Personen, die für uns handeln, aber auch die Verlässlichkeit Verträge zu halten, die wir unterschrieben haben. Beispielsweise Koalitionsverträge, ob auf Bundesebene, auf Landesebene oder in kommunaler Verantwortung. Diese Verlässlichkeit werden wir in der großen Koalition auf Bundesebene bieten. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir werden auch erkennbar bleiben. Wir können das, weil in der Koalitionsvereinbarung unsere Handschrift klar erkennbar ist. Es gibt überhaupt keinen Grund zu fürchten, dass wir in der Bundesregierung an die Seite gedrängt werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Einen letzten Punkt will ich in diesem Zusammenhang nennen. Wir müssen über den Tag hinaus Orientierung geben. Das ist der Grund, warum ich die begonnene Grundsatzprogrammdiskussion gern weiterführe. Liebe Genossinnen und Genossen, die Grundwerte, die die Arbeit dieser Sozialdemokratie getragen haben und tragen, bleiben richtig. Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Friedensliebe - das bleibt unser Markenzeichen, das bleiben unsere Orientierungspunkte. Wir werden nicht zulassen, dass sich in Deutschland eine Debatte durchsetzt, in der Freiheit und Gerechtigkeit in ein seltsames schiefes Verhältnis zueinander gesetzt werden.

(Beifall)

Als müsse man nur grenzenlose Freiheit zulassen, dann würde sich die Gerechtigkeit schon einstellen. Wir wissen, das ist falsch. Das ist eine Fehlorientierung. Wir wollen Freiheit *und* Gerechtigkeit, liebe Freundinnen und Freunde!

(Beifall)

Lasst uns, liebe Genossinnen und Genossen, nicht auf das Glatteis gehen, Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit zu einem Widerspruch zu erklären.

(Beifall)

Auch das wäre eine Fehlentwicklung. Ohne vernünftige Verteilungsgerechtigkeit, ohne eine vernünftige materielle Grundlage für die Menschen kann es letztendlich auch keine Chancengleichheit geben. Wir wissen, dass das so ist. Deshalb ringen wir um beides.

(Beifall)

Dass es für uns vor dem Hintergrund der Globalisierung, neuer Konflikte in dieser Welt, der Terrorgefahr, einer erweiterten Europäischen Union, zu der wir uns ausdrücklich bekennen, der demografischen Entwicklung, dass es vor diesem Hintergrund notwendig ist, unsere Linien fortzuschreiben, unser Koordinatensystem zu aktualisieren, das ist wahr. Aber ich sage noch einmal in aller Deutlichkeit: Wir haben keinerlei Grund, mit unserer bisherigen Arbeit zu brechen. Es gibt dagegen allen Grund, unsere Linien fortzuentwickeln und für die Zukunft tauglich zu machen. Daran wollen wir in dieser Grundsatzprogrammdiskussion arbeiten mit möglichst vielen in der Gesellschaft und mit möglichst allen in unserer Partei, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Fraglos ist es wahr: Die Menschen haben viele Sorgen. Wie geht es mit ihren Arbeitsplätzen, mit der Ausbildung ihrer Kinder, wie geht es mit unserer Wirtschaft weiter? Es gibt die Sorge von kleineren selbständigen Existenzen, wie sie bestehen können gegen eine Dominanz von Konzernen, die sie manchmal an die Wand zu drücken drohen. Es gibt die weit verbreitete Sorge um soziale Sicherheit insbesondere im Alter, im Falle von Pflegebedürftigkeit und im Falle von Krankheit.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns den Menschen gegenüber eines deutlich machen: Wir, die Sozialdemokratie in Deutschland, sind die Partei der sozialen Marktwirtschaft, einer erneuerten, einer fortgeschriebenen sozialen Marktwirtschaft. Uns fällt die Aufgabe zu, die soziale Dimension in unserer Gesellschaft lebendig zu halten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wer Zweifel daran hat, dass dieser Anspruch gerechtfertigt ist, der oder dem rate ich nachzulesen, was die CDU auf ihrem Leipziger Parteitag beschlossen hat und wie dort zum Teil geredet worden ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, über die Rolle der FDP in diesem Zusammenhang muss ich nicht reden. Und die Grünen werden, unter wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkten betrachtet, der FDP immer ähnlicher.

(Beifall)

Die Wählerinnen und Wähler haben ja im Herbst letzten Jahres eine klare Entscheidung getroffen. Sie haben klar entschieden, dass sie eine Politik à la Merz, Kirchhof und Westerwelle für diese Bundesrepublik Deutschland nicht wollen.

(Beifall)

Deshalb ist und bleibt es unsere Aufgabe, in dieser Legislaturperiode auf Bundesebene in der großen Koalition dafür zu sorgen, dass sich eine solche Politik nicht durchsetzt. Ich finde - ich sage das noch einmal -: Die Koalitionsvereinbarung sieht aus unserem Blickwinkel alles andere als schlecht aus.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben den Anspruch, die Gesellschaft zusammen zu halten. Wir stehen in der konkreten Gefahr in Deutschland, dass unsere Gesellschaft auseinander driftet - in Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose, in Kinder aus reichen und Kinder aus armen Familien, in erfolgsverwöhnte und chancenlose Menschen.

Wir werden nicht zulassen, dass diese Gesellschaft auseinander fällt in diejenigen, die drinnen und in die draußen sind, ohne eine Chance je hineinzukommen. Wir wissen, liebe Genossinnen und Genossen, wo Oben und Unten der Gesellschaft in einer Weise auseinander fallen, dass arme und reiche Leute nichts mehr miteinander zu tun haben, da ist die Gesellschaft am Ende und das Miteinander spielt keine Rolle mehr. In einer solchen Gesellschaft sind dann auch die Freiheit, die Sicherheit und das Recht am Ende. Denn die Stärke des Rechts ist dann verkommen zum Recht der Stärkeren. Das lassen wir nicht zu!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns in diesem Sinne für eine gerechtere Gesellschaft kämpfen. Wir wollen, dass Deutschland eine erfolgreiche Wirtschaft hat. Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten muss niemand erklären, dass jeder Euro zuerst verdient werden muss, bevor er ausgegeben werden kann. Aber ich sage noch einmal in aller Klarheit: Wir werden nicht zulassen, dass alles, was uns in dieser Gesellschaft wichtig ist, dass Kultur, dass soziale und ökologische Verantwortung der Ökonomie untergeordnet werden. Das ist nicht unser Bild von einer Gesellschaft der Zukunft.

(Beifall)

Deshalb arbeiten wir an einem Leitbild, das wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Erfolg mit sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Vernunft und mit dem Streben nach einer reichen Kultur verbindet. Es ist ja nicht so, dass wir an diejenigen, die die wirtschaftliche Macht in Deutschland haben, nur mit Forderungen herantreten. Unsere Gesellschaft ist eine stabile und sichere Gesellschaft, in der es sich lohnt zu investieren, weil man hier weiß, dass das Investment nicht infrage gestellt wird. Diese Gesellschaft hat eine Infrastruktur entwickelt – und sie muss weiterentwickelt werden -, die ihresgleichen sucht. Wir haben - das ist das Allerwichtigste - hoch- und höchstqualifizierte und höchst motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist nicht überall auf der Welt in gleicher Weise zu finden. Bei der schnellen Veränderung der Technologien ist dies von größtem Wert, auch für die Unternehmen. Dafür erwarten wir Respekt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deutschland bietet mit seinen Hochschulen und seinen Forschungseinrichtungen eine hervorragende Investitions- und Innovationsfreundlichkeit. Wir wissen, dass wir

hier einen Schwerpunkt zu setzen haben, der für unsere politischen Anstrengungen in den kommenden Jahren zentral sein muss. Es ist gut so, dass wir darauf bauen, nicht die alten und unverantwortbaren Technologien wie die Atomtechnologie einfach weiter zu betreiben. Wir setzen auf unsere hohe Leistungsfähigkeit in den Umwelttechnologien. In diesen Technologien sind wir Spitze in der Welt. Wir wollen das in Deutschland und im internationalen Wettbewerb weiter ausbauen.

(Beifall)

Ich will auf das internationale Ansehen setzen, das Deutschland und deutsche Leistungen genießen. Oft ist unsere Leistung international viel anerkannter, als wir selber wahrnehmen. Wir gehören nicht zu denen, die unser Land schlecht reden.

(Beifall)

Ich habe dargestellt, was Deutschland zu bieten hat. Dafür erwarten wir auch etwas. Wir erwarten, dass Manager, die wirtschaftliche Entscheidungen für diejenigen treffen, die ihr Kapital einsetzen und Renditen erwirtschaften wollen, auch für die Menschen, die ihre Leistungen in den Betrieben erbringen, Verantwortung übernehmen. Diese Verantwortung soll genauso wie die Gewinnerwartungen im Mittelpunkt der Entscheidungen stehen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist auch alles andere als unschicklich einzufordern, dass das, was insbesondere unsere Kommunen, aber auch die Länder und der Bund an äußeren Bedingungen zur Verfügung stellen, bei Standortentscheidungen nicht einfach als wertlos betrachtet wird. Deshalb ganz klar und eindeutig: Deutschland ist kein Billiglohnland und will und darf kein Billiglohnland werden. Wir wollen Hochleistungsland bleiben.

(Beifall)

Für uns ist klar: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Anspruch auf Anerkennung für ihre Leistung und sie haben Anspruch auf einen gerechten Lohn. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich eines hinzufügen: Wenn wir in einer sich verändernden Gesellschaft, in der wir den Arbeitsmarkt gerade auch im Bereich der privaten Dienstleistungen deutlich erweitern müssen, für einen gerechten Arbeitslohn sorgen wollen, dann kommt es nicht nur darauf an, dass Niedriglohnsektoren abgeschafft werden und dass man vernünftige Arbeitsbedingungen hat. Es kommt auch darauf an, dass wir lernen, Arbeit, auch die scheinbar einfache Arbeit zu respektieren. Nur dann werden wir in Deutschland Menschen finden, die eine solche Arbeit annehmen. Es ist nicht entscheidend, ob man an einer Hochschule oder als Müllwerker gute Arbeit leistet. Auch wer diese einfache Arbeit macht, hat Respekt, Anerkennung und menschliche Behandlung verdient.

(Beifall)

Wir bleiben dabei: Wer Vollzeit arbeitet, hat Anspruch darauf, von seiner Arbeit anständig leben zu können. Wir wollen keine Gesellschaft, in der man fünf Jobs braucht, um seine Familie über die Runden bringen zu können.

(Beifall)

Dabei sind Tarifverträge zentral. Es gehört dazu, dass wir vernünftige Mindestlöhne finden. Es gehört ebenfalls dazu, dass wir uns intensiv um Wiedereingliederung derjenigen, die draußen sind, bemühen. Ich danke Franz Müntefering sehr für seine Initiativen. Und zu unseren Anstrengungen auf dem Arbeitsmarkt gehört auch, dass wir, in differenzierter Weise wohlgerückt, über Kombilöhne zu reden bereit sind. Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen, dass starke Gewerkschaften eine ganz entscheidende Voraussetzung sind, um die Balance in unserer Gesellschaft zu halten. Deshalb bekennen wir uns dazu, dass wir in Deutschland handlungsfähige Gewerkschaften brauchen. Wir bekennen uns zu einer unangefochtenen Tarifautonomie.

(Beifall)

Und wir bekennen uns dazu, liebe Genossinnen und Genossen, die Mitbestimmung zu bewahren, in den Unternehmen genauso wie in den Verwaltungen.

Liebe Genossinnen und Genossen, diejenigen, die ständig davon reden – das ist ja richtig –, dass man den Menschen, die auch Verbraucherinnen und Verbraucher sind, Mut machen muss, das Notwendige zu kaufen und das Notwendige für ihre Familie zu investieren, können ihnen nicht Mut machen, wenn parallel dazu die Kündigungsschutzregelungen kaputt gemacht werden sollen. Wo soll denn der Mut bei einer jungen Familie mit Kindern herkommen?

(Beifall)

Ich habe heute Morgen zusammen mit Gewerkschaftsrepräsentanten vor streikenden und sich solidarisierenden Kolleginnen und Kollegen gesprochen. Ich will auch vor diesem Parteitag deutlich aussprechen, weil es mir wichtig ist, was ich dort versucht habe, deutlich zu machen:

Erstens. Wir wollen Gewerkschaften, auch im Bereich des Öffentlichen Dienstes, die mit den Arbeitgebern auf gleicher Augenhöhe über die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verhandeln.

(Beifall)

Zweitens. Wir werden keine Strategie mitmachen, die versucht, die Gewerkschaften in die Knie zwingen.

(Beifall)

Drittens. Wir werden keinen Weg mitgehen, der dazu führt, dass ausgerechnet im öffentlichen Sektor bei den Ländern auf Dauer ein tariffreier Raum entsteht. Das wäre ein verheerendes Signal auch in andere Tarifbereiche hinein. Deshalb wollen wir das nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich hoffe, dass bei den Verhandlungen, die in der jetzt beginnenden Woche, aufgenommen werden, eine Tariflösung herauskommt, die fair ist. Mehr- das gebietet

die Tarifautonomie, ist dazu nicht zu sagen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte den Gewerkschaften, dir, lieber Michael, und den Kolleginnen und Kollegen der Einzelgewerkschaften, Ihnen, lieber Herr Heesen, und Ihren Organisationen, ein faires Miteinander und einen intensiven Dialog um die Lösung der Zukunftsfragen anbieten. Wir legen Wert darauf, mit Ihnen vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

(Beifall)

Ich biete den Repräsentantinnen und Repräsentanten der Wirtschaft diesen Dialog in gleicher Weise an. Wir brauchen das Gespräch miteinander statt Verlautbarungen übereinander. Manchmal hat man ja bei dem einen oder anderen der Wirtschaftsverbandsführer – ich differenziere sehr bewusst, man muss da genau formulieren – den Eindruck, dass ihnen ihr Parteibuch näher ist als die anderen Aufgaben. Aber das muss nicht so sein und das werden wir auch zu durchbrechen versuchen, indem wir vernünftig miteinander reden.

(Beifall)

Im Übrigen will ich, was den Dialog und das Gespräch miteinander angeht, auch allen anderen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden, den Sportverbänden und den Kulturverbänden, ein intensives Miteinander anbieten, damit wir voneinander wissen, wie gedacht wird, wie die Positionen sind, weil wir nur dann eine Chance haben, diese Positionen in unsere Überlegungen einzubeziehen.

Ich habe vorhin gesagt, dass ich zum Thema Steuern noch einige Bemerkungen machen will. Ich will diesem Thema selbstverständlich nicht ausweichen. Dabei ist und bleibt klar – ich sage dies gerade nach den Stürmen, die über Ostern entfacht worden sind :Das Gemeinwesen – das ist der Staat, das sind die Kommunen, Kirchen und Wohlfahrtsverbände und auch die, die in subsidiärer Weise an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitwirken – braucht einen angemessenen Anteil an dem, was in Deutschland erwirtschaftet wird. Sonst wird eine Mehrzahl von Menschen unter diesem zu geringen Anteil zu leiden haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist und bleibt für uns klar: Es wird immer zu prüfen sein: Was kann denn das Individuum leisten? Wo bedarf es nicht mehr der gemeinschaftlichen Unterstützung oder Verantwortung aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen? Wir wollen so viel individuelle Freiheit wie richtig und verantwortbar.

Aber es kommt auch darauf an, dass wir wissen, wo die Grenzen dieser Entwicklung sind, weil ein großer Teil der Menschen sonst die Entwicklungen in der Zukunft nicht mehr unter verantwortbaren Bedingungen mit vollziehen kann. Es ist wahr: Wir müssen immer wieder und aufs Neue fragen: Wie effizient erfüllen wir unsere Aufgaben als Staat und Gemeinschaft? Diese Effizienzfrage ist kein Widerspruch zum Bekenntnis zu den Aufgaben, die die öffentlichen Hände haben. Dass wir an diesen Aufgaben festhalten, dass es Aufgabe des Staates ist, für innere und äußere Sicherheit zu sorgen, für eine vernünftige Infrastruktur, für vernünftige ökologische Bedingungen, für einen kulturellen Reichtum und Freiheit im kulturellen Bereich, für Bildung und Ausbildung, für Hochschulen, für Forschung, dass es darum geht, den sozialen Ausgleich zu sichern, daran kann es doch ernsthaft keinen Zweifel geben.

Wir lassen uns da nicht in die Defensive drängen. Die deutsche Sozialdemokratie ist bereit und willens, über eine angemessene Rolle des Staates und der Gemeinschaft zu diskutieren und das, was wir uns vorstellen, aktiv zu verteidigen.

(Beifall)

Nein, wir plädieren nicht für einen üppigen Staat und auch nicht für einen alles beherrschenden Staat, aber für ein handlungsfähiges Gemeinwesen werden wir eintreten. Liebe Genossinnen und Genossen, zu einem handlungsfähigen Gemeinwesen gehört auch, dass wir die öffentlichen Haushalte in Ordnung bringen. Das ist eine große Herausforderung. Peer Steinbrück, die Finanzminister und Senatoren auf Länderebene und die Kämmerer auf kommunaler Ebene sollten dabei unsere Unterstützung haben.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist – ich wusste, dass der Beifall hier eher gering sein wird –, liebe Genossinnen und Genossen, lieber Peer Steinbrück, einfach wahr: Wenn wir jetzt in unserer Zeit, im Zuge der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Verbesserung, die gerade in Deutschland stattfindet, nicht die öffentlichen Haushalte in Ordnung bringen, handeln wir unsolidarisch gegenüber den Kindern, die heute groß werden. Es werden weniger Menschen im arbeitsfähigen Alter da sein, als dies heute der Fall ist. Denen dürfen wir nicht unangemessene Schulden mit auf den Weg geben. Das ist auch sozialdemokratisch.

(Beifall)

Was die Vereinbarungen in der Koalition angeht, bleibt es bei dem, was wir festgeschrieben haben. Wir werden eine vernünftige und verantwortliche Unternehmensteuerreform machen. Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben genaue Ziele miteinander formuliert. Da muss niemand Misstrauen haben. Wir haben festgelegt, dass es um eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit geht. Wir haben festgelegt, dass es um eine weitgehende Rechtsform- und Finanzierungsneutralität geht. Und wir haben festgelegt – das ist uns ganz besonders wichtig –, dass es um die Einschränkung der so genannten steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten geht, auch um eine Verbesserung der Planungssicherung für Unternehmen und öffentliche Haushalte, und dass es um eine nachhaltige Sicherung der deutschen Steuerbasis geht.

Das werden die Maßstäbe sein, mit denen wir in diese Reformdiskussionen hineingehen. Ich finde, diese Maßstäbe berücksichtigen auch all das, was sozialdemokratisches Gedankengut ist. Wir werden unsere Kraft einbringen, damit diese Maßstäbe auch durchgehalten werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zu dem, was manche Reichensteuer nennen, will ich deutlich sagen: Es war nicht so einfach durchzusetzen, dass nicht nur diejenigen, die kleinere und mittlere Einkommen haben, nicht nur diejenigen, deren Löhne im Bereich der Sozialversicherungspflicht liegen, Beiträge zur Konsolidierung der Haushalte und zur Sicherung der Sozialsysteme leisten müssen, sondern auch diejenigen, deren Einkommen weit oberhalb der Sozialversicherungsgrenzen liegen, die also

Spitzeneinkommen haben. Es war in der Tat nicht einfach; ihr habt alle das Trommelfeuer erlebt, das über uns hereingebrochen ist. Aber diese Maßnahme war richtig und hat überhaupt nichts mit Neid, dem Dämpfen von Leistungswilligen oder Ähnlichem zu tun. Es geht einfach darum: Wenn schon diejenigen, die sowieso sehr verantwortungsbewusst haushalten müssen, zur Kasse gebeten werden müssen, können diejenigen, die Spitzeneinkommen haben, nicht einfach außen vor bleiben. Das ist Teil einer vernünftigen Politik.

(Beifall)

Wenn formuliert wird, dass Spitzenverdiener aus Deutschland weggehen würden, weil sie jetzt 3 Prozent mehr bezahlen müssen, frage ich mich manchmal: Was für ein Bild haben denn diese Repräsentanten der Besserverdienenden von den Besserverdienenden? Ich glaube, auch sie sind Menschen, die wissen, dass sie Verantwortung für die Gemeinschaft haben. Zumindest nehme ich das von einer großen Zahl an.

(Beifall)

Lasst mich, liebe Genossinnen und Genossen, einige Bemerkungen zum Thema soziale Sicherheit und demografische Entwicklung machen: Wir wissen, dass wir diese Themen über Generationen hinweg denken und entsprechend handeln müssen. Wir wissen auch, dass die Lohnkosten - die Belastung, die sich in niedrigeren Nettolöhnen auswirkt - von uns zu beachten sind. Es bleibt aber dabei: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die großen Lebensrisiken der Menschen auch in Zukunft durch solidarische Systeme abgesichert wissen. Im Alter muss dazu notwendigerweise eine zweite Säule hinzukommen, nämlich eine kapitalgedeckte Altersversorgung, die durch Betriebsrenten, durch die Riesterreute und andere Formen abgesichert ist. Wir wissen, dass die Reformen notwendig waren und weitere - an manchen Stellen muss ich sagen: leider - notwendig sind. Aber wir müssen eben, wie gesagt, über Generationen hinaus denken, um dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Es geht uns darum, dass auch die Pflegebedürftigen wissen, dass sie und ihre Familien nicht in absolute Armut fallen, wenn der Pflegefall eintritt. Auch das werden wir zu regeln haben. Es ist nicht unschicklich zu fordern, dass diejenigen, die in der gesetzlichen Pflegeversicherung, genauso wie diejenigen, die in der privaten Pflegeversicherung sind, bei gleichen, vom Gesetz vorgeschriebenen Leistungen auch einen Anspruch darauf haben, dass zwischen diesen Systemen ein verantwortlicher Finanzausgleich erfolgt, um die Aufgaben erfüllen zu können.

(Beifall)

Wir wollen, dass betriebliche Unfälle auch in Zukunft abgesichert bleiben und nicht zum individuellen Risiko erklärt werden, genauso wie wir überzeugt sind, dass es unsere Aufgabe ist, eine Gesundheitsreform miteinander auf den Weg zu bringen, die den Menschen gerecht wird. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden unser Gesundheitssystem so organisieren, dass es beispielhaft sein wird. Jeder und jede wird versichert sein. Jeder und jedem werden die Gesundheitsleistungen in vollem Umfang zur Verfügung stehen, und zwar sowohl jetzt als auch in der Zukunft. Jeder und jede wird vom gesundheitlichen Fortschritt profitieren können. Wir verbinden auch in der Gesundheitsreform Freiheit,

Gerechtigkeit und Solidarität, denn zu Kosten wird jeder - nach seiner Leistungsfähigkeit - auch in Zukunft herangezogen werden. Das ist unser Weg: Verlässlichkeit und Bezahlbarkeit für die Patientinnen und Patienten, eine gute, berechenbare Honorierung für die Ärztinnen und Ärzte, überdies sehr gute Krankenhäuser und moderne Arzneimittel. Um dies zu realisieren, setzen wir auf gesteuerten Wettbewerb. Kassen konkurrieren mit Kassen, Ärzte mit Ärzten um die beste Qualität und den besten Service für die Patientinnen und Patienten. Auch das, liebe Genossinnen und Genossen, gehört zu unserem Weg. Wir werden alles tun, um bei den laufenden Verhandlungen diese Maßstäbe aufrechtzuerhalten.

Erlaubt mir an dieser Stelle eine Bemerkung, liebe Genossinnen und Genossen: Wenn man sieht, was Ulla Schmidt in den vergangenen Jahren und aktuell für das Gesundheitswesen leistet, kann man nur kopfschüttelnd hinnehmen, wie sie sich hat anfeinden lassen müssen. Ich will Ulla Schmidt sehr, sehr herzlich danken. Ulla, du hast einen hervorragenden Job gemacht. Wir brauchen dich und danken dir! Ich bin sicher: In Deutschland wird das noch Anerkennung finden.

(Beifall)

Zur Demografie will ich nur anmerken: Das ist eines der Felder, auf denen wir die Idee vom vorsorgenden Sozialstaat, die Matthias Platzeck in die Diskussion gebracht hat, in besonders exemplarischer Weise erkennen und anwenden können. Es geht darum, jetzt damit zu beginnen. Zum Beispiel durch Bauleitplanungen, die die soziale Stadt und so eine Bürgergesellschaft, die füreinander da ist, fördern. Wir müssen jetzt die Weichen stellen, um dafür zu sorgen dass morgen, ältere Menschen integriert in dieser Gesellschaft leben und ihre Kreativität in unsere Gemeinschaft einbringen können. Dafür müssen wir heute die Weichen stellen. Deshalb ist der Gedanke der vorsorgenden sozialen Verantwortung alles andere als eine Theorie. Es ist eine konkrete, praktische Herausforderung.

(Beifall)

Dass wir im Bereich der Migration und der Integration der Menschen, die hier leben, viel zu tun haben und uns sehr anstrengen müssen, das ist wohl wahr - aber nicht im Sinne von Ideologien wie einer Multikulti- oder umgekehrt einer Abgrenzungsgesellschaft. Das ist nicht unser Weg. Unser Weg ist es, diesen Menschen mit Respekt vor anderen Erfahrungen, anderen Kulturen, anderen Religionen zu begegnen. Aber wir erwarten auch, dass allen Menschen mit den gleichen Maßstäben begegnet wird. Dann sind wir auf einem guten Weg. Dazu gehört, unsere Sprache zu lernen und sich mit unserer Kultur und unseren Erfahrungen auseinander zu setzen. Aber lasst uns bei einem klaren Nein bleiben zu dümmlichen Tests und Gesinnungsschnüffeleien. Das ist nicht unser Weg, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Menschen haben einen Anspruch darauf und sie haben das große Bedürfnis danach in Sicherheit zu leben. Wir wollen innere und äußere Sicherheit in Deutschland mit allen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, gewährleisten. Wir wollen aber auch, dass die innere Freiheit und die Liberalität in unserer Gesellschaft dabei nicht schrittweise kaputt gemacht wird. Das wäre ein Erfolg, den

wir denjenigen, die unsere Freiheit bedrohen, nicht gönnen sollten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich danke allen, die bei uns für die äußere Sicherheit eintreten - also den Politikerinnen und Politikern, aber auch denen, die in der Diplomatie tätig sind. Meine Anerkennung und mein Respekt gilt aber vor allem auch denjenigen, die in unserer Bundeswehr ihre Aufgabe wahrnehmen. Ich zolle den Soldatinnen und Soldaten Anerkennung. Ich sage denen, die jetzt im Auslandseinsatz sind, dass wir uns alle wünschen, dass sie gesund wieder heimkommen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, genauso deutlich warne ich davor, dass die gute Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit, die unser Grundgesetz vorschreibt, durch eher verunsichernde und mehr verunklarende, denn Klarheit schaffende Diskussionen in Misskredit gebracht wird. Wir haben eine gute Ordnung in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir bleiben dabei, Verantwortung auch in der Dritten Welt zu übernehmen - wir stehen zu unserer Verantwortung für die „Eine Welt“. Wir sind da auf dem richtigen Weg; daran kann es überhaupt keinen Zweifel geben. Wir wollen unsere Anstrengungen verstärken und nicht abschwächen. Lasst mich auch noch einmal in Erinnerung rufen, dass es eine sozialdemokratische Regierung unter Gerhard Schröder gewesen ist, die, als der Irak-Konflikt zum Krieg eskalierte, für ganz klare Maßstäbe gesorgt hat. Sie ist nicht einfach in einer „Koalition der Willigen“ hinterher marschiert, sondern sie hat, deutlich gemacht, dass ohne internationalen Auftrag, ohne die Maßgaben, die unsere Verfassung uns gebietet, ein solcher Einsatz für Deutschland nicht infrage kommt. Das sind Maßstäbe, die bleiben werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Sie gelten auch hinsichtlich der Herausforderung vor die uns die Entwicklung im Iran stellt. Zunächst: Was der dortige Präsident gegenüber Israel von sich gibt, ist zutiefst verabscheuenswürdig.

(Beifall)

Wir akzeptieren nicht, dass dort unter dem Deckmantel der Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke, atomwaffenfähiges Material hergestellt wird. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns genauso klar sagen: Wir setzen auf eine diplomatische Lösung, wir setzen keinesfalls auf eine militärische Option.

(Beifall)

Was in diesem Zusammenhang Frank-Walter Steinmeier geleistet hat und was noch vor ihm liegt, verdient unsere höchste Anerkennung und unseren Respekt.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin heilfroh, dass Frank-Walter Steinmeier in dieser Situation der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall)

Eine der entscheidenden Zukunftsfragen in Deutschland wird sein, wie wir mit Familien umgehen, wie kinderfreundlich wir sind, wie wir die Erziehungsfragen zur Unterstützung der Eltern verbessert regeln, wie wir Bildung und Ausbildung organisieren, sei es im dualen oder sei es im Hochschulbereich.

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht uns darum, diese Gesellschaft familienfreundlicher zu machen. In den Reden von Matthias Platzeck und Klaus Wowereit ist dies schon deutlich geworden. Wir haben zu Beginn dieses Jahres bei der Tagung in Mainz die richtigen Weichen gestellt. Wir sind nicht diejenigen, die Eltern in ihrer Erziehungsfreiheit einschränken wollen - ganz gewiss nicht. Wir sind auch nicht diejenigen, die Menschen hineinreden wollen, sich für ein Kind zu entscheiden. Das geht den Staat überhaupt nichts an. Aber wir wollen denen helfen, die sich für ein Kind entscheiden, dass sie diese Entscheidung hinterher nicht damit bezahlen, dass sie in der Gesellschaft in ihren Chancen, in ihren Möglichkeiten zurückgesetzt werden. Das darf nicht sein.

(Beifall)

Dass mit dieser Frage - natürlich nicht nur mit dieser Frage - auch die Gleichberechtigung von Frauen und Männern angesprochen ist, haben wir Männer zwischenzeitlich auch begriffen. Deshalb sollten wir ganz besonders intensiv uns um dieses Arbeitsfeld bemühen. Wir haben eine Menge gut zu machen, wie ich gerne einräume.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, dass es in Zukunft in Deutschland ein vernünftiges Elterngeld gibt, ist sozialdemokratische Programmatik. Lasst uns darauf stolz sein! Wir haben gegen massiven Druck aus der Union dafür gesorgt, dass die unteren Einkommen nicht abgehängt werden. Wir haben auch dafür gesorgt, dass die Alleinerziehenden nicht schlechter gestellt werden als Paare. Wir haben für die partnerschaftliche Regelung gerungen und sie durchgesetzt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dabei kommt es darauf an, dass wir das nicht singulär stehen lassen, sondern dass wir im Bereich der Betreuung von Kindern mehr Angebote im kommunalen Bereich als bisher machen, dass wir die Kindergärten für die ab Zweijährigen öffnen, dass wir die Elternbeiträge schrittweise auf Null setzen.

(Beifall)

Es kommt auch darauf an, dass wir die pädagogischen Angebote in den Kindergärten ausweiten. Wir wollen aber auch dafür sorgen, dass Kinder in den

Kindergärten noch Kinder sein können: sie sollen dort noch unbeschwert spielen und heranreifen können.

(Beifall)

Das ist vor dem Hintergrund der Finanzsituation mühsam. Wir werden in Rheinland-Pfalz noch in diesem Jahr beweisen, dass all das, was ich gefordert habe, nicht nur eine Forderung ist, sondern in ein Gesetz gegossen wird, das auch umgesetzt werden kann. Wir schaffen es, wenn wir die Schwerpunkte entsprechend setzen.

(Beifall)

Lasst mich auch ein Wort zur Bildungsdiskussion sagen. Ich finde es bedrückend - ja beschämend -, dass wir sechs Jahrzehnte, nachdem in Deutschland nach der Nazidiktatur ein demokratischer Neuanfang gemacht worden ist, uns die PISA-Studie und andere Untersuchungen zeigen, dass die schichtenspezifische Durchlässigkeit unseres Bildungssystems eher rückläufig, denn besser geworden ist. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht hinnehmen. Wir setzen deshalb darauf, dass Kinder in der vorschulischen Erziehung, aber auch in den Schulen mehr gefördert werden. Ich will das Beispiel von Ganztagsschulangeboten nennen. Warum soll ein Kind, das in einer Familie aufwächst, in der man nicht französisch gelernt hat, das aber sprachbegabt ist, deshalb im Nachteil sein, nur weil die Eltern nicht in der Lage sind, bei den Französischhausaufgaben zu helfen? Das muss die Schule leisten, damit sich alle Kinder entsprechend ihrer Begabungen entwickeln können.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn die Kinder aus der Schule kommen, dann muss auch sichergestellt sein, dass sie eine Chance haben, einen Ausbildungsplatz im Dualen System zu finden. Es wird in diesem Frühsommer einen Ausbildungsgipfel auf Bundesebene geben. Ich sage noch einmal: Es ist nicht akzeptabel, dass Ausbildungsplätze fehlen. Es ist nicht akzeptabel, dass es nicht genug ausgebildete Fachkräfte gibt. Wer heute nicht ausbildet, wird morgen keine Fachkräfte haben.

(Beifall)

Wir wissen, dass wir vieles tun müssen - auch in den Schulen, auch um die Schulausbildung so voranzubringen, dass die Kinder nicht nur ihre kognitiven Leistungen entfalten, sondern dass sie auch mit dem, was man in unserer Partei einmal „Sekundärtugenden“ genannt hat, aufs Leben vorbereitet sind und dann in einem Betrieb auch bestehen können. Das alles gehört zusammen. Wir alle haben Verantwortung. Ich will sie nicht einseitig verschieben. Wer seinen Teil Verantwortung im Dualen System übernommen hat, muss auch jeweils seinen Teil erfüllen. Das fordern wir ein, und ich denke, mehr als zu Recht.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe zur Bedeutung der Hochschulen und der Forschung schon ein Wort gesagt. Eines will ich hinzufügen, weil es mit Chancengerechtigkeit zu tun hat: Es darf nicht wieder so werden, dass sich Eltern, die zwei oder drei Kinder und kein hohes Einkommen haben, überlegen müssen, ob

ihre Kinder studieren können, ob man sich die Darlehen, die sich da aufhäufen würden, leisten kann.

Ich habe an Ostern mit einem Mann geredet, den ich von früher kenne. Er hat einmal als kleiner Bauunternehmer meinen Keller ausgebaggert. Ich habe ihn nach langen Jahren wieder getroffen, und er erzählte mir von seinen drei Söhnen, die zwischenzeitlich alle erwachsen sind. Er war ganz stolz darauf, dass der letzte gerade sein Studium erfolgreich abgeschlossen hat. Er erzählte mir auch, wie er sich krummgelegt hat, um die Kinder da durchzubringen. Es darf doch nicht wieder so sein, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir mit Studiengebühren noch einen Berg an Kosten obenauf setzen und dass die Familien dann entscheiden müssen, welcher ihrer Söhne oder welche Tochter nicht studieren darf!

(Beifall)

Die deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen seit fast genau 143 Jahren, seit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch Ferdinand Lassalle am 23. Mai 1863 in Leipzig, um Gerechtigkeit, um Solidarität, um Freiheit und um Frieden. Liebe Genossinnen und Genossen, es ist unsere Pflicht, diesen Kampf in unserer Zeit fortzuführen. Erinnern wir uns daran, wie schwer es unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes gewesen sein mag und wie furchtbar es war, unter der Bedrohung der Nazi-Diktatur für unsere Ideen einzutreten und standhaft zu bleiben. Manche mussten ins Exil, andere wurden eingesperrt, andere wurden für diese Ideen ermordet.

Ich will an dieser Stelle betonen: Wenn wir an diese Geschichte denken und wenn wir dann diesen Nazi-Spuk auf unseren Straßen erleben, dann dreht sich einem wirklich der Magen um. Es ist widerlich, was sich in Deutschland wieder abspielt. Wir treten diesem Treiben mit aller Kraft entgegen!

(Lang anhaltender Beifall)

Wir haben am 1. Mai in den Beratungen des Koalitionsausschusses dafür gesorgt, dass die Mittel, die zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im Bundeshaushalt sind, auch in Zukunft zur Verfügung stehen.

(Beifall)

Wenn ich zurückdenke, wie schwer es die Genossinnen und Genossen vor uns hatten, dann will ich auch die Zwangsvereinigung in der ehemaligen DDR nicht vergessen. Lasst uns diejenigen nicht vergessen, die widerstanden haben und für die sozialdemokratischen Ideen eingestanden sind. Ich habe im Februar dieses Jahres einen Genossen besucht. Der ist 100 Jahre alt und hatte 80-jähriges Partejubiläum. Er war einer derjenigen, die damals widerstanden haben. Er erzählte mir, dass er dafür siebeneinhalb Jahre in Gefängnissen der ehemaligen DDR gesessen hat. Wenn wir uns das alles vor Augen führen, dann wäre es geradezu eine Schande für uns, wenn wir vor den Herausforderungen unserer Zeit resignieren würden. Wir wollen für diese Sozialdemokratie und ihre Ideale auch und gerade in unserer Zeit kämpfen, ringen und geradestehen, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Wir hatten in unserer Generation das Glück, dass der Ost-West-Konflikt zu Ende gegangen ist, dass die Mauer, die Deutschland trennte, gefallen ist. Wir haben die Deutsche Einheit erlebt. Sie ist und bleibt ein großes Glück. Weil das so ist, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns als deutsche Sozialdemokratie ein klares Bekenntnis zur gemeinschaftlichen Verantwortung für ganz Deutschland, für eine positive Entwicklung in den östlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland ablegen! Wir stehen zu der Solidarität, die aufzubringen ist! Das sollen die Menschen wissen. Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen und -chancen in ganz Deutschland haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es geht uns darum, die soziale Marktwirtschaft zu erneuern und in ganz Europa als leitende Idee zu verwirklichen. Wir wollen unsere Demokratie stärken und demokratische Rechte nicht zurückdrängen lassen. Das ist unser Anspruch. Wenn wir diesen Anspruch umsetzen wollen, dann brauchen wir Mehrheiten. Ohne Mehrheiten in Parlamenten geht es nicht. Also müssen wir auch machtbewusst sein, liebe Genossinnen und Genossen.

Die nächste Probe wird in wenigen Tagen in Thüringen bei den Stichwahlen, in wenigen Monaten in Niedersachsen bei den Kommunalwahlen und insbesondere auch in Berlin anstehen, lieber Klaus Wowereit, wenn es darum geht, mit dir für diese Stadt die sozialdemokratisch geführte Mehrheit zu behaupten. Klaus Wowereit repräsentiert diese Stadt, wie es keiner besser könnte. Er hat es verdient, dass Berlin ihm weiter das Vertrauen ausspricht.

Liebe Genossinnen und Genossen, man könnte sich in Mecklenburg-Vorpommern gar nicht vorstellen, dass ein anderer als Harald Ringstorff dort die Verantwortung übernimmt. Er ist sozusagen „der“ Mecklenburg-Vorpommer! Lieber Harald, wir möchten dir unsere gemeinsame Unterstützung zusagen. Du musst Ministerpräsident in diesem Land bleiben! Wir werden auch helfen, den rechten Spuk, der sich dort an manchen Stellen ausgebreitet hat, zu beenden. Viel Erfolg und alles Gute!

Liebe Genossinnen und Genossen, mein Vater hat schon Recht gehabt: Es ist eine große Baustelle. Aber wenn wir gemeinsam arbeiten, wenn wir unsere Werte dabei nicht aus den Augen verlieren, wenn die Kraft zur Gemeinsamkeit stärker ist als das, was uns manchmal in der einen oder anderen Debatte trennt, werden wir die bestimmende Kraft in Deutschland, in dieser Demokratie sein. Das ist unser Anspruch und das muss unser Anspruch bleiben. Ich bitte euch um euer Vertrauen.

(Beifall)

(Lang anhaltender stürmischer Beifall - Die Delegierten erheben sich)

Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Wir haben heute Gelegenheit, den Dauerklatschwettkampfbewerb einfach einmal zu unterbrechen. Darauf kommt es letztendlich nicht an. Ich danke euch. Ich empfinde viel Unterstützung. Danke.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Lieber Kurt, herzlichen Dank für deine Ausführungen. Du hast die Baustelle beschrieben und ausgemessen, das Handwerkszeug bereit gelegt. Wir wissen jetzt, was zu tun. Die Orientierung ist gegeben. Du hast deutlich gemacht, wofür die SPD steht, was mit ihr geht, aber vor allem auch, was mit der deutschen Sozialdemokratie auf keinen Fall zu machen ist. Herzlichen Dank. Die Delegierten haben gleich die Möglichkeit, ihre Antwort auf deine Rede auf ihrem Stimmzettel abzugeben. Liebe Genossinnen und Genossen, ich rate, im Saal zu bleiben. Ich rufe jetzt den Bericht der Mandatsprüfungskommission auf. Anschließend, d. h. in zwei Minuten beginnen wir mit dem Wahlgang zum Parteivorsitzenden. Also die Bitte an die Delegierten: Bleibt hier.

Das Wort hat jetzt Kathrin Anklam-Trapp für die Mandatsprüfungskommission.

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Kathrin Anklam-Trapp, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 480 in den Landesverbänden und -bezirken gewählten Delegierten und 44 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Anwesend sind 440 Delegierte und 43 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 206 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 42,7 %. Die Quote ist also erfüllt. Der älteste Delegierte ist mit 75 Jahren, geboren am 8. Dezember 1930, Manfred Koch. Er kommt aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen. Die jüngste Delegierte ist mit 19 Jahren, geboren am 1. Juli 1986, Sandra Sabrina Groß. Sie kommt aus dem Bezirk Nord-Niedersachsen. Der Parteitag ist damit beschlussfähig. Ich wünsche dem Parteitag einen guten Erfolg.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, liebe Kathrin. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt: Wahl des Parteivorsitzenden. Es gibt einen Kandidatenvorschlag. Wir können mit der Austeilung der Wahlzettel beginnen. Ich nutze die Gelegenheit, einiges zum Verfahren zu sagen. Es handelt sich um eine Einzelwahl gemäß § 7 der Wahlordnung. Unsere herzliche Bitte an die Medienvertreter, ihre Objektivität während des Wahlgangs nicht auf die Delegierten zu richten. Wir wollen die geheime Wahl gewährleisten, meine Damen und Herren. Also, herzliche Bitte: Rücksichtnahme und Zurücknahme während des Wahlgangs.

Der Stimmzettel ist gültig - aber das kennt ihr -, wenn klar erkennbar ist: Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Ich plädiere für Zustimmung. Im ersten Wahlgang ist die Wahl ordnungsgemäß gelaufen, wenn die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht worden ist. Dann ist der Kandidat gewählt.

Jetzt wollt ihr sicherlich wissen, welche Kontrollnummer ihr aufkleben sollt. Wir hatten eine heftige Auseinandersetzung im Präsidium. Aber die Linie der Vernunft hat sich durchgesetzt. Es geht um den Parteivorsitz. Das ist der Erste bei uns und deshalb geht es um die Kontrollnummer 1.

Ich gehe davon aus, dass jetzt die Wahlzettel verteilt werden. - Wo fehlen noch Stimmzettel? Hier vorne in der Mitte, ganz hinten rechts von mir aus. - Ich frage noch einmal: Fehlen den Delegationen noch Stimmzettel? - Wir haben eine kleine Unstimmigkeit wegen fehlender Kontrollmarken. Deshalb muss ich noch einen Moment warten; denn Stimmzettel ohne Kontrollmarken sind nicht gültig.

Ich gehe davon aus, dass alle Delegierten die Möglichkeit hatten, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Gibt es Stimmzettel, die noch nicht eingesammelt worden sind? Bitte hochhalten! – Das ist ja noch eine ganze Menge.

Ich hoffe, das ist der letzte Aufruf: Wo sind Stimmzettel noch nicht eingesammelt worden? – Das ist also abschließend erledigt.

Dann schließe ich jetzt den Wahlgang. Wir unterbrechen den Parteitag für einige wenige Minuten, um das Ergebnis schnell auszuzählen. Dann werden wir ihn fortsetzen.

Wir wollen jetzt den Parteitag mit der Bekanntgabe des Wahlergebnisses zur Wahl des neuen Parteivorsitzenden fortsetzen. Ich bitte die Wahlkommission, jetzt das Wahlergebnis bekannt zu geben.

Ergebnis der Wahl zum Parteivorsitzenden

Kathrin Anklam-Trapp, Mandatsprüfungs- und Zählkommissionkommission: Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Genossinnen und Genossen! Ich freue mich sehr, das Ergebnis der Wahl zum Vorsitzenden bekannt geben zu dürfen. Das Ergebnis: 475 abgegebene Stimmen, 8 Stimmen davon ungültig, 467 gültige Stimmen, 9 Enthaltungen. 444 Ja-Stimmen,

(Lang anhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

14 Nein-Stimmen. Dies bedeutet eine Zustimmung der gültig abgegebenen Stimmen für den neuen Parteivorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 95,07 Prozent.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Lieber Kurt, ich habe die Aufgabe, dich zu fragen, ob du die Wahl annimmst. Aber ich habe den Eindruck, diese Frage ist schon beantwortet.

Kurt Beck, Parteivorsitzender: Du hast Recht. Wer so schöne Blumen kriegt, der sagt gerne Ja. Ja, liebe Genossinnen und Genossen, ich will meine Aufgabe mit euch gemeinsam wahrnehmen. Vielen Dank für das Vertrauen! Alles Gute für uns, für unsere Partei und für unsere Aufgabe! Danke!

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, nochmals herzlichen Glückwunsch, Kurt, und alles Gute! Wir sind die Kraft der Erneuerung.

Nun machen wir im Programm weiter. Ich darf Jens Bullerjahn bitten, das Wort zu ergreifen. Jens, du hast das Wort.

Rede Jens Bullerjahn

Jens Bullerjahn, Finanzminister von Sachsen-Anhalt: Liebe Genossinnen und Genossen! In Anbetracht der Zeit und der Dinge, die wir noch vor uns haben, ist nur eine kurze Rede eine gute Rede.

Ich möchte euch mitnehmen, einen kurzen Blick auf mein Leben zu werfen. Denn gestern wie heute habe ich mitbekommen, dass oft noch gefragt wird: Wer ist das eigentlich, dieser Jens Bullerjahn? Die letzten beiden Redner haben sehr viel zur Programmatik gesagt; da kann ich mich kurz fassen. Aber das Persönliche sollte ich schon rüberbringen:

Ich bin Jahrgang 1963, aufgewachsen mit drei Brüdern. Meine Mutter war Erzieherin und mein Vater Bergmann. Ich sage das deswegen, weil ich von klein auf gelernt habe, ein offenes Wort zu hören und zu sprechen. Das habe ich mir bis heute bewahrt, auch wenn es manchmal - gerade in der Auslegung der Medienwelt - Schwierigkeiten bringt. Aber ich bin dabei zu lernen, dass auch Diplomatie dazugehört.

Von der Ausbildung her bin ich Elektriker. Das war aber nicht der Grund dafür, dass mich Kurt vorgeschlagen hat. Trotzdem wollte ich es ausdrücklich ansprechen. Später habe ich studiert und bin Elektroingenieur geworden; anschließend habe ich bis zur Wende in der Prozessautomatisierung in einem Kupferkombinat gearbeitet. 1989 war für mich, wie für viele andere auch, ein sehr entscheidendes Jahr. Genossinnen und Genossen aus Nordrhein-Westfalen, Heinz Westphal und andere, haben mich davon überzeugt: Wenn Ostdeutsche nicht selber in die Politik gehen, kann das nicht klappen.

Auf einmal saß ich am Runden Tisch. Ich war dann im Gemeinderat, einem Kreistag und dem Landtag. Acht Jahre war ich Fraktionschef im Kreistag. Dort habe ich, wie dann auch im Landtag, vor allem die Gebiete Finanzen und Wirtschaft beackert. Damit habe ich mich auch in der Landtagsfraktion eingebracht; damals war Reinhard Höppner Fraktionsvorsitzender; später wechselte Rüdiger Fikentscher in die Fraktionsführung. 1993 habe ich dann das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers übernommen. Viele von euch kenne ich aus dieser Zeit. Elf Jahre habe ich dieses Amt begleitet; im Anschluss war ich über zwei Jahre Fraktionsvorsitzender und wurde dann zum Spitzenkandidaten der Landtagswahl gewählt.

Ich habe in dieser Zeit - ich denke, das war auch ein Punkt, der dazu beigetragen hat, dass ich vorgeschlagen wurde - sehr konzeptionell gearbeitet, gerade auch im Bereich Finanzen und Wirtschaft. Denn ich weiß, dass ohne eine gute Politik in diesen Bereichen eine vernünftige Finanzierung von Bildung und anderem nicht möglich ist. Wir Finanzpolitiker werden dafür manchmal etwas schräg angeguckt. Trotzdem werbe ich in meiner Partei und in meinem Landesverband stets dafür, man möge uns nicht per se unterstellen, Politik nicht gestalten zu wollen. Ich denke schon, dass man gemeinsam darauf achten muss, dass die Ausfinanzierung nachhaltig passieren kann.

Nach 2002, wo wir eine ziemlich herbe Wahlniederlage haben einstecken müssen, habe ich mich daher mit den Themen Demografie, Arbeitsmarktentwicklung, Wirtschaftsförderung und Finanzen beschäftigt. Daraus entstand auch das Projekt „Sachsen-Anhalt 2020“. Wir hatten in den Diskussionen die Perspektive: Wie kann Ostdeutschland es in den nächsten 15 Jahren schaffen, eine Entwicklung zu nehmen, sodass wir frei von Transfers werden? Wie können wir das Phänomen „West gibt Ost“ überwinden, wie kann der Osten im Rahmen einer gesamtdeutschen Strategie etwas hervorbringen, was dem Westen hilft? Am Ende geht es schließlich darum, Deutschland gemeinsam zu gestalten. Zu Oppositionszeiten habe ich das versucht. Daraus entstand dann unser Wahlprogramm. Jetzt sind wir wieder in der Regierung. Ich muss klar sagen: Am Wahlabend hätten wir uns natürlich ein paar Prozentpunkte mehr gewünscht. Beim nächsten Mal wird auch das nicht unmöglich sein. Wir als SPD versuchen nun, uns gut einzubringen; ich denke, die Koalitionsvereinbarung hat das gezeigt. Wir sitzen mit am Tisch und gestalten das Land.

Ich selber bin nun Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident. Mit 43 Jahren ist das schon etwas! Vorher habe ich gesagt: Ich gehe diese Funktion mit Respekt an. Jetzt, als Minister, muss man sich noch klarer vor Augen führen, wofür man eigentlich Verantwortung trägt: nämlich für 2,5 Millionen Sachsen-Anhalter, die ihre Chancen in das hineinlegen, was Politik gestaltet.

(Beifall)

Mit vielen anderen in Ostdeutschland habe ich im Forum Ost - dann auch als dessen Vorsitzender - versucht, meine Überzeugung zu transportieren. Es gibt solche Aktivitäten ja in fast allen ostdeutschen Landesverbänden. Wir sind jetzt dabei, diese Arbeit zu strukturieren. Ich sage es noch einmal: Wenn man die Entwicklung Ostdeutschlands konzeptionell erarbeitet, hilft das, gesamtdeutsch voranzukommen. Ich bin jemand, der ganz bewusst sagt, woher er kommt. Aber als Oberossi möchte ich mich nicht verstanden wissen. Dennoch, genauso wie die Norddeutschen, die Süddeutschen, die Westdeutschen ihre Interessen einbringen, ist es vernünftig und richtig, konzeptionell dort zu arbeiten, wo man sich auskennt. Manchmal streiten wir uns darüber, ob es der Konzepte nicht zu viel ist. Ich habe gerade im letzten Wahlkampf gemerkt: Politik hat nicht nur etwas mit dem Kopf zu tun, sondern muss auch mit dem Bauch transportiert werden. Nur dann können die Menschen Politik verstehen.

Dann kam der Tag, an dem sich Matthias entschieden hat, aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr für das Amt des Parteivorsitzenden zur Verfügung zu stehen. Ich selber war überrascht von dem Vorschlag von Kurt Beck und Matthias Platzeck, dass ich als stellvertretender Parteivorsitzender kandidieren soll. Denn ich wusste, dass die Frage aufkommt: Warum denn der? Freunde haben mir gesagt: Rede darüber nicht! Ich will es trotzdem machen: Ich weiß, dass es auch andere aus Ostdeutschland gibt, die für dieses Amt genauso hätten kandidieren können - ob es Klaus ist, ob es Christoph ist oder ob es andere sind.

Aber es gab Gründe und es gab ein Verfahren, die es mir sehr schwer gemacht haben, nein zu sagen. Ich habe auch viele Gespräche geführt; denn ich weiß ja, dass mich viele noch gar nicht so gut kennen. Insofern kandidiere ich hier für ein solches Amt, obwohl hier oben Persönlichkeiten stehen, die in dieser Partei Geschichte

geschrieben haben. Davon bin ich noch weit weg. Aber ich möchte jetzt antreten und bei denen um Vertrauen werben, die sagen: Manchmal ist er zu pragmatisch. Hätte es nicht jemand aus unserem Landesverband sein können? Aber wir haben uns geeinigt und das Netzwerk ertüchtigt. Ich möchte heute für euer Vertrauen werben und diese Funktion ausfüllen. Ich weiß, dass dies einen Vertrauensvorschuss bedeutet; aber diesen möchte ich einlösen, indem ich konzeptionell an der Frage mitarbeiten möchte, wie man soziale Gerechtigkeit unter sich verändernden Rahmenbedingungen hinbekommt. Denn ich weiß, dass man die Rahmenbedingungen zwar berücksichtigen, aber nicht alles so hinnehmen muss, als sei es unabwendbar.

Deshalb werbe ich um eure Stimme. Ich bitte euch, mir im Laufe der Wahlperiode die Chance zu geben, mich klarer konzeptionell vorzustellen, euch in den Landesverbänden und Ortsvereinen zu besuchen. Ich will dabei nicht nur die Stimme des Ostens sein, wohl aber jemand, der darauf achtet, dass die nächsten 15 Jahre Ost und West nicht weiter auseinander dividieren. Wir müssen gemeinsame Politik machen, alles andere bringt nichts. Ich habe in West, Ost und Nord unheimlich viele Freunde gefunden und manchmal tut es mir weh, wie wir unsere Probleme diskutieren. Dass dies nicht noch weiter voranschreitet, dafür stehe ich und dafür werbe ich.

Jetzt mache ich wirklich Schluss; sonst wird es zu lang. - Schönen Dank.

(Beifall)

Wahl des stellvertretenden Parteivorsitzenden:

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Ich bitte, daran zu denken, dass es sich um die Kontrollnummer 2 handelt.

Die Medien bitte ich, sich aus den Reihen der Delegierten fernzuhalten, weil wir eine geheime Wahl absolvieren.

Damit treten wir in den Wahlgang ein.

Ist jeder Delegierte im Besitz eines Stimmzettels oder fehlen noch Stimmzettel?

Ich frage noch einmal: Hat jeder Delegierte einen Stimmzettel mit der Kontrollnummer 2?

Wir beginnen jetzt mit dem Einsammeln der Stimmzettel.

Hat jeder Delegierte von seinem Stimmrecht Gebrauch machen können? - In der Mitte gibt es Stimmzettel, die noch nicht abgegeben worden sind. Ich bitte darum, die Stimmzettel hochzuhalten, damit jeder von seinem Stimmrecht Gebrauch machen kann.

Ich frage noch einmal: Hat jeder von seinem Stimmrecht Gebrauch machen können oder sind noch Stimmzettel im Umlauf? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann ist der Wahlgang abgeschlossen.

Liebe Delegierte, wir kommen jetzt zur Rede von Hubertus Heil, unserem Generalsekretär, der den Leitantrag einbringen wird. Hubertus, Du hast das Wort.

Rede Hubertus Heil, Generalsekretär:

Hubertus Heil, Generalsekretär: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir sind hier im Bezirk Berlin-Neuköln. In den vergangenen Wochen und Monaten gab es viel zu lesen über die Diskussion zum Thema Parallelgesellschaften. Ich will Euch zu Beginn der Einführung dieses Leitantrages sagen, dass nach meiner Meinung der Begriff von der Parallelgesellschaft nicht nur auf soziale Exklusionen und auf das Auseinanderdriften in Stadtteilen beschränkt sein darf. Auch im Deutschen Bundestag gibt es hin und wieder parallelgesellschaftliche Entwicklungen. Um es deutlich zu sagen: Es gibt einige in unserem Land, die Realitäten nicht mehr wahrnehmen.

Ich war vor einigen Tagen zu Gast beim Bundesverband der Deutschen Banken. Dort saß ich auf einem Podium mit Herrn Ackermann, mit dem Bischof Huber und mit Axel Weber von der Bundesbank. Bischof Huber, der Vorsitzende des Rats der Evangelischen Kirchen in Deutschland, sagte einen Satz, der für uns sehr wichtig ist: Bildung ist ein öffentliches Gut und muss deshalb vom Staat bereitgestellt werden und aus Steuern finanziert werden. Von den anwesenden Bankerinnen und Bankern haben einige bei diesem Satz den Kopf geschüttelt. Auch das halte ich für ein Stück Parallelgesellschaft: nicht mehr wahrzunehmen, was in diesem Land notwendig ist.

(Beifall)

Wir haben in unserem Leitantrag drei Dinge vorangestellt. Wir wollen, dass in der Regierungspraxis, in der Regierungsarbeit sozialdemokratische Handschrift erkennbar ist. Kurt Beck hat darauf hingewiesen: Das fängt an mit dem Koalitionsvertrag, wo wir uns an zentralen Stellen durchgesetzt haben.

Wir haben beispielsweise dafür gesorgt, dass die Tarifautonomie in Deutschland erhalten bleibt. Wir wissen, dass die meisten Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht im Gesetzbuch stehen, sondern in Tarifaufinandersetzungen hart erstritten wurden. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, gilt: Alle, die den Gewerkschaften in Deutschland das Kreuz brechen wollen, werden den Widerstand von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu spüren bekommen.

(Beifall)

Das gilt auch für die Mitbestimmung.

Erinnert euch daran, was einige in der CDU, aber vor allen Dingen einige in der FDP im Bundestagswahlkampf noch vertreten haben. Die Betriebsratswahlen der letzten Wochen und Monate wären nicht so verlaufen, wie sie verlaufen sind, wenn Schwarz-Gelb im September durchmarschiert wäre. Deshalb ist es auch richtig, dass wir die Mitbestimmung gesichert haben. Die Teilhabe am Haben und am Sagen ist unser Ziel für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland.

(Beifall)

Wir haben im Koalitionsvertrag auch durchgesetzt, dass es beim geordneten Ausstieg aus der Atomkraft bleibt, liebe Genossinnen und Genossen. Ich finde es wichtig, dass wir noch einmal sagen, warum wir für den Ausstieg aus der Atomkraft sind. Wir sind es, weil die Atomkraft nach wie vor - das muss man im 20. Jahr der Katastrophe von Tschernobyl deutlich sagen - letztendlich keine beherrschbare Technologie ist. Auch wenn die Sicherheitsstandards in deutschen Atomkraftwerken Gott sei Dank höher sind als in anderen Ländern, ist es, wenn etwas passiert, letztendlich eine furchtbare Menschheitskatastrophe.

Der zweite Grund ist - das sage ich als Niedersachse -, dass nach wie vor die Entsorgungsfrage in Deutschland nicht geklärt ist.

Es gibt auch einen dritten Punkt, den ich nennen möchte: Es gibt ja einige CDU-Ministerpräsidenten, die sich für verlängerte Restlaufzeiten einsetzen und das geradezu stilisieren, als sei es ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft, alte, abgeschriebene Atommeiler länger laufen zu lassen. Man stelle sich das einmal vor: Das hieße nichts anderes, als dass zwar die einen längere Laufzeiten für alte Atomkraftwerke hätten und damit auch ordentlich Kohle machen würden. Aber die Wahrheit ist, liebe Genossinnen und Genossen: Das, was dringend notwendig ist, nämlich Investitionen in moderne Kraftwerkstechnik in Deutschland zu organisieren, würde dadurch verhindert. Deshalb ist es auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft, am geordneten Ausstieg festzuhalten.

Wir haben im Koalitionsvertrag aber nicht nur klar gemacht, was wir nicht wollen, sondern wir haben klar gemacht, dass wir die Kraft der Erneuerung auch in dieser großen Koalition sind. Ich habe ja in den letzten Tagen erlebt, wie einige in der CDU anfangen zu grummeln und sich darüber zu ärgern, dass die SPD den Takt vorgibt. Wir erleben konservative Kommentatoren, die schreiben, das sei alles viel zu sozialdemokratisch, was wir in Deutschland machen. Ich sage euch: Das ist nichts Schlechtes, dass da so viel Sozialdemokratie ist! Wir können stolz sein auf die Arbeit unserer Ministerinnen und Minister!

(Beifall)

Dann gab es letzte Woche eine Äußerung einer führenden CDU-Politikerin - der Vorsitzenden der CDU -, die sagte - um diesem Grummeln in den eigenen Reihen zu begegnen -, die Sozis, die Sozialdemokraten seien nicht so veränderungswillig. - Das, liebe Genossinnen und Genossen, muss man sich einmal genauer angucken. Wir waren es, die die schwierigen Veränderungen, die Reformen in diesem Land auch in der Regierungszeit von Gerhard Schröder angepackt haben, als andere noch gepennt haben, liebe Genossinnen und Genossen. Wir können stolz darauf sein, dass wir den Mut hatten, das zu beginnen. Wir setzen das auch in der Regierung fort.

Aber nicht jede Form von Veränderungswunsch ist schon vernünftig. Wir haben im Deutschen Bundestag mittlerweile zwei Parteien - zwei exaltierte Parteien, will ich sagen -, die auf wechselseitige Art und Weise versuchen, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Dynamik gegeneinander auszuspielen. Wenn man am Rednerpult des Deutschen Bundestages steht und nach rechts guckt, dann hat man da die FDP, eine früher mal stolze liberale Partei, die ihre Botschaft heute nur noch auf einen Satz reduzieren lässt, nämlich: Der Mensch muss vom Staat befreit werden, der Markt muss das machen, dann wird alles gut - nach dem alten Westerwelle-Motto:

Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht. - Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist nicht unsere Position.

Aber genau so wenig ist unsere Position das, was man von der PDS erlebt - oder wie immer sie sich nennen mag. Ich will noch einmal sagen: Ich freue mich darüber, dass sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in Baden-Württemberg der Versuch der West-Erweiterung der PDS gescheitert ist, liebe Genossinnen

(Beifall)

Diese Partei stellt sich hin und sagt den Menschen: Der Markt ist euer Problem, der Nationalstaat kann das alles hinbekommen. - Auch das ist Realitätsverleugnung. Das ist übrigens eine Partei, die lediglich darauf setzt, die Ängste der Menschen für ihre Interessen zu mobilisieren, anstatt eine Politik der Hoffnung und des Realismus zu machen. Wir werden mit der Partei, die sich da Linkspartei nennt, den Streit darüber aufnehmen, was wirklich links in Deutschland ist, liebe Genossinnen und Genossen. Links ist für uns nicht Realitätsverweigerung. Links ist für uns nicht, Weltoffenheit abzulehnen und eine abschottende Politik zu betreiben. Links heißt für uns übrigens auch nicht, den Menschen das Blaue vom Himmel zu erzählen, sondern links heißt, den Menschen klaren Wein einzuschenken und ihnen klar zu machen, dass man sich mit den Verhältnissen nicht abfindet. Das ist die Methode, mit der Sozialdemokraten arbeiten: Realitäten zur Kenntnis zu nehmen - aber nicht, um sich mit ihnen abzufinden, sondern Stück für Stück auf einem reformistischen Weg die Dinge zu verändern.

Ich habe das auch bei FDP-Politikern erlebt. Ich saß mal mit einem jungen FDP-Mann auf einem Podium. Der sagte den unglaublichen Satz, im Zeitalter der wirtschaftlichen Globalisierung könne Politik nicht mehr gestalten. - Daraufhin habe ich ihn angeguckt und gesagt: Wenn das so ist, dann sollten wir beide jetzt schleunigst nach Hause gehen und etwas anderes im Leben machen. - Wenn Politik den Gestaltungsanspruch aufgibt, dann nützt Politik nicht. Richtig ist, dass diejenigen, die das erzählen, versuchen, uns klar zu machen, wir müssten uns mit einem Selbstlauf der Ökonomie abfinden. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist nicht unsere Position.

(Beifall)

Man muss Realitäten benennen. Aber man muss auch Stück für Stück dafür sorgen, dass die Verhältnisse besser werden. Das hat Willy Brandt in der Ostpolitik bewiesen, als er klar ausgesprochen hat, was Realität war, nämlich die deutsche Teilung - aber nicht, um sich damit abzufinden, sondern um Schritt für Schritt den Weg zur deutschen Einheit zu gehen, um die Menschen zusammenzuführen.

Diese Methode, Realitäten anzuerkennen, um die Verhältnisse zu verändern, ist unsere Methode. Wir machen eine gute Arbeit in dieser Koalition. Da können sich die anderen noch so ärgern. Wir sagen deutlich, was wir wollen. Wir können stolz sein auf vieles, was wir durchgesetzt haben. Aber wir wissen, dass die eigentlich schwierigen Aufgaben noch vor uns stehen. Wir sagen offen: Wir wollen keinen allmächtigen Staat, aber wir brauchen einen handlungsfähigen Staat in Deutschland, d. h. auch ein Gemeinwesen für Bund, Länder und Kommunen, das sich vernünftig finanziert. Deshalb haben wir im Leitantrag das klar gemacht, was unsere Überzeugung ist - das sage ich auch in Bezug auf das, was Michael Sommer vorhin

gesagt hat -: Ja, wir wollen eine Unternehmenssteuerreform zum 1. Januar 2008. Aber wir wollen keine Unternehmenssteuerreform, die den Staat handlungsunfähig macht. Deshalb setzen wir auf weitgehende Aufkommensneutralität, liebe Genossinnen und Genossen. Es geht darum, dass wir schon bereit sind, die Sätze abzusenken, aber dass die Bemessungsgrundlage verbreitert wird und dass wir eines schaffen, was wirtschaftlich vernünftig ist, weil es für Arbeit vernünftig ist: Gewinne, die im Unternehmen verbleiben und investiert werden, müssen steuerlich besser gestellt werden als Gewinne, die privat aufgesogen und abgezweigt werden, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Wir machen auch an der anderen großen Reformbaustelle deutlich, was Sozialdemokraten wollen. Es geht bei der Gesundheitsreform darum, das Kernversprechen unseres Sozialstaates zu erneuern, nämlich dass man dann, wenn man krank wird, nicht arm werden muss. Das ist keine Banalität. Vergleichen wir das mit der Situation in anderen Ländern. Ich sage es ganz deutlich: An diesem Stück Arbeit wird sich beweisen, ob es uns gelingt, den Sozialstaat so zu erneuern, dass Menschen sich auch längerfristig darauf verlassen können.

Was die Menschen in Deutschland kirre macht, ist zweierlei: zum einen dass Sonntag abends in einer bestimmten Talkshow immer zehn so genannte Experten sitzen und ganz tiefe Einschnitte fordern, von denen sie selbst nicht betroffen sind, und zum zweiten, dass die Leute Angst haben, dass nach dem ersten Schritt der zweite, der dritte oder vierte Reformschritt kommt und man sich nicht mehr darauf verlassen kann. Deshalb brauchen wir eine Gesundheitsreform, die Verlässlichkeit schafft - und zwar eine sozialdemokratisch geprägte; ich sage das ganz deutlich. Deshalb war es richtig, dass wir gesagt haben: Wir wollen an dieser Stelle die Chance einer großen Koalition nutzen. Denn bei aller Beschwernis, die diese Arbeit in der großen Koalition mit sich bringt, wissen wir, dass die Erwartungshaltung der Menschen an diese große Koalition sehr, sehr groß ist. Es läuft nach dem Motto: Wenn die beiden großen Volksparteien das nicht miteinander hinbekommen, wer soll das dann schaffen?

Tatsache ist ja, dass wir die Chance haben, auch mal einige Blockaden der Vergangenheit mit dieser großen Koalition hinter uns zu lassen. Aber am Beispiel der Gesundheitsreform muss das deutlich werden. Wir müssen das hinbekommen. Ich bin Ulla Schmidt sehr dankbar und den anderen auch, dass sie auch in der Koalition - das ist ja schon beschlossen - klar gemacht haben, welche Ziele mit dieser Gesundheitsreform verknüpft sein müssen.

Ziel Nr. 1 ist es, dass wir Versicherungsschutz für alle Menschen in Deutschland durchsetzen wollen, liebe Genossinnen und Genossen. Ich erlebe das in meinem Wahlkreis. Es gibt eine wachsende Zahl von Menschen, die nicht mehr krankenversichert sind, beispielsweise kleine Selbständige, die in der privaten Krankenversicherung waren, die ökonomisch gescheitert sind und jetzt nicht mehr in die gesetzliche Krankenversicherung hineinkommen. Wir wollen, dass allen Menschen geholfen wird, die krank sind. Dafür braucht man Versicherungsschutz für alle in Deutschland. Das ist unser erstes Ziel.

(Beifall)

Unser zweites Ziel ist, dass, bevor man über mehr und neues Geld im Gesundheitswesen redet, mit dem vorhandenen Beitragsgeld vernünftiger umgegangen wird. Das heißt, dass wir uns bei der Gesundheitsreform, was die Ausgabenseite, was die Strukturen betrifft, mit denjenigen auseinandersetzen, die ihre Einzelinteressen auf dem Buckel der Beitragszahler ausleben, liebe Genossinnen und Genossen. Das werden wir im Sommer erleben. Wir wollen, dass Strukturen in diesem Bereich geschaffen werden, die dazu führen, dass das Geld nicht mehr auf der einen Seite mit vollen Händen hinausgeschmissen wird, damit es auf der anderen Seite beispielsweise bei chronisch Kranken fehlt.

Das heißt, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir zielgerichteter mit dem Geld umgehen müssen: Reihen- und Doppeluntersuchungen verhindern, ambulant und stationär besser miteinander verknüpfen und dafür sorgen, dass nicht unnötige Ausgaben getätigt werden, wo Menschen nicht geholfen wird, wo beispielsweise durch Röntgenaufnahmen, die in viel zu großer Zahl - das sagt die Deutsche Röntgen-Gesellschaft nach wie vor - aufgenommen werden, Menschen nicht nur verstrahlt werden, sondern Geld verschwendet wird.

Das dritte Ziel ist - das muss man offen sagen -: Wir wollen, dass in Zukunft alle am medizinischen Fortschritt dieser Gesellschaft teilhaben können, und zwar unabhängig vom Geldbeutel.

(Beifall)

Wenn man das will, dann muss man sich offen dazu bekennen, dass unsere Gesellschaft langfristig mehr Geld für Gesundheit mobilisieren muss, angesichts eines medizinischen Fortschritts, der sehr, sehr teuer ist, und auch angesichts der Tatsache, dass wir alle Gott sein Dank länger leben.

Aber für Sozialdemokraten ist wichtig - das ist auch ein Ziel, das wir in der Koalition durchsetzen wollen -, dass sich jeder an der Finanzierung des Gesundheitswesens nach seiner Leistungskraft beteiligt. Das ist uns wichtig, die Solidarität der Gesunden mit den Kranken, der Besserverdienenden mit denen, die es nicht so dick haben, und auch der Jüngeren mit den Älteren. Ich kann und will mir ein solidarisches Gesundheitswesen nicht anders vorstellen, als dass wir das so organisieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will deutlich machen, dass wir in diesem Leitantrag unsere Leitplanken beschrieben haben für die Arbeit der Bundesregierung, der Sozialdemokraten in der Bundesregierung, und auch der SPD-Bundestagsfraktion. Ich glaube, dass wir eine gute Mannschaft haben in der Regierung und auch in der Fraktion und dass die Arbeit zwischen Partei, Fraktion und Regierung wirklich so ist, dass man wieder mal Franz Müntefering zitieren kann: Partei gut, Fraktion gut, Regierung gut. Wir können daran arbeiten und auch darauf aufbauen.

Aber - das ist das Zweite, was wir in diesem Leitantrag deutlich machen - wir wollen auch über den Tag hinaus neue Perspektiven für unser Land eröffnen. Kurt Beck, auch Matthias Platzeck haben viel dazu gesagt, warum und auf welche Weise wir die Grundsatzprogrammdebatte für die SPD führen wollen, damit wir klare neue Leitbilder haben, damit wir deutlich machen, was soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert für uns bedeutet. Wir haben klargemacht - auch mit den Impulsen zum

Grundsatzprogramm -, dass es bei unseren Grundwerten bleibt, bei Freiheit, bei Gerechtigkeit und bei Solidarität, und dass es keine Rangfolge dieser Werte gibt, dass Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sich wechselseitig bedingen. Wir werden uns mit denen auseinandersetzen müssen, die einen sehr eingeschränkten Freiheitsbegriff haben. Ja, auch für Sozialdemokraten ist Freiheit ein ganz wichtiger, einer der drei zentralen Grundwerte.

Aber wir müssen schon einmal fragen, welche Freiheit denn gemeint ist, wenn da von mehr Freiheit wagen die Rede ist. Es gibt eine Freiheit, die wir auch unterstützen, vor dem Staat, vor Bespitzelungen, vor Bürokratie, vor Überregulierung, die wir auch wollen. Aber es gibt auch eine Freiheit durch den Staat, liebe Genossinnen und Genossen. Freiheit hat immer soziale Voraussetzungen. Wenn der Geldbeutel der Eltern, der soziale Hintergrund in Deutschland stärker über Bildungs- und Lebenschancen entscheidet als in anderen Ländern, dann ist der Staat gefragt, Genossinnen und Genossen, das zu ändern und Kindern Bildungschancen zu eröffnen.

(Beifall)

Wir haben in den Impulsen zum Grundsatzprogramm drei Leitprojekte vorgeschlagen, die es auch auszuarbeiten gilt. Ich möchte sie nennen: Das eine ist - das sage ich mit Blick auf Erhard Eppler, der uns das auch ins Stammbuch geschrieben hat -: Wir brauchen angesichts der wirtschaftlichen Globalisierung politische Antworten, die über die nationalstaatlichen Grenzen hinausgehen. Unsere Antwort muss eine klare Vorstellung der Zukunft von Europa sein. Wir können es nicht zulassen, dass nur die Wirtschaft über nationale Grenzen hinweg arbeitet. Wir müssen auch Politik über nationale Grenzen hinweg in dieser Gesellschaft hinkriegen. Es wird in Zukunft nicht nur Spannungen zwischen West- und Osteuropa geben, was wirtschaftliches Gefälle betrifft. Das können wir miteinander hinbekommen. Aber wir haben ganz neue Herausforderungen, beispielsweise wenn man auf China, auf Indien guckt. Die Antwort muss sein, dass wir in unserem Europa soziale und demokratische Politik gemeinsam durchsetzen wollen. Wir werden das übrigens mit unseren Schwesterparteien diskutieren, die gestärkt aus den letzten Wahlen gegangen sind, in Ungarn, auch in Italien und in Spanien. Das sind unsere Partner in dieser Diskussion. Wir brauchen eine klare politische Vorstellung der Zukunft von Europa als Antwort auf die wirtschaftliche Globalisierung.

Das zweite wichtige Leitprojekt ist die Vorstellung der Erneuerung unserer sozialen Marktwirtschaft. In Abänderung eines verdienten und früheren Vorsitzenden würde ich gerne formulieren wollen: Es gibt in Deutschland die Notwendigkeit, nicht nur gute oder schlechte Wirtschaftspolitik zu machen, sondern wir müssen eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik entwickeln, die übrigens auch noch eine gute ist; gar keine Frage. Das Leitmotiv unserer Wirtschaftspolitik heißt: Wir setzen auf neue Produkte, auf Innovationen, auf neue Dienstleistungen, auf neue Verfahren anstatt das Heil der deutschen Wirtschaft in immer niedrigeren Löhnen zu suchen. Liebe Genossinnen und Genossen, wir können und wir wollen im Lohnniveau niemals auf polnisches oder indisches Niveau kommen. Weil das so ist, setzen wir auf Innovation. Wir wollen die Angebotsseite stärken, gar keine Frage. Die Unternehmen müssen wettbewerbsfähig sein. Aber wir wollen auch etwas für die Nachfrageseite, für die Binnennachfrage in Deutschland tun. Dafür brauchen wir auch öffentliche Investitionen in Infrastruktur, in Bildung, in Qualifizierung. Auch dafür braucht es einen handlungsfähigen Staat, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir wollen als drittes Leitprojekt im Rahmen unserer Grundsatzprogrammdebatte, was die Philosophie betrifft und auch, was die Finanzierung betrifft, unseren Sozialstaat erneuern. Helmut Schmidt war vor kurzem bei uns in der Bundestagsfraktion. Helmut Schmidt hat uns in seiner unnachahmlichen Art einige Hinweise gegeben. Es waren sehr viele Hinweise und Ratschläge. Hans-Jochen Vogel hat noch life erlebt, wie es ist, wenn Helmut Schmidt Hinweise gibt. Aber er hat uns einen gegeben, den ich ganz besonders wichtig finde. Er hat gesagt, die Sozialstaatlichkeit sei das wichtigste Erbe des an Schrecken sonst nicht armen 20. Jahrhunderts. Wir müssen dieses Erbe jetzt erneuern. Genau darum geht es. Wir wollen den Sozialstaat erneuern, aber ihn nicht abschaffen, wie einige das predigen. Ich finde es richtig, dass wir auch ein neues Leitbild entwickeln, nämlich dafür zu sorgen, dass wir die Fehler, die es auch in unserer Sozialstaatlichkeit gibt, Stück für Stück ändern. Wir wollen, dass unser Sozialstaat weitestgehend und Stück für Stück mehr ein vorsorgender Sozialstaat ist. Das heißt, es geht darum, soziale Probleme möglichst zu vermeiden, bevor sie entstehen. Wir wissen, dass es auch immer einen ausgleichenden, auch einen nachsorgenden Sozialstaat für die Menschen geben muss, denen nicht anders zu helfen ist. Aber wir brauchen für die Sozialstaatlichkeit einen Begriff, der größer ist als die Frage der Sozialversicherungen, der weit darüber hinausgeht, der davon ausgeht, dass wir in Menschen investieren müssen, damit sie selbstbestimmt ihr Leben in die Hand nehmen können. Das heißt frühe und individuelle Förderung von Kindern. Das heißt auch stärkere Gesundheitsprävention in Deutschland. Das meinen wir mit vorsorgendem Sozialstaat und nichts anderes.

Das heißt auch, dass wir uns über die Zukunft der Finanzierung des Sozialstaats Gedanken machen müssen. Wir bekennen uns dazu. Es wird immer einen Mix geben zwischen Sozialversicherung, Steuerfinanzierung und auch zwischen einem Stück Eigenverantwortung. Aber wenn man Menschen nicht individuell überfordern will, dann kann man nicht alle Lebensrisiken in Deutschland privatisieren wollen, wie es die Wirtschaftsradikalen und Neoliberalen in Deutschland vorhaben.

(Beifall)

Deshalb sagen wir: Wir wollen in Zukunft nicht kurzfristig Stück für Stück auch eine stärkere steuerliche Finanzierung unseres Sozialstaates, weil es gerecht ist, weil alle dabei sein sollen und weil es auch - in Skandinavien wird das bewiesen - wirtschaftlich vernünftig ist, die soziale Sicherheit nicht allein über den Faktor Arbeit zu finanzieren.

Zum Schluss, liebe Genossinnen und Genossen, sagt unser Leitantrag - mir ist das sehr wichtig - auch etwas über unsere Partei als lebendigen Organismus, als Organisation aus. Ja, wir wollen Volks- und Mitgliederpartei in Deutschland bleiben. Wir wollen *die* linke Volkspartei in Deutschland bleiben. Aber es reicht nicht aus, das einfach nur auf Parteitag zu deklamieren und zu beschließen. Wir müssen im Alltag etwas dafür tun. Das heißt, dass wir uns neu verankern müssen in der Gesellschaft, dass wir den Dialog suchen müssen mit gesellschaftlichen Gruppen, mit einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, dass wir auch nicht nachlassen dürfen, neue Mitglieder für die SPD gewinnen zu wollen. Wir werden noch in diesem Monat, Ende Mai - ihr seid alle herzlich eingeladen -, eine Mitgliederwerbeoffensive starten. Ich will nicht zugucken, dass die Scholle, auf der die SPD arbeitet, immer weiter

zusammenschmilzt. Ich möchte, dass wir wieder mehr Mitglieder sind. Das kann auch gelingen, allerdings nur, wenn wir zwei Dinge dabei beherzigen: Das eine ist, dass unsere Mitglieder diejenigen sind, die andere Menschen werben. Nicht bunte Plakate oder Handzettel werden Menschen davon überzeugen, bei uns mitzumachen, sondern Menschen überzeugen Menschen. Das setzt voraus, dass unsere Leute auch stolz sein können auf die Sozialdemokratie, dass die Überzeugung da sein muss. Wenn man auf Leute in der Kneipe zugeht und sagt: „Guten Tag! Entschuldigung, ich bin Sozialdemokrat“, dann wird man keinen überzeugen können, Mitglied der SPD zu werden.

Deshalb brauchen wir eine Verknüpfung der Mitgliederwerbeoffensive mit der Debatte um das neue Grundsatzprogramm. Denn es ist doch klar, dass für die Überzeugung und die klaren Werte, für die wir stehen, kein anderer werben wird. Deshalb bitte ich euch ganz persönlich, bei dieser Aufgabe mitzuhelfen. Kurt hat beschrieben, wie viele Mitglieder wir bräuchten, um zum ordentlichen Parteitag 2007 den Stand zu halten. Ich möchte, dass wir darum kämpfen, nicht nur diesen Stand zu halten, sondern langfristig auch wieder nach vorne kommen. Wir brauchen eine ganze Menge neuer Mitglieder, damit wir unsere Aufgaben erledigen können und damit wir Nervenstränge in die Gesellschaft haben, damit wir mitbekommen, was los ist. Ich kann und will mir die SPD gar nicht anders vorstellen denn als lebendige Mitgliederpartei, nicht etwa als amerikanische Wahlkampfmaschine, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das heißt auch, dass wir eine ganze Menge mehr für die Qualifizierung derjenigen, die da sind, machen müssen. Da gibt es hervorragende Ansätze, zum Beispiel über die Kommunalakademien und über das, was die Jusos, was die jungen Teams leisten. Da gibt es starke Arbeitsgemeinschaften. Ich nenne stellvertretend die Arbeitsgemeinschaft „60 plus“, die nicht nur unsere größte, sondern mittlerweile auch unsere aktivste Arbeitsgemeinschaft ist. Aber ich möchte, dass wir auch in anderen Bereichen, auch bei Jüngeren und bei jungen Familien, wieder die Partei sind, die einlädt, wo es auch Spaß macht, mitzumachen. Das heißt, dass wir neben der programmatischen auch eine organisatorische Erneuerung brauchen. Daran wollen wir arbeiten, liebe Genossinnen und Genossen.

Zusammengefasst: Ja, wir stellen uns der Verantwortung in der großen Koalition. Wir wollen im Interesse dieses Landes und seiner Menschen den Erfolg dieser großen Koalition. Aber wir sind Koalitionspartner mit der CDU/CSU und nicht Ehepartner. Das hier ist eher eine Lebensabschnittsgemeinschaft bis zur Bundestagswahl 2009, ein Bündnis der Vernunft. Dann wollen wir wieder die stärkste Partei in Deutschland sein und auch das Kanzleramt sozialdemokratisch besetzen.

(Beifall)

Das heißt auch, dass wir bis dahin eine große Strecke vor uns haben. Wir müssen wieder Land gewinnen, im wahrsten Sinne des Wortes. Wir wollen mit Klaus Wowereit und Harald Ringsdorf die Landtagswahlen im Herbst gewinnen. Wir wollen in den nächsten Tagen die Stichwahlen in Thüringen gewinnen. Liebe Genossinnen und Genossen, die kommunale Ebene – das sage ich als jemand, der im Nebenamt noch Stadtverbandsvorsitzender der SPD in Peine ist – ist nicht das Kellergeschoss

der Partei. Sie ist das Fundament der Partei. Wir müssen dafür sorgen, dass wir auf kommunaler Ebene vorankommen.

(Beifall)

Deshalb wollen wir übrigens auch im Herbst – schönen Gruß, Wolfgang Jüttner und Garrelt Duin – in Niedersachsen die Kommunalwahlen gewinnen. Wir wollen dann im nächsten Jahr mit Jens Börnsen in Bremen gewinnen. Lieber Jens, auch dir alles Gute! Das ist, glaube ich, ein Parteitag, der dich grüßen sollte. Du bist einer, der das Erbe von Henning Scherf in Bremen gut führt.

Im Jahre 2008 wollen wir die Landtagswahlen, bei denen es nicht darum geht, etwas zu verteidigen, sondern darum, wieder einmal etwas zu hinzugewinnen, erfolgreich bestreiten. Auf dieser Strecke sind dann Hessen, Niedersachsen, Hamburg und Bayern die nächsten Aufgaben, die vor uns liegen. Ich sage: Ja, auch Bayern! Ich will nicht, dass wir uns damit abfinden, dass es in Deutschland Parteien wie die CSU gibt, die so tun, als würden ihnen wunderschöne Bundesländer gehören, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Bundesländer und die Gemeinden gehören keinen Parteien – leider auch uns nicht –, sondern den Menschen. Sie entscheiden darüber, wem sie sie anvertrauen. Die Arroganz der Macht, die die CSU in Bayern vorlebt, wird sich früher oder später rächen, wenn wir den Kampf nicht aufgeben. Ich grüße die bayerischen Genossinnen und Genossen und sage euch: Wir geben weder bei euch auf noch in Sachsen noch in Baden-Württemberg. Wir wollen die stärkste Volkspartei in ganz Deutschland werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Insofern bitte ich euch, den vorliegenden Leitantrag zu unterstützen. Wir sind eine Partei, die nicht ohne Wirklichkeitssinn auskommt. Wir wollen den Realitäten ins Auge sehen. Wir sind aber eine Partei, die nicht wie kalte Technokraten der Macht auftreten will, sondern wir wollen voller Leidenschaft für unsere Überzeugung eintreten. Ich sage euch, liebe Genossinnen und Genossen: Wir können das schaffen. Wir haben in diesem Land 576 000 Mitglieder. Das waren schon einmal mehr und das müssen wieder mehr werden. Aber wir wissen, dass es in Deutschland Millionen von Menschen gibt, die der sozialen Demokratie vertrauen. Diese Menschen wollen wir erreichen. Mit ihnen wollen wir übrigens auch unsere Grundsatzdebatte führen – mit und für unsere Gesellschaft. In diesem Sinne bitte ich euch um Zustimmung zu dem Antrag, grüße euch herzlich und sage das, was Franz uns immer sagt: Ein herzliches „Glückauf!“

Herzlichen Dank!

(Beifall)

Klaus Wowereit, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Hubertus. Bevor wir zur Antragsberatung kommen, liegt noch das Ergebnis der Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden vor. Ich bitte die Zählkommission, uns das Wahlergebnis vorzutragen.

Ergebnis der Wahl des stellvertretenden Parteivorsitzenden

Kathrin Anklamm-Trapp, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Das Ergebnis der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden von Jens Bullerjahn: 429 abgegebene Stimmen, 8 ungültige, 421 gültige Stimmen, 22 Enthaltungen, 357 Ja-Stimmen,

(Beifall)

42 Nein-Stimmen. Dies bedeutet eine Zustimmung der gültig abgegebenen Stimmen von 84,79 Prozent.

(Beifall)

Klaus Wowereit, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Glückwunsch, Jens Bullerjahn. Jens, nimmst du die Wahl an?

Jens Bullerjahn, stellvertretender Parteivorsitzender: Ja, ich nehme die Wahl an.

Klaus Wowereit, Tagungspräsidium: Herzlichen Glückwunsch und auf eine gute Zusammenarbeit mit allen im Präsidium und in der Partei.

Nun soll ein Gruppenfoto vom Parteivorsitzenden und seinen Stellvertreterinnen und Stellvertretern gemacht werden. Ich bitte alle, sich hier auf der Bühne zu sammeln. Wir fahren fort in der Tagesordnung. Ich bitte jetzt Bärbel Dieckmann um den Bericht der Antragskommission.

Bericht der Antragskommission:

Bärbel Dieckmann, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen, der Leitantrag des Parteivorstandes liegt euch vor. Hubertus Heil hat eben noch einiges inhaltlich dazu gesagt und auch Kurt Beck ist in seiner Rede auf ganz wichtige Bestandteile dieses Antrages eingegangen. Ich will daher nur noch ganz wenige Stellen ansprechen.

Die Antragskommission empfiehlt euch einstimmig Annahme, mit einigen Veränderungen. Ein handlungsfähiger Staat - auch Hubertus Heil hat eben davon gesprochen - ist wichtig für uns. Die Antragskommission hat gestern vorgeschlagen, dabei ausdrücklich auch die Kommunen zu erwähnen. Denn auch die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist für die Umsetzung unserer Ziele ganz wichtig; ich nenne nur das Stichwort Kinderbetreuung. Wir haben aber auch beschlossen, euch vorzuschlagen, einen Satz zur Erbschaftsteuer aufzunehmen, der in eurem Antrag enthalten ist.

Der Abschnitt „Wohlstand/Beschäftigung“ ist - darauf möchte ich hinweisen - ganz wichtig für sozialdemokratische Politik. Von diesem Parteitag sollte das Signal ausgehen, welches im letzten Abschnitt folgendermaßen formuliert ist: Wir fordern die Unternehmen in der Bundesrepublik auf, Ausbildungsplätze für junge Menschen zur Verfügung zu stellen. Der Ausbildungspakt ist ein ganz wichtiger Bestandteil sozialer Zukunftspolitik in der Bundesrepublik.

Eine weitere Änderung schlagen wir im Bereich „Internationale Verantwortung“ vor. Bezogen auf Iran wird hier noch einmal betont, dass wir eine politische Lösung suchen. Wünschenswert wäre es in der Tat, wenn die USA und der Iran direkte Gespräche aufnehmen würden.

Ich möchte jetzt noch einmal zurück zum Abschnitt „Zukunft für Kinder und Familien“: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in diesem Bereich viel erreicht. Das, was wir in unserem Wahlprogramm formuliert haben, ist weitgehend umgesetzt. Mit dem für Familien, für Kinder, für junge Menschen Erreichten müssen wir offensiv nach außen gehen. Dazu gehört die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten, dazu gehört das Elterngeld, dazu gehört aber auch die Bereitschaft der Kommunen, weitere Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal auf den letzten Absatz hinweisen, weil ich glaube, dass er zentral ist, auch wenn wir einen solchen Parteitagsbeschluss nicht in Gesetzesform bringen können: Das betrifft die Bereitschaft von Unternehmen, für junge Menschen sichere Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Ich bin ganz fest davon überzeugt, dass alle Maßnahmen nicht nutzen werden, wenn es nicht auch sichere Berufseinstiege für junge Menschen gibt, die in dieser Verantwortung Familien gründen.

Ich möchte euch ein Weiteres ans Herz legen: Wir haben heute viel über Solidarität und Gerechtigkeit gesprochen. Solidarität und Gerechtigkeit bedeutet für mich auch immer internationale Solidarität und Gerechtigkeit. Deshalb haben wir in Absatz 11 formuliert: Armut bekämpfen! Wir alle sollten das Anliegen unserer Ministerin Heide Wiecek-Zeul, die dafür kämpft, die Millenniumsziele zu erreichen, unterstützen. Es liegt auch an uns in den Ländern und Gemeinden, dafür zu sorgen, dass sich Solidarität und Gerechtigkeit nicht auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkt, sondern zur internationalen Gerechtigkeit wird.

(Beifall)

Ein letzter Satz zum vorsorgenden Sozialstaat: Die Antragskommission hat noch einmal deutlich gemacht, dass wir den stärker vorsorgenden Sozialstaat wollen. Allerdings müssen wir uns sehr bewusst sein, dass nicht jedes soziale Risiko allein durch Vorsorge auszuschließen ist und wir auch einen nachsorgenden Sozialstaat brauchen.

Ich bitte euch, heute diesem Antrag zuzustimmen. Aber ich bitte euch auch ganz herzlich, ihn nicht zu den Akten zu legen, sondern diese Grundsätze wirklich in tägliche Politik umzusetzen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Aussprache

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Bärbel Dieckmann. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Aussprache über den Leitantrag. Es liegen einige Wortmeldungen vor. Angenehm wäre es, wenn es im Saal etwas leiser würde, damit die Rednerinnen und Redner auch gut zu verstehen sind. Erster Redner ist Reinhard Schultz, ihm folgt Sebastian Roloff.

Reinhard Schultz, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde, der Leitantrag vereinigt drei Elemente, die für die Diskussion unserer Partei nach innen und nach außen ganz wichtig sind. Zum Ersten setzt er klare Maßstäbe für anstehende Entscheidungen innerhalb der großen Koalition. Er stellt damit klar, mit welchen Kriterien wir Sozialdemokraten in Verhandlungsprozesse hineingehen. Zum Zweiten bietet der Leitantrag weit über die Zeit dieser Legislaturperiode hinaus für die Sozialdemokratie eine Perspektive, was unter einem „vorsorgenden Sozialstaat“ zu verstehen ist. Zum Dritten - für einen inhaltlichen Antrag ungewöhnlich; als alter Parteiarbeiter finde ich das toll - geht der Antrag auch auf die konkrete Situation der SPD ein, die Notwendigkeit, Kampagnenfähigkeit herzustellen, für eine bessere Mitgliederbetreuung zu sorgen, die Aus- und Weiterbildung von Ortsvereinfunktionären zu stärken und andere wichtige Dinge, welche die Organisationsbasis der SPD als Mitgliederpartei betreffen.

Ich möchte schwerpunktmäßig etwas zu dem von Kurt Beck angesprochenen Gleichklang zwischen Chancengerechtigkeit auf der einen Seite und Verteilungsgerechtigkeit auf der anderen Seite sagen und hier insbesondere zum Thema Steuern Stellung nehmen. Für mich ist es keine Frage, dass die Voraussetzungen für gleiche Bildungschancen in Kindertagesstätten und Schulen sowie für vernünftige Strukturen bei der Betreuung alter und behinderter Menschen, die am gesellschaftlichen Leben teilnehmen wollen, nur dadurch sicherzustellen sind, dass andere für diese Menschen mit bezahlen, und zwar entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Das gilt sowohl für das Einkommen und seine Besteuerung als auch für das Vermögen und seine Besteuerung; angesprochen ist das Thema Erbschaft.

Aber differenziert werden muss auch folgendermaßen: Das Geld, welches Arbeitsplätze im Unternehmen schafft, weil es wieder investiert wird und was die Eigenkapitalbasis von Unternehmen stärkt, damit sie auch nach Basel II noch Geld geliehen bekommen, sollte im internationalen Wettbewerb günstiger gestellt werden. Im Unterschied dazu steht das Geld, das ausgeschüttet wird, was aus dem Unternehmen genommen wird und in den privaten Portemonnaies der Anteilseigner und der Aktionäre landet.

Dieses Geld kann normal, wenn nicht sogar höher besteuert werden - Stichwort Reichensteuer. Insofern ist eine gute soziale Balance hergestellt, die sowohl Chancen für die Entwicklung von Unternehmen und die Rückkehr von Unternehmen an den Steuerstandort Deutschland als auch gleichzeitig eine angemessene, teilweise höhere Besteuerung für die Leistungsträger, die über 250 000 bzw. über 500 000 Euro verdienen, bedeuten. Ich denke, dieser Unterschied ist nach draußen und nach innen leicht zu vermitteln.

Es wird immer gesagt, die Entlastung von Unternehmen führe nicht dazu, dass das Steuersubstrat steigt. Es ist auch über die erste Steuerreform, über die Unternehmensteuerreform 2000, manches gesagt worden. Es stimmt: 2001 sind die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer aufgrund besonderer Effekte massiv eingebrochen. Danach sind die Einnahmen kontinuierlich angestiegen auf einen Höchststand im letzten Jahr. Parallel dazu - das muss man auch sehen - gilt: Die Unternehmen werden nur mit 25 Prozent besteuert, aber die Besteuerung für die entnommenen Gewinne ist heraufgesetzt worden. Das geht nach dem Einkommensteuerrecht. Auch diese Einnahmen sind entsprechend angestiegen,

sodass es unter dem Strich nicht wahr ist, dass die erste Unternehmensteuerreform dazu geführt hat, dass die Einnahmen aus der Unternehmensteuer massiv eingebrochen sind.

Das Problem ist nur, dass unsere Nachbarn auch nicht geschlafen haben. Die uns umgebenden Länder haben niedrigere Unternehmenssteuersätze. Steuersätze sind auch ein Signal für Investitionsentscheidungen und auch ein Signal an die Unternehmen, wo sie ihre Gewinne versteuern wollen. Deswegen bitte ich um Unterstützung dieses Leitantrages in diesem anfangs umstrittenen Punkt. Ich weise auch darauf hin, dass wir noch große Anstrengungen im Bereich der Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs unternehmen müssen. Wir müssen Unternehmen daran hindern, zum Beispiel durch Verrechnungspreise sich auszusuchen, in welchem Land sie eigentlich Steuern zahlen. Ich möchte, dass sie eingeladen werden, dass sie in unserem Land letztendlich Steuern zahlen. Wir müssen sicherlich die einen oder anderen Schlupflöcher noch schließen, damit wir unter dem Strich das Ziel der Aufkommensneutralität für uns alle im Sinne der Finanzierung unseres Gemeinwesens auch bei der Unternehmensteuerreform hinbekommen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Reinhard. Jetzt spricht Sebastian Roloff aus Bayern. Es folgt Otto Graeber, Hannover. Ich darf daran erinnern, dass die Redezeit maximal fünf Minuten beträgt. Sie muss aber nicht ausgeschöpft werden. - Sebastian, bitte.

Sebastian Roloff, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, dass es auch bei einem Parteitag wie diesem von großer Wichtigkeit ist, dass wir unsere inhaltliche Schwerpunktsetzung vornehmen, dass wir unser Profil gerade in der großen Koalition schärfen und dass wir über die wichtigsten Punkte, was die Politik für unsere Klientel und insbesondere für unsere Stammwähler betrifft, diskutieren. Was den Leitantrag betrifft, hätte ich mir gewünscht, dass er vielleicht den Delegierten und den Untergliederungen ein paar Tage vorher zur Verfügung gestellt worden wäre, damit eine Diskussion und der eine oder andere Änderungsantrag möglich gewesen wären und damit er jetzt nicht nur einfach abgenickt wird.

Des Weiteren halte ich den Leitantrag in vielen Punkten für gut. Er ist aber leider an manchen sehr zentralen Punkten reichlich unkonkret. Die Profilbildung in der großen Koalition, die wir vornehmen müssen, ist essentiell. Wir kennen alle die Umfragewerte, liebe Genossinnen und Genossen. Es ist völlig unpolitisch und völlig gefährlich, wenn wir jetzt in die Untergliederungen gehen würden und mit den Untergliederungen inhaltliche Diskussionen nicht führen, und zwar mit dem Verweis darauf, dass es einen Koalitionsvertrag gibt und dass man eine gewisse Koalitionstreue zeigen muss.

Die SPD muss nach wie vor als die soziale Alternative zur Union und zur großen Koalition profilierbar wahrgenommen werden in der Öffentlichkeit. Dazu gehören eben Punkte wie eine gerechte Besteuerung. Die Reichensteuer, liebe Genossinnen und Genossen, rechtfertigt nicht jeden sozialen Einschnitt.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Bürgerversicherung, die man vielleicht im Leitantrag konkreter hätte benennen können genauso wie eine konkrete Summe

bezüglich des Mindestlohnes. An diesem Punkt ist der Leitantrag leider relativ unkonkret. Das macht uns die Mitgliederwerbung, die eine unserer zentralen Aufgaben vor Ort ist, relativ schwer, weil man die Leute nicht anlügen kann, sondern weil man ihnen sagen und erklären muss, was für eine Politik auf Bundesebene und auf anderen Ebenen gemacht wird. Da wäre es wesentlich leichter, wenn man sich vielleicht mehr an den Stammwählern und am Grundsatzprogramm orientieren würde. - Danke schön.

(Beifall)

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Als nächster Redner spricht Otto Graeber, Hannover. Ihm folgt Walter Meinhold, ebenfalls Hannover.

Otto Graeber, AG 60 plus: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Kurt! Es muss nun mal sein; da bitte ich um Verständnis: Es geht um die Kapitel 8 und 14, welche die Zukunft für Kinder und Familien betreffen. Ist das eine Teilaufgabe oder eine Gesamtaufgabe? Kinder, Eltern und Großeltern sind eine Familie. Das zu beachten, ist wichtig, wenn wir Familienpolitik betreiben.

Mit kommt der Begriff Generationensolidarität etwas zu kurz in unserem Antrag. Ich muss darauf hinweisen, wie wichtig und wie erforderlich es in der Familienpolitik ist, diese Gemeinsamkeiten zu sehen. Wer nicht Generationensolidarität übt, der kann auch keine Gerechtigkeit herstellen. Das muss doch klar sein; das muss in Fleisch und Blut übergehen. Bei jeder Gelegenheit muss man das im Kopf und im Herzen haben.

Wie gesagt: Die Familie hat hier eine viel größere Aufgabe in dieser Gesellschaft und damit auch Oma und Opa. Sie sind aus unserer Gesellschaft nicht wegzudenken und dürfen nicht einfach übergangen werden. Wir müssen deshalb an den wichtigen Faktor der Familie und der Älteren denken. Der Zusammenhalt, die Wirtschaft und der Werteerhalt werden in erster Linie von den Älteren bewegt, ja auch die Wertewiedergewinnung ist eine wichtige Sache für uns als Partei. Wir dürfen davon nicht nur reden, sondern wir müssen sie in die Tat umsetzen und sie entsprechend berücksichtigen.

Lieber Kurt, ich bin davon überzeugt, dass Du das Zusammengehen von Jung und Alt fördern wirst. Ich danke Dir im Voraus und wünsche Dir viel Glück. Wir von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus sind bei Dir in guten Händen.

(Beifall)

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Als Nächster spricht Walter Meinhold, Hannover. Ihm folgt als letzter Redner in der Debatte Peer Steinbrück.

Walter Meinhold, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte auf den letzten Satz im ersten Absatz auf der Seite 2 hinweisen, der da lautet: „Unser Ziel ist, Steuern konsequent einzuziehen und Steuerbetrug entschlossen zu bekämpfen.“ Ich finde, die Debatte, die Kurt Beck angestoßen hat, wie wir unseren Staat auch in Zukunft finanzieren können, richtig. Da geht es natürlich auch um die Frage, wer das bezahlt. Wenn ich auf die Position, den Steuerbetrug entschlossen zu bekämpfen, hinweise, dann deshalb, weil mir der Satz schlicht und einfach zu dünn ist. Wir haben da in unserer Koalitionsvereinbarung erheblich mehr drinstehen.

Zurück zu den Fakten an dieser Stelle. Nach Zahlen, die ich von der Bundestagsfraktion bekommen habe, werden in Deutschland jährlich circa 15 Milliarden, ja sogar 20 Milliarden Euro Umsatzsteuer durch Betrug dem Staat entzogen. Das ist eine Summe von ungefähr 14 bis 15 Prozent, die uns auf diese Art und Weise für wichtige Leistungen, die der Staat erbringen muss, verloren gehen. Ich finde, da kann man nicht schreiben, es sei nur unser Ziel. Da muss man schon deutlicher werden, sodass klar wird, dass wir in der Koalition, in der wir sind und in der wir den Finanzminister stellen - und zwar zu Recht stellen - mehr tun, als bisher getan worden ist. Denn wie wollen wir gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber den Menschen in diesem Lande bestimmte steuerliche Maßnahmen rechtfertigen, wenn auf der anderen Seite ganz bestimmte Gruppen unbehelligt bleiben, was den Steuerbetrug an dieser Stelle angeht?

Um etwas deutlicher zu werden: Peer Steinbrück hat es mal ähnlich formuliert - wenn ich das der „Süddeutschen Zeitung“ richtig entnommen habe. Er ist dafür, dass wir hier etwas tun, weil wir in hohem Maße durch kriminelle Banden betrogen werden. Wenn das die Formulierung ist - ich teile sie; ich denke, das Nicken von Peer Steinbrück hat das gezeigt -, muss deutlicher werden, dass wir die Frage von Steuergerechtigkeit an dieser Stelle erheblich ernster nehmen müssen. Die Maßnahmen, um diesem Übel abzuhelpfen, müssen global formuliert und deutlich ausgestaltet werden.

Denn sonst ist diese Debatte, wie wir unseren Staat finanzieren wollen, wieder eine Debatte, die im Wesentlichen bei denjenigen gelassen wird, die ohnehin durch die Einkommensteuer bzw. durch die Mehrwertsteuerzahlungen den größten Teil der staatlichen Einnahmen entsprechend finanzieren.

Ein zweiter Punkt: Die Kommunen benötigen eine sichere und solide Finanzbasis. - Wunderbar! Aber was sind denn die Kriterien einer soliden Finanzbasis? Da fehlen mir klare Kriterien, die hier hineingehören. Drei will ich kurz nennen.

Es geht einmal um die Stetigkeit der Gewerbesteuereinnahmen. Wir sind zurzeit zu stark abhängig von der Konjunktur und den damit verbundenen Zahlern - die im Wesentlichen die Großunternehmen sind -, die sichern können, dass die Kommunen entsprechende Summen erhalten. Die sind dem Konjunkturverlauf oft schwankend unterworfen, sodass eine Planbarkeit und Stetigkeit der Kämmerer oftmals sehr schwierig ist.

Zweitens. Können wir es uns erlauben, die Basis, auf der wir zurzeit die Gewerbesteuer heben, so zu belassen? - Da gibt es die Handwerksmeister, die regelmäßig zahlen. In den Kommunen gibt es aber auch Bereiche wie zum Beispiel Anwaltskanzleien, Architektenbüros und Ähnliches, die gleichermaßen Erträge erwirtschaften, aber freigestellt sind. Ich erkenne überhaupt keinen Grund mehr für diese Sonderstellung, sondern ich bin der Meinung, dass alle, die in einer Kommune wirtschaftlich tätig sind, ihren Beitrag zur kommunalen Infrastruktur durch Gewerbesteuerzahlungen leisten. Ob man dann diese Gewerbesteuer in Zukunft „Kommunale Unternehmenssteuer“ oder so ähnlich nennt, ist dabei nicht so wichtig. Das Dritte ist - darauf ist auch hingewiesen worden -, welche Bedeutung die Kommunen beispielsweise hinsichtlich der Kinderbetreuung haben. Wenn man eine solche kommunale Infrastruktur sichern will, dann muss auch dafür gesorgt werden, dass das Auskommen, was die Finanzen angeht, im Bereich der Gewerbesteuer anders geregelt wird, als es zurzeit der Fall ist. Damit will ich nicht sagen, die

Kommunen sollen aufhören, in ihren Haushalten zu sparen und sorgfältig mit dem Geld umzugehen. Aber ich meine, das eine bedingt das andere. Von daher hätte ich mir gewünscht, dass an diesen beiden Stellen der Leitantrag deutlicher in der Aussage ist. Es gibt aber noch eine laufende Diskussion. Ich hoffe, dass es an diesen Stellen, an diesen Punkten deutlicher wird, dass Sozialdemokraten für Steuergerechtigkeit und für starke Kommunen stehen. - Vielen Dank.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Danke schön. - Als letzter Redner in der Debatte hat jetzt Peer Steinbrück das Wort.

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen: Liebe Genossinnen und Genossen! Schnell vorab: Die „Bekämpfung des Steuerbetrugs“ und vor allen Dingen auch eine höhere Effizienz der Steuererhebung sind ganz wichtige Themen.

Was das erste betrifft, kriegen wir das nur in den Griff, indem wir eine andere Erhebungsmethode auch bei der Mehrwertsteuer haben, die diesen kriminellen Machenschaften einen Riegel vorschiebt. Daran arbeiten wir. Ein entsprechender Antrag bei der Europäischen Union wird gestellt. Wir bewegen uns da ziemlich lupenrein auf der Grundlage eines Vorschlags, den Gernot Mittler, der frühere Finanzminister von Kurt Beck, erarbeitet hat.

Mein Hauptanliegen ist allerdings ein anderes. Mein Hauptanliegen ist es, dass wir von diesem Parteitag nicht mit einem falschen und unnötigen Gegensatz in Sachen Unternehmensteuerreform auseinander gehen und möglicherweise nicht existente Gegensätze transportieren. Vor euch steht nämlich nicht nur der Steuerminister, vor euch steht auch der Haushaltsminister. Das ureigene Interesse des Haushaltsministers ist es, dass über eine Unternehmensteuerreform nicht dauerhafte, nicht finanzierbare Löcher in den Bundeshaushalt und auch in die Haushalte der anderen Gebietskörperschaften hineingerissen werden. Das ist die Ausgangslage und die Interessenlage, die ich habe.

(Beifall)

Ich glaube, das ist bei der weiteren Konsolidierung des Bundeshaushalts von entscheidender Bedeutung und gleichzeitig auch für die Länder und Kommunen. Unterschätzt mir diese Notwendigkeit nicht - nicht nur bezogen auf den sehr zaghaften Beifall, als Kurt vorhin auf dieses Thema zu sprechen gekommen ist!

Unter dem Stichwort der Generationengerechtigkeit ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir das Verschuldungstempo in Deutschland minimieren. Das bedeutet in der Tat, auf der Einnahmeseite und auf der Ausgabenseite die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Dies bedeutet automatisch, dass die vorliegenden beiden Modelle - die ich mir doch nicht zu Eigen mache - bezogen auf die Unternehmensteuerreform nicht finanzierbar sind - weder das Stiftung-Marktwirtschaft-Modell noch das des Sachverständigenrates.

(Beifall)

Nach den Berechnungen des Ministeriums stehen die höheren zweistelligen Milliardenverluste für den Haushalt nicht zur Debatte. Ein solcher Betrag wurde übrigens vor kurzem auch von einer jungen Steuer-Professorin in einem Interview in

der *Süddeutschen Zeitung* genannt, die auch den falschen Eindruck vermittelt, als ob man mal eben 10 Milliarden Verlust in Kauf nehmen kann.

Mein Ziel ist es, dass Unternehmen *in Deutschland* Gewinne erzielen und *hier* versteuern. Mein Ziel ist es, dass Unternehmen nicht Verluste in Deutschland steuermindernd geltend machen, sondern dass sie hier Gewinne erzielen und versteuern. Das ist die Zielsetzung.

Da bin ich in der schwierigen Situation, dass wir leider nicht auf einem Parteitag beschließen können, dass das Unternehmen XY in Deutschland Steuern zahlt - so gerne wir das täten. Sondern: ob Unternehmen in Deutschland Steuern zahlen, ist davon abhängig, dass wir ein attraktives Steuersystem haben. Es muss wettbewerbsfähig sein. Ich sage damit ja nicht, dass wir die Spiralbewegung des Wettlaufs bis hin auf eine Nullbesteuerung mitmachen sollen - keineswegs -, aber es muss wettbewerbsfähig sein. Es muss zum Beispiel vielleicht aus der Schwierigkeit herausragen, dass wir Personengesellschaften anders systematisch besteuern als Kapitalgesellschaften. Vielleicht muss der Wechsel der Rechtsform erleichtert werden. Vielleicht muss man faire Finanzierungsmöglichkeiten für die Unternehmen schaffen, unabhängig davon, ob sie eine Kapitalgesellschaft oder Personengesellschaft sind. Wahrscheinlich ist es notwendig, die nominalen Steuersätze zu senken, aber sich das Geld über die Streichung von Ausnahmetatbeständen wiederzuholen, d. h. über eine Erweiterung der Bemessungsgrundlage.

Dies ist die Zielsetzung - womit das Steuerrecht übrigens auch einfacher werden würde. Deshalb begrüße ich das, was in dem Antrag formuliert worden ist, dass wir „weitestgehend“ eine Aufkommensneutralität erzielen. Warum dieses Wort? - Ganz einfach: Wenn ich versuche, die Steuerbemessungsgrundlage zu erweitern, um mir das Geld wiederzuholen, das über die Absenkung der nominalen Steuersätze verloren geht, dann entwickeln diese Maßnahmen ihre Wirksamkeit nicht gleich zu 100 %, sondern erst im Zeitablauf. Diese Zeit brauche ich. Dies ist, wie ich glaube, in dem Antrag ganz gut formuliert.

Das Fazit ist - damit wir da nicht mit falschen Vorstellungen auseinander gehen -: Die Haushaltskonsolidierung in Deutschland ist nicht deckungsgleich zu bringen mit einer Unternehmensteuerreform, die dauerhafte, nicht finanzierbare Einbrüche in den öffentlichen Haushalten bewirkt. Aber wir brauchen eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung in Deutschland.

(Beifall)

Letzte Bemerkung: Unterschätzt mir nicht das, was wir bei der so genannten Reichensteuer, bei dem Sockel für die Spitzenverdiener, machen! Redet das selber nicht zu klein! Ich weiß, dass dabei nachher unter dem Strich eine Summe herausgekommen ist, die von unseren ursprünglichen Vorstellungen her und auch von ihrer Haushaltsdimension her nicht den Urknall darstellt, der uns alle Probleme beseitigt. Trotzdem: Es ist kein Symbol, es ist auch keine Neidsteuer, sondern gerade weil wir in der Steuerpolitik in einer Situation sind, wo wir Zumutungen verteilen, bin ich auch dafür, dass klar politisch deutlich gemacht wird: Die oberen Etagen dieser Gesellschaft werden stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen. Das ist die Zielsetzung.

(Beifall)

Im Übrigen verstehe ich die Empörung in diesem Zusammenhang nicht. Denn einige von denen, die sich empören, fallen gar nicht unter diese Regelung, aber haben trotzdem einen solchen Hals - Verbandsfunktionäre und auch einige Medienvertreter. Diejenigen, die darunter fallen und sich empören, haben offenbar in Vergessenheit geraten lassen, dass sie bis 1998 unter Helmut Kohl einen Spitzensteuersatz von 53 % hatten.

(Beifall)

Es ist von vornherein unsere Beschlusslage gewesen - im Wahlprogramm, im Koalitionsvertrag findet sich das wieder -, dass wir über diesen Balkon von plus 3 % nicht die Unternehmen treffen wollen, sondern private Einkünfte.

Da ist in der Tat eine verfassungsrechtliche Problematik, vor der man nicht die Augen verschließen kann. Ich will sagen: Wenn wir nur die gewerblichen Einkünfte ausklammern, aber nicht die Einkünfte von Freiberuflern und die Einkünfte in der Land- und Forstwirtschaft, dann ist die Verfassungsproblematik greifbar. Bei dem ersten Verfahren vor einem Finanzgericht würde dieses wahrscheinlich einen entsprechenden Steuerbescheid rückverweisen oder die sofortige Vollziehbarkeit nicht erklären, sondern auf die Klärung der Verfassungsrechtsproblematik verweisen. Dann hätten wir gar keine Einnahme. Das heißt, das macht keinen Sinn. Man kann eine Regierung, auch einen sozialdemokratischen Finanzminister, nicht sehenden Auges in eine solche Verfassungsproblematik hineinlaufen lassen.

Das ist der Grund, warum wir zu dieser Lösung gekommen sind, die aus der Sicht vieler vom Aufkommen her enttäuschend ist. Aber noch einmal: Wirkt doch nicht mit an einem Mechanismus, wo doch die Gegner dieses Sockels oder der Reichensteuer um uns herum auf nichts anderes warten, als dass wir selber als Sozialdemokraten die Hand reichen nach dem Motto „Das ist alles ganz wenig, das ist obsolet und brauchen wir nicht“, sondern ich rate, mit diesem Instrument und dem, was wir da getan haben, so selbstbewusst umzugehen, wie es uns Kurt Beck in seiner Rede vorgegeben hat.

Meine Bitte ist: Unterstützt diesen Leitantrag. Er enthält die richtigen Vorgaben nicht nur bezogen auf Steuer- und Haushaltspolitik, sondern bezogen auf viele andere richtungweisende politische Orientierungen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Danke schön. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben jetzt alle Gelegenheit, dieser Bitte Folge zu leisten; denn wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Initiativantrag 1, also den Leitantrag des SPD-Parteivorstands in der vorliegenden Fassung der Antragskommission. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Wenige. Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist dieser Antrag somit angenommen und beschlossen. Herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, unser Parteitag neigt sich dem Ende zu. Bevor wir zum gemeinsamen Lied schreiten, darf ich den neuen Vorsitzenden um sein Schlusswort bitten. Kurt Beck, du hast das Wort.

Schlusswort des Parteivorsitzenden:

Kurt Beck, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich will mich zunächst bei allen bedanken, die diesen Parteitag mit organisiert haben, die die äußeren Bedingungen hergestellt haben, bei den Frauen und Männern, die uns bedient haben und dafür gesorgt haben, dass wir Getränke haben und etwas zu Essen bekommen, und bei all denen, die hier aufgebaut haben und jetzt wieder abbauen. Ich danke all den Journalistinnen und Journalisten, die uns auf solchen Parteitag begleiten.

Ich will noch einmal herzlich der Gruppe danken, die die Wahlen, die Mandatsprüfung und die Antragsprüfung durchgeführt hat, sowie dem Präsidium des Parteitages. Und, liebe Genossinnen und Genossen, ich danke sehr herzlich allen unseren Gästen, die zu uns gekommen sind.

Euch, den Delegierten, danke ich sehr herzlich für eure Arbeit. Ich glaube, dass wir in dem Gefühl von diesem Parteitag heimfahren können, dass der gesundheitsbedingte Wechsel an der Spitze unserer Partei durch euer Vertrauen mir und Jens Bullerjahn gegenüber in einer geordneten Weise vollzogen worden ist und dass wir uns gegenseitig in der Diskussion und in der Art und Weise, wie wir uns begegnet sind, Mut gemacht und Hoffnung gegeben haben, dass wir die Aufgaben, die uns gestellt sind, miteinander meistern können. Das wünsche ich uns gemeinsam, liebe Genossinnen und Genossen. Es war ein guter Parteitag. Ich persönlich danke noch einmal sehr herzlich für euer Vertrauen. Ich wünsche uns, dass wir uns beim nächsten ordentlichen Parteitag wiedertreffen und feststellen können: Die Sozialdemokratie in Deutschland ist ihrer Verantwortung gerecht geworden und wir haben viele Menschen davon überzeugt, dass unser Weg der richtige Weg ist.

Denen, die vor Wahlen stehen, wünsche ich viel Erfolg, sage unsere Unterstützung zu, und euch allen, liebe Genossinnen und Genossen, alles Gute bei eurer Arbeit. Danke!

(Beifall)

Der Parteitag ist geschlossen. Lasst uns gemeinsam singen: „Wann wir schreiten Seit an Seit“.

(Es wird das Lied „Wann wir schreiten Seit‘ an Seit‘“ gesungen)

Ende des Parteitages: 15.44 Uhr

Anhang

Delegierte

Parteivorstand

Albers, Detlev
Annen, Niels
Backhaus, Till
Beck, Kurt
Berg, Ute
Böhning, Björn
Bullerjahn, Jens
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ulla
Caspers-Merk, Marion
Dieckmann, Bärbel
Dieckmann, Jochen
Duin, Garrelt
Engelen-Kefer, Ursula
Ferner, Elke
Fischer, Birgit
Griese, Kerstin
Grumbach, Gernot
Heil, Hubertus
Hendricks, Barbara
Jüttner, Wolfgang
Kastner, Susanne
Kraft, Hannelore
Maas, Heiko-Josef
Maget, Franz
Maly, Ulrich
Matschie, Christoph
Mattheis, Hilde
Nahles, Andrea
Platzeck, Matthias
Poß, Joachim
Scheer, Hermann
Scholz, Olaf
Schreiner, Ottmar
Schulz, Martin
Schwall-Düren, Angelica
Stegner, Ralf
Steinbrück, Peer
Stiegler, Ludwig
Struck, Peter
Thierse, Wolfgang
Tiefensee, Wolfgang
Vogt, Ute
Wettig-Danielmeier, Inge
Ypsilanti, Andrea

Baden-Württemberg

Ankner, Heidi
Bednarz, Hendrik
Behnke, Elfriede
Bliesener, Rainer
Castellucci, Lars
Drexler, Wolfgang
Drobinski-Weiß, Elvira
Erlar, Gernot
Fechner, Johannes
Friedrich, Peter
Gebhardt, Evelyne
Gilbert, Carsten
Godawa, Angela
Grünstein, Rosa
Haarbach, Angelika
Haller-Haid, Rita
Heberer, Helen
Hertenstein, Dorothea
Hofelich, Peter
Höfflin, Jürgen
Juratovic, Josip
Knauss, Renate
Kraft, Thomas
Lange, Christian
Leibinger, Richard
Lucas, Ulrike
Rosemann, Martin
Schmidt-Kempe, Beate
Sonntag, Veronika
Tauss, Jörg

Bayern

Asböck, Thomas
Aures, Inge
Bayer, Sybille
Bayersdorfer, Edith
Beyer, Christian
Brehm, Thorsten
Burger, Simone
Deckwerth, Ilona
Dörfler, Roland
Egerer, Lutz
Eichelsbacher, Manfred
Esser, Antje
Falk, Peter
Fischer, Susanne
Flauder, Christina

Graf, Angelika
Hahnzog, Klaus
Hausssel, Klaus
Hebertinger, Renate
Hofmann, Frank
Höltgen, Daniel
Irber, Brunhilde
Ittner, Frank
Karl, Annette
Kern, Hans-Dieter
Kirchner, Ralf
Kofler, Bärbel
Kolbow, Walter
Kubatschka, Horst
Lambinus, Uwe
Lehnberger, Jörg
Mascher, Ulrike
Müller-Jung, Sylvia
Müller-Wilfing, Christa
Naser, Volker
Negele, Christine
Niedermeier, Markus
Noichl, Maria
Olbrich, Gerhard
Peitzsch, Wolfgang
Rausch, Thomas
Roloff, Sebastian
Rösch, Rita
Rosner, Dieter
Rupp, Adelheid
Scharfenberg, Ulrich
Schieder, Werner
Schlecht, Verena
Schnarr, Patricia
Schurer, Ewald
Steiner, Bernd
Tausend, Claudia
Teuchner, Jella
Vogel, Klaus
Vogel, Katja
Vogel, Christian
Weikert, Angelika
Wolbergs, Joachim
Wright, Heidi

Berlin

Buttgereit, Monika
Elze, Michael
Felgentreu, Fritz
Koch, Regine

Köhler, Andreas
Mindrup, Klaus
Müller, Michael
Pohl, Manuela-Andrea
Rackles, Mark
Sommer, Ulrike
Spranger, Iris
Stock, Heike
Thölken, Rosemarie
Ulbricht, Klaus

Brandenburg

Bauer, Marita
Bretsch, Frank
Danckert, Peter
Förster, Heidrun
Molkentin, Katrin
Spiegel, Anja
Steffen, Frank
Winkelmann, Peter
Witt, Martin

Braunschweig

Berger, Christian
Blumeyer, Werner
Heilmann-Eschemann, Monika
Hermann, Ines-Maria
Jürgens-Pieper, Renate
Rehse, Hedi
Schwarz, Jan
Spaniol, Hubert
Thole, Volker
Westphal-Schmidt, Christa

Bremen

Besing, Uwe
Grottke, Bernd
Lückert, Brigitte
Pohlmann, Jürgen
Stitz, Werner

Hamburg

Bartke, Matthias

Damerau, Inka
Fleckenstein, Knut Wilhelm
Hauto, Monika
Kahrs, Johannes
Pörksen, Jan
Rabe, Ties
Richter, Frank
Schwinke, Karl
Stapelfeldt, Dorothee

Hannover

Albrecht-Engel, Ines
Aller, Heinrich
Andres, Gerd
Andretta, Gabriele
Baule, Ingrid
Berg, Hartmut
Brand, Marina
Christmann, Stefan
Dettmer, Wolfgang Jürgen
Firus, Harald-J.
Franz, Ulf-Birger
Führ, Marc
Griefahn, Monika
Heiligenstadt, Frauke
Hellemann, Heidrun
Hinke, Klaus
Jagau, Hauke
König, Uwe
Lips, Christian
Löser, Jessica
Lühmann, Kirsten
May, Katrin
Schwarz, Franziska
Schwarz, Uwe
Watermann, Ulrich
Wilde, Anna-Lena
Willers, Gabriele

Hessen-Nord

Birkelbach, Dieter
Hildebrand, Frank
Hoppe, Bernd
Löber, Angelika
Mander, Andreas
Meinl, Heidi
Morkel, Mechthild
Müller, Regine

Pfleger, Helga
Sandner, Volker
Schenk, Claudia
Sippel, Michael
Spies, Thomas
Stadtler, Karl-Heinz
Stuparek, Gisela
Wolf, Herta
Ziegler, Sarah

Hessen-Süd

Baier, Horst
Bullmann, Udo
Buschmann, Irma
Ceyhun, Ozan
Dittmar, Ansgar
Frey, Franz
Hauer, Nina
Hechler, Katrin
Jordan, Jörg
Kollatz-Ahnen, Matthias
Leß, Daniela
Lotz, Heinz
Müller, Norbert
Nissen, Ulrike
Pighetti, Marco
Pipa, Erich
Preißl, Hans
Reichenbach, Gerold
Reuter, Michael
Richter, Gerrit
Schäfer-Gümbel, Thorsten
Schmidt, Frank
Schmidt, Dagmar
Schmitt, Norbert
Schöbel, Peter
Schuster, Wolfgang
Stojkovic, Dzenet
Tursky-Hartmann, Petra
Uibel, Susanne
Zapf, Uta

Mecklenburg-Vorpommern

Borchert, Rudolf
Braun, Dagmar
Drecoll, Erika
Reinke, Christian
Rinkens, Harald

Nord-Niedersachsen

Althaus, Ludwig
Groß, Sandra Sabrina
Meyer, Hermann
Raulff, Gerd
Strehse, Franka
Wetegrove, Gesa

Nordrhein-Westfalen

Albrecht-Mainz, Elia
Albrecht-Winterhoff, Inge
Altenkamp, Britta
Althaus, Manfred
Ambrosius, Siegfried
Andres, Yvonne
Arens, Paul
Baldschun, Katie
Ballhausen, Erika
Bas, Bärbel
Beine, Lothar
Bergmann, Dietmar
Beucher, Friedhelm Julius
Beul, Uwe
Bittner, Ralf
Blum, Ulrich
Böcking, Gerlinde
Bollermann, Gerd
Bölling, Wolfgang
Brase, Willi
Dieckmann, Dietmar
Dirks, Heinz-Martin
Dörmann, Martin
Drabig, Franz-Josef
Ebenbeck, Frank
Eichner, Almut
Engel, Claudia
Erdelkamp, Ursula
Esser, Frank
Faulenbach, Bernd
Felderhoff, Fritzi Marie
Frechen, Gabriele
Fry, Marlis
Gebhard, Heike
Gerdes, Michael
Gießelmann, Helga
Gliss-Dekker, Ursula
Göllner, Uwe

Großmann, Achim
Grotthaus, Wolfgang
Haas, Hildegard
Harder, Ernesto
Härtel, Birgit
Heidinger, Michael
Herter, Marc
Hetmeier, Marita
Hilser, Dieter
Hinz, Petra
Holuigue de la Vega, Arturo
Jahl, Armin
Joisten, Christian
Kaczmarek, Oliver
Karmann, Petra
Kirschenbaum, Erwin
Klug, Claudia
Koch, Manfred
Kohl, Brigitte
Kollmeier, Christa
Koschorreck, Elisabeth
Krebs, Andreas
Krüger, Hans-Ulrich
Kucharczyk, Jürgen
Kuhlemann, Dieter
Kulla, Angelika
Kumpf, Wolfgang
Ladwig, Thomas
Link, Sören
Löhr, Karin
Lüders, Nadja
Meise, Ursula
Meise-Laukamp, Ina
Meyer, Frank
Mucks, Jörg
Müller-Stöver, Hans-Joachim
Müller-Witt, Elisabeth
Nietan, Dietmar
Paß, Reinhard
Pelzing, Marcus
Pfungsten, Jutta
Pflug, Johannes
Pries, Christoph
Rader, Martina
Rauh, Melanie
Renner, Stephan
Richter, Bärbel
Riesmeier, Wilhelm
Rimkus, Andreas
Ristau, Sigrid
Römer, Norbert
Salewski, Gerhard

Schiefner, Udo
Schilling, Björn
Schindler, Doris
Schmeißer, Christa
Schmidt, Jürgen
Schmitz, Uwe
Schöneberg, Anita
Schultheis, Karl
Schultz, Reinhard
Schumann, Michelle
Sichau, Frank
Sigges, Manfred
Stein, Frank
Strässer, Christoph
Stratmann, Marita
Thiel-Briesen, Christian
Tigges, Margit
Trüpschuch, Elke
Tsalastras, Apostolos
Völkel, Klaus
Voß, Jens
Wallach, Marianne
Wehking, Michael
Weis, Petra
Wend, Rainer
Wenter, Brigitte
Wiggenhorn, Maria
Wischnewski, Hans-Werner
Wittebur, Klemens
Zöllmer, Manfred
Zorn, Gerhard

Rheinland-Pfalz

Ahnen, Doris
Anklam-Trapp, Kathrin
Auernheimer, Brigitte
Bachmann, Matthias
Barnett, Doris
Beutel, Jens
Bruch, Karl Peter
Conrad, Jürgen
Decker, Ursula
Fuhr, Alexander
Geis, Manfred
Hartmann, Michael
Hering, Hendrik
Herzog, Gustav
Hess, Ursula
Hütten, Achim
Itzek, Gerd

Klamm, Hannelore
Leppla, Ruth
Lewentz, Roger
Machalet, Tanja
Mertes, Josef Peter
Mertes, Joachim
Neuser, Norbert
Pörksen, Carsten
Raab, Heike
Ramsauer, Günther
Reich, Beate
Riedmaier, Theresia
Rösch, Günter
Roth, Birgit
Schmitt, Astrid
Schweitzer, Alexander
Siegrist, Hildrun
Zoller, Peter

Saarland

Cayrol, Nicole
Fellinger, Jutta
Geisen, Gerhard
Henz, Roland
Hoffmann-Bethscheider, Cornelia
Jost, Nikolaus
Jost, Reinhold
Lang, Armin
Maringer, Evi
Möller, Heidrun
Pauluhn, Stefan
Renner, Jürgen
Ries, Isolde
Rohnert, Christa
Roth, Eugen
Staudt, Alfred
Stritter, Hans Georg

Sachsen

Deicke, Liane
Dulig, Martin
Homann, Henning
Kliese, Hanka
Köpping, Petra
Mann, Holger
Schley, Stefan
Schmidt, Udo
Schwanitz, Rolf

Vogel, Ines

Sachsen-Anhalt

Eichler, Wolfgang
Fischer, Krimhild
Grimm-Benne, Petra
Häußler, Ingrid
Hövelmann, Holger
Hübner, Klaas
Pähle, Katja
Sterz, Bernhard

Schleswig-Holstein

Baasch, Wolfgang
Beran, Andreas
Buchholz, Christel
Buder, Detlef
Fronzek, Brigitte
Hagedorn, Bettina
Hannemann-Röttgers, Birgit
Kuhlwein, Eckart
Möller, Alexander
Möller, Claus
Nöbel, Anke
Opel, Manfred
Östreich, Cornelia
Poersch, Regina
Rix, Sönke
Rohwer, Maïke
Schirmmacher, Helga
Stadelmann, Falk
Wenghöfer, Jörg

Thüringen

Auer, Roberto
Bechthum, Rosemarie
Blumentritt, Volker
Griebel, Matthias
Halpape, Anja
Haß, Torsten
Heß, Petra

Weser-Ems

Börgmann, Johann

Determann, Leonore
Dreesmann, Wilfried
Feldmann, Julia
Grix, Wilhelm
Hilger, Alfred
Jabs-Kiesler, Karin
Lies, Olaf
Naber, Hanna
Prang, Ute
Rohde, Dennis
Schlange, Henning
Schmidt, Norbert
Schwarte, Heinz
Sonnenberg, Detlef
Stuntebeck, Kristina
Ulferts-Dirksen, Sophia

Delegierte mit beratender Stimme

Adler, Hans-Peter
Alheit, Kristin
Alkenings, Birgit
Baaske, Günter
Ballhausen, Werner
Baumann-Hasske, Harald
Baumgarten, Heino
Beckmeyer, Uwe Karl
Binder, Hanna
Böhrnsen, Jens
Böttner, Wilfried
Braune, Tilo
Breuer, Siegfried
Brinkmann, Bernhard
Brusis, Ilse
Budde, Katrin
Bülow, Marco
Burkert, Michael
Bursian, Michael
Coße, Jürgen
Crone, Petra
Danner, Dorothee
Däubler-Gmelin, Herta
David-Tillmann, Monika
Dreyer, Malu
Dunger-Löper, Hella
Dzembitzki, Detlef
Eckner, Stefan
Edathy, Sebastian
Eickelpasch, Gerhard
Emmerich-Kopatsch, Petra
Fehr, Manfred

Fischer, Simone
Forster, Hans
Fritz, Doris
Fröschke, Guido
Frye, Sven
Fuhrmann, Petra
Gabriel, Sigmar
Gloser, Günter
Goger, Thomas
Görlach, Willi
Graeber, Otto
Grandke, Gerhard
Grätz, Sanda
Groschek, Michael
Grotheer, Wolfgang
Grun, Thomas
Güller, Harald
Haase, Hans-Dieter
Hagemann, Klaus
Hammelrath, Helene
Hartenbach, Alfred
Hartmann, Swantje
Hartung, Jens
Hausmann, Rudolf
Hay, Lothar
Herschmann, Frank
Hoffmann, Gudrun
Hofmeyer, Brigitte
Hunger, Heinz
Jennerjahn, Marten
Jurk, Thomas
Kakalick, Gerhard
Klug, Astrid
Kohl, Hannelore
Kompe, Gerhard
Körper, Fritz Rudolf
Kramer, Hubertus
Kröning, Christian
Krüger, Thomas
Krüger-Leißner, Angelika
Krumrey, Lars
Kutzer, Wolf
Lambrecht, Christine
Lauterbach, Karl W.
Lawall, Karin
Liebetruth, Dörte
Lippmann, Utha
Mattes, Ralf
Mattischeck, Heide
Meinhold, Walter
Miller, Susanne
Möbbeck, Susi

Mogg, Ursula
Möhrmann, Dieter
Mönikes, Jan
Mühlenfeld, Dagmar
Müllerwiebus, Roswitha
Müntefering, Franz
Neumann, Michael
Ossenkopp, Karl
Ott, Jochen
Pahl, Roland
Pawlovsky, Hans
Pepper, Renate
Peter, Brunhilde
Petersen, Mathias
Petry, Leo
Pfaff, Karlheinz
Pfaff, Martin
Pflug, Johannes Andreas
Raatz, Simone
Randzio-Plath, Christa
Rapkay, Bernhard
Redmer, Axel
Reimann, Carola
Ringstorff, Harald
Risse, Johannes
Rixecker, Roland
Rossmann, Ernst Dieter
Roth, Angelika
Roth, Karin
Rothe, Mechtild
Runde, Ortwin
Sagasser, Tanja
Schäfer, Axel
Schaub, Manfred
Schiffmann, Dieter
Schintze, Jörg
Schlotmann, Volker
Schmarsow, Christine
Schmidbauer, Horst
Schmidt, Ulla
Schmidt-Kühner, Regina
Schmitz, Fabian
Schneider, Angelika
Scholz, Rüdiger
Schostok, Stefan
Schrammen, Wilfried P.
Schreier, Wilhelm
Schridde, Hans-Henning
Schwabe, Frank
Schweitzer, Stephan
Seidel-Kalmutzki, Karin
Sempff, Harald

Sieling, Carsten
Sippel, Birgit
Somfleth, Brigitte
Speckin, Verina
Spiller, Jörg-Otto
Steinmeier, Frank-Walter
Steppuhn, Andreas
Stinka, Andre
Stöckel, Rolf
Strang, Hans-Rainer
Teichmüller, Ingrid
Tonn, Gisela
Tonne-Jork, Elke
Trauernicht, Gitta
Walter, Jürgen
Watermann-Krass, Annette
Wehrmeyer, Matthias
Weiss, Cornelius
Weisskirchen, Gert
Wessel, Frank Ulrich
Westrich, Lydia
Wieczorek, Norbert
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dieter
Wilhelmy, Frank
Wodarg, Wolfgang
Wollkopf-Dittmann, Elrid
Wörl, Beate
Wowereit, Klaus
Zimkeit, Stefan
Zypries, Brigitte